

# hochschule

politisch-  
akademisches  
journal aus  
ostdeutschland

# ost

Leipzig Juli 1992

Herausgeber:  
Arbeitskreis  
Hochschul-  
politische  
Öffentlichkeit

## 7/92

### THEMEN:

Fortsetzung:  
Ostdeutsche  
Geschichtswissenschaften

Wissenschaft Ost  
1989/90 Teil III

### AUTOREN:

Didczuneit \* Gibas  
Middell  
Klinkmann \* Rohde  
u. a.

#### Liebe Urlaubsreisende!

Nicht nur die Grenzen in Deutschland sind gefallen. Auch in Europa verlieren die Grenzen mehr und mehr an Bedeutung. Das eröffnet neue Reiseziele und die Gelegenheit, Menschen anderer Regionen kennenzulernen.

Verbesserungen und Ausbau von Straßen sollen dafür sorgen, daß Sie sicher ans Ziel kommen. Tragen Sie aber auch mit Vorsicht, Rücksicht und Gelassenheit selbst dazu bei, daß Ihre schönsten Tage im Jahr ungetrübt verlaufen.

Diese Broschüre soll Ihnen dabei helfen.



Eine gute und sichere Fahrt  
wünscht Ihnen

Ihr  
*Günther Krause*

Prof. Dr. Günther Krause  
Bundesminister für Verkehr

## Editorial

Vortiegender Heft ist weitgehend ein historisches. Zunächst widmen wir uns in Kontinuität bisheriger Bemühungen (vgl. insbesondere hso 1 und 2/1992) derjenigen Disziplin unter den DDR-/ostdeutschen Geistes- und Sozialwissenschaften, die bisher mit der intensivsten öffentlichen Aufmerksamkeit bedacht wurde: der Geschichtswissenschaft.

In unserer Artikelserie zu Wissenschaft Ost 1989/90 kommt in diesem Heft der letzte Präsident der Akademie der Wissenschaften der DDR bzw. der Gelehrten-gesellschaft der ehemaligen AdW, Horst Klinkmann, zu Wort. Zudem dokumentieren wir zur Illustration des Ausgangspunktes, von dem aus sich die Akademie auf den Weg machte, den Horst Klinkmann beschreibt, die erste offizielle Äußerung eines AdW-Gremiums nach Beginn des Wandels im Oktober 1989: eine Erklärung des Akademie-Prasidiums vom 31. Oktober 1989.

Eine Reaktion erreichte uns auf das Thema I im Heft 5/92, speziell zu dem Artikel von Rudolf Mau über den "Beitrag des 'Sprachenkonvikts' zur Erneuerung der Theologischen Fakultät" der Humboldt-Universität. Joachim Rohde, seit 1958 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der HUB-Fakultät, widerspricht Mau in zahlreichen Punkten.

Unter DOKUMENTATION drucken wir eine Ergänzung der Kultusministerkonferenz zu ihrem Gleichwertigkeitsbeschuß für DDR-Hochschulabschlüsse ab. Damit sind nunmehr fast alle in der DDR durchlaufenen Offiziersausbildungen anerkannt. Im Zusammenhang mit den von der KdS formulierten Kritikpunkten am Gleichwertigkeitsbeschuß (vgl. hso 5/92, S. 98 ff.) gelesen, wird (auch) daran signifikant deutlich, wo bemerkenswerte Prioritäten gesetzt werden.

Ansonsten wünschen wir unseren LeserInnen und Lesern einen angenehmen Sommerurlaub. Manche Autorin und mancher Autor findet dabei vielleicht auch die eine oder andere freie Minute, um den zugesagten Artikel zu schreiben. Was uns freuen würde.

### IMPRESSUM

hochschule ost. politisch-akademisches journal aus ostdeutschland  
Herausgegeben vom Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit  
beim StudentInnenRat der Universität Leipzig, PSF 920, O-7010 Leipzig, Tel. 719 22 61, Uni-Fax 209 325.  
Verantwortlich: Peer Pasternack.  
Redaktion: Dirk Behr, Frank Geißler, Monika Gibas, Erika Jäger, Matthias Middell, Peer Pasternack.  
hso erscheint monatlich.  
Schutzgebühren: Einzelheft DM 5,- (ostdeutsche PrivatbestellerInnen 3,-), Jahresabo (12 Ausgaben) DM 55,- (ostdeutsche PrivatabonnentInnen / Studierendenaabo 33,-, in der akademischen/studentischen Selbstverwaltung in den FNL aktive StudentInnen 20,-).  
Mitarbeit aller Art ist erwünscht. Insbesondere zum Schreiben von Artikeln und LeserInnenbriefen wird ermuntert. - Selbstverständlich geben die Artikel nicht in jedem Falle Meinungen des Arbeitskreises HPÖ bzw. der Redaktion wider.  
Nachdruck mit Quellenangabe ("aus 'hochschule ost' Leipzig Nr. ...") gestattet. Belegexemplar erbeten.

# hochschule ost

politisch-  
akademisches  
journal aus  
ostdeutschland

## INHALT

### THEMA I: Fortsetzung Geschichtswissenschaft Ost

<i>Veit Didczuneit:</i> Zur Entstehungsgeschichte des Instituts für Geschichte des deutschen Volkes an der Alma mater Lipsiensis	5
<i>Monika Gibas:</i> Von den Schwierigkeiten der deutschen Historiker mit ihrem Selbstbild	16
<b>PUBLIKATIONEN</b> zum Thema	22
<b>GELESEN</b>	
J. Calließ (Hg.): Loccummer Protokolle 8/91: Historische Orientierung und Geschichtskultur im Einigungsprozeß ( <i>Matthias Middell</i> )	23
G. Iggers (Hg.): Ein anderer historischer Blick. Beispiele ostdeutscher Sozialgeschichte ( <i>Werner Berthold</i> )	25
Herbert Gottwald (Hg.): Universität im Aufbruch. Die Alma mater Jenensis als Mittler zwischen Ost und West ( <i>Matthias Middell</i> )	28

### THEMA II: Wissenschaft Ost 1989/90 Teil III

<i>Horst Klinkmann:</i> Absturz in die Zukunft. Die Akademie der Wissenschaften der DDR in der Wendezeit 1989/90	32
<b>DOKUMENTATION</b> Erklärung des Präsidiums der AdW vom 31. Oktober 1989	42

### REAKTION

<i>Joachim Rohde:</i> Replik auf Rudolf Mau in Heft 5/92	47
--	----

### BERICHT

Der Runde Tisch der StudentInnenschaften in Friedrichsbrunn und Fortfolgendes ( <i>P. Ternack</i> )	59
---	----

### NACHRICHTEN

Rückgabe alter Vermögenswerte Ost-Unis	64
21 Fachhochschulen in Ostdeutschland zum Wintersemester 1992/93	65

### ÜBERBLICK Die außeruniversitäre Forschung in den ostdeutschen Ländern

ZITIERT Rainer Ortleb in einem LVZ-Rundtischgespräch	67
--	----

### DOKUMENTATION

<i>KMK:</i> Feststellung der Gleichwertigkeit von Offiziersausbildungen der ehem. DDR	68
---	----

<b>KONGRESS</b> 2. Deutschlandkongreß habilitierter Wissenschaftler, 2.-4.10.1992	70
---	----

### PUBLIKATIONEN

	72
--	----

## THEMA: Fortsetzung: Geschichtswissenschaft Ost

### Veit Didczuneit (Leipzig):

**“Für eine wirkliche deutsche Geschichte” -  
mit oder ohne Leipziger Geschichtswissenschaft?**  
Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte des Instituts für Geschichte des deutschen Volkes an der Alma mater Lipsiensis.

Am 20. Oktober 1953 teilte der Mediävist Heinrich Sproemberg, Direktor und Abteilungsdirektor für mittelalterliche Geschichte des Instituts für Allgemeine Geschichte der Universität Leipzig, seinem niederländischen Freund und Kollegen Dr. D. Th. Enklaar mit, daß es jetzt in der DDR Institute für Geschichte des deutschen Volkes gibt, und “wie das so bei Neugründungen zu sein pflegt, möchten diese alles an sich reißen. Aber dafür bin ich nicht zu haben.” (1) Sproemberg, über den eine ausgewogene historische Beurteilung noch aussteht (2), beschäftigte sich nicht nur als Leiter der im September 1951 an der Universität Leipzig vom Staatssekretariat für Hochschulwesen (3) gegründeten Fachrichtung Geschichte, die die historischen Institute, das Lehrpersonal und die Studenten administrativ vereinigte, mit dem Leipziger Institut für Geschichte des deutschen Volkes, sondern auch als Mittelalterhistoriker, da das Institut auch mediävale Studien betrieb.

Nachdem 1945 bis 1949 aus objektiven und subjektiven Gründen nur eine Grundlegung der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft erfolgt war, initiierte und beförderte die SED seit 1950/51 den verstärkten Ausbau der neuen Geschichtswissenschaft, um die Historiographie für die sozialistischen Umgestaltungen zu nutzen. (4) Im Juli 1950 forderte der III. Parteitag der SED die feste Verankerung der marxistisch-leninistischen Geschichtsauffassung in der Gesellschaft und rief dazu auf, ein geschlossenes marxistisch-leninistisches Geschichtsbild zu erarbeiten und zu propagieren, in dessen Mittelpunkt sich die Geschichte des deutschen Volkes und der deutschen Arbeiterbewegung befinden sollte. Die damals von der SED vollzogene Wendung zum “Nationalen” im Geschichtsblick (5), die der Zeitzeuge auch im gesamten ideologischen Bereich antreffen konnte, vollführte die Einheitspartei, um sowohl die bereits umgesetzten als auch die noch

angestrebten sozialen Veränderungen national zu kaschieren und zu versuchen, ihre reale Nationsdemontage mental zu kompensieren und nationale Legitimität zu erhalten

Der am 20. Oktober 1951 vom Zentralkomitee (ZK) der SED auf seinem 7. Plenum gefaßte Beschluß, die wichtigsten ideologischen Aufgaben der Partei, bekräftigte die Rolle des "Patriotismus" bei der Ausarbeitung eines neuen Geschichtsbildes durch die Zielstellung der Schaffung eines Lehrbuches für die Geschichte des deutschen Volkes und bestimmte die Entstehungsstrukturen. Laut ZK-Vorgabe galt es, ein Institut für Deutsche Geschichte an der Akademie (16), ein Museum für Deutsche Geschichte in Berlin (17) und Institute für Deutsche Geschichte in Berlin und Leipzig zu gründen (18).

Dieser Parteiorder gingen bereits die Vorbereitungen des Referates für Geschichte des Staatssekretariates für Hochschulwesen zur Umstrukturierung der geschichtswissenschaftlichen Hochschuleinrichtungen voraus. Im Rahmen der sozialistischen Umgestaltung des Hochschulwesens weilten am Beginn des Sommersemesters 1951 die maßgeblichen Vertreter des Staatssekretariates für 14 Tage an der Leipziger Universität, "um ein Beispiel für die strukturelle Neugestaltung der Universitäten und Hochschulen zu schaffen" (19).

Die entscheidenden Eindrücke und Urteile gewannen die Hochschulbevollmächtigten aus der am Sonnabend, dem 7. April 1951, von 19 bis 22 Uhr mit dem Parteisekretär der Philologisch-Historischen Abteilung der Philosophischen Fakultät und mit einigen SED-Studenten der Fachschaft Geschichte stattgefundenen Konferenz sowie aus der Besichtigung der historischen Institute und aus den Gesprächen mit den Institutsdi-

rektoren am Montag, den 9. April 1951 von 13 bis 19 Uhr

Auf der noch am 9. April anschließend von 19 bis 21 Uhr durchgeführten Arbeitsbesprechung beschloß Staatssekretär Gerhard Harig und seine Mitarbeiter neben Festlegungen zur Struktur der anderen historischen Institute die Bildung eines Instituts für Deutsche Geschichte mit Berücksichtigung der Geschichte der Arbeiterbewegung. Kern des neuen Instituts sollte die Abteilung "Geschichte der sozialen Bewegung" des Franz-Mehring-Instituts, die Ernst Engelberg leitete, werden. (10) Die am 22. Mai 1951 vom Staatssekretär erlassene Verfügung über die Neugliederung der historischen Institute modifizierte den April-Beschluß und schrieb die Bildung eines Instituts für Deutsche Geschichte mit einer Abteilung für Deutsche Landesgeschichte vor. (11) Der vehemente Kampf Heinrich Sproemberg gegen die Auflösung des Instituts für Deutsche Landes- und Volksgeschichte zeigte einen kleinen Erfolg (12)

Nach dieser staatlichen Weisung bereiteten Ernst Engelberg und wenige Hilfsassistenten (Studenten) mit Unterstützung der SED-Universitätsorganisation die Institutsgründung vor. Im September 1951 wurde das Leipziger Institut als erstes Institut für Geschichte des deutschen Volkes in der DDR gegründet und Ernst Engelberg zum kommissarischen Direktor ernannt. In den Monaten Oktober, November und Dezember 1951 standen vor allem organisatorische Aufgaben wie die Einrichtung der Institutsräume, der Aufbau einer Institutsbibliothek und die Organisation des Lehrbetriebes im Vordergrund. Bei der Erfüllung der Lehraufgaben konnte Engelberg nur auf den Assistenten Fritz Straube (ab 01.03.1952) und einige studentische Hilfskräfte zurückgreifen. Daher hielten die im neuen Studienplan geforderte Grundvorle-

sung Deutsche Geschichte vertretungsweise der Assistent Ernst Werner von der Abteilung Mittelalter und der planmäßige Aspirant Heinz-Otto Rocholl von der Abteilung Neuzeit des Instituts für Allgemeine Geschichte. Engelberg bot ein Spezialseminar zur Deutschen Geschichte an. (13)

Am 5. Januar 1952 veranstaltete die SED in der Abteilung Propaganda beim ZK in Berlin eine Beratung zur weiteren Festlegung der Aufgaben auf dem Gebiet der Geschichte. Auf der Tagung entspann sich die Diskussion in erster Linie um die Aufgaben und den Charakter des Museums für Deutsche Geschichte. Im Disput ging es um die Klärung der Frage, ob das Museum, das der Jenaer Historiker Karl Griewank einmal bezeichnenderweise "Ministerium für Deutsche Geschichte" (14) genannt hat, ein Forschungszentrum des zu erarbeitenden Geschichtsbildes oder nur eine Aufklärungseinrichtung sein sollte. Kurt Hagers Bestimmung des Museums als "ideell organisierendes Zentrum der Forschung" (15) war auslegbar. So oder so beurteilte Staatssekretär Harig die Gründung des Museums als einen "Schlag gegen die Lehre an der Universität" (16). Er unterstrich, daß durch den großen Bedarf des Museums den Geschichtsinstituten an den Universitäten künftig personelle Kräfte und finanzielle Mittel fehlen würden. In der Diskussion um die Stellung der Institute für Deutsche Geschichte an den Universitäten beschwichtigte ihn Hager, indem er daraufhinwies, daß die Bedeutung der Universitätsinstitute auf keinen Fall herabgemindert werden darf. Gleichzeitig schlug Kurt Hager vor, den Beschluß der 7. Tagung, Institute in Berlin und Leipzig zu gründen, dahingehend abzuändern, daß Leipzig durch Halle ersetzt werden soll. Nach längerem Für und Wider, in dem sich besonders Harig, der Referent für Geschichte im Staatssekretariat Förder und Engelberg für den Erhalt des Leipziger

Instituts unter Hinweis auf die schon erfolgte Entfaltung der Arbeit aussprachen, einigte sich die Versammlung, dem Politbüro den Plan zu unterbreiten, in Halle ebenfalls ein Institut für Geschichte des deutschen Volkes ins Leben zu rufen, die Arbeit von Engelberg unter die Anleitung von Leo Stern zu stellen, Alfred Meusel das Berliner Institut zu übertragen und Berlin und Halle als Schwerpunkte für die Historikerausbildung auszubauen. (17)

Nach Leipzig zurückgekehrt, informierte Engelberg, der der Universitätsparteileitung angehörte, sofort die Parteiorganisation Historische Institute, worauf die Parteigruppe des Instituts für Geschichte des deutschen Volkes am 18. Januar 1952 an Kurt Hager einen Brief sandte, in dem sie ihre Stellung zu dem aufgeworfenen Problem kundtat. Die SED-Institutsgruppe hob in dem Schriftstück die ideologische Bedeutung des Instituts für die Leipziger Philosophische Fakultät hervor und widersprach Gerüchten, daß Engelberg das Institut zum Zentrum Leipziger stadthistorischer Forschungen machen möchte und daß die zur Übersetzung lateinischer Texte herangezogenen bürgerlichen pensionierten Studienräte politischen Einfluß auf die Institutsarbeit bekommen könnten. (18)

Daraufhin, aber auch zur Bestimmung der weiteren Perspektiven der Fachrichtungen Geschichte an den Universitäten, fand vom 29. Januar bis zum 3. Februar 1952 eine Überprüfung der historischen Institute der Universität Leipzig durch den Sektor Wissenschaft und Hochschulen der Abteilung Kultur des ZK statt. (19) Das Ergebnis der Untersuchung kann als Erfolg für Engelberg und seine Mitarbeiter gewertet werden. Die ZK-Repräsentanten sicherten die Weiterexistenz und den beschleunigten Ausbau des Instituts zu. (20) Die Aussagen über das Verhältnis zum Hallenser Institut erwäh-

ten nichts mehr von Unterordnung sowie auch die Aufforderung zur engsten Zusammenarbeit dehnbar schien.(21)

Trotzdem stand das Leipziger Institut im Ansehen bei den Wissenschafts- und Hochschulvertretern des ZK und im Referat Geschichte des Staatssekretariates hinter den Instituten in Berlin und Halle zurück. Die Pläne zur Schließung des Leipziger Instituts für Geschichte des deutschen Volkes beziehungsweise zur Unterstellung der Leipziger Einrichtung unter das Institut von Stern lassen sich zwar mit dem Streben nach Konzentration der wenigen marxistischen Historiker begründen, werden dadurch aber nicht vollständig erhellt. Weitere politische und persönliche Momente müssen bei der Ursachensuche Berücksichtigung finden.

Aufgrund der ausgeprägten nationalen Geschichtsbetrachtung der SED stellten neben den Parteinstituten und dem Museum für Deutsche Geschichte die Institute für Geschichte des deutschen Volkes ideologische Schwerpunktanstalten dar, die von im Sinne der SED ausgewiesenen und verlässlichen Historikern geleitet werden sollten. Der 1951 42jährige Ernst Engelberg genoß zu Beginn der fünfziger Jahre bei den maßgeblichen Exponenten der SED-Wissenschaftspolitik noch nicht das wissenschaftliche und politische Ansehen von Alfred Meusel (Jahrgang 1896) und Leo Stern (Jahrgang 1901). Stern brachte die Reputation des sowjetischen Exils und der sowjetischen Hochschul- und Archiverfahrungen sowie ausgezeichnete Beziehungen zu den sowjetischen Stellen mit und leitete die 1950 in Halle gebildete Forschungsgemeinschaft "Dokumente und Materialien zur Geschichte der Arbeiterbewegung".(22) Engelberg gehörte zwar seit 1930 der KPD an und hatte auch eine Zeitlang in der Nazizeit im Zuchthaus ge-

essen, ist dann aber nach seiner Entlassung in die Schweiz und in die Türkei emigriert. Die Ermahnungen zur Vorsicht bei Kaderbesetzungen gegenüber Westemigranten finden sich in den Unterlagen der ZK-Abteilungen und des Staatssekretariates für Hochschulwesen für den Beginn der fünfziger Jahre noch häufig.(23) Freilich hatte sich auch Meusel in Westemigration, in Großbritannien, befunden, doch war er dort 1937 unter dem Einfluß von Jürgen Kuczynski der KPD beigetreten, exponiert politisch tätig gewesen und mit Kurt Hager bekannt geworden.(24) Inwieweit Ernst Hoffmann Meusel aus seinem ebenfalls englischen Exil kannte, konnte bisher noch nicht eruiert werden.(25) Weiterhin umgab Meusel ein Ruf besonderer wissenschaftlicher Qualifikation, da ihm schon in der Weimarer Republik eine Professur verliehen worden war.(26) Alfred Meusels Differenzen mit Ernst Engelberg hinsichtlich der Beurteilung historischer Ereignisse erleichterten die Stellung des Leipziger Institutsleiters nicht.(27)

Als es im Januar 1953 im Staatssekretariat um die Behandlung des Antrages der Philosophischen Fakultät der Leipziger Universität auf Ernennung Engelbergs zum Professor mit vollem Lehrauftrag und zum Direktor des Instituts ging, merkte der Schüler Meusels Förderer am 16. des Monats in einer Aktennotiz für sein Referat an, daß bei einer Rücksprache mit Ernst Diehl vom ZK, ebenfalls Meusel-Adept, Ende Dezember 1952 festgestellt wurde, "daß bei der Ernennung von E. grössere Bedenken hinsichtlich seiner wissenschaftl.-ideologischen Qualifikation bestehen, was sich vor allem bei der Diskussion seiner Disposition zum Lehrbuch gezeigt hat. Die Ernennung zum Professor mit vollem Lehrauftrag, die an sich sehr zu wünschen ist im Hinblick auf die Stellung des Instituts für Geschichte des Deutschen Volkes an der Universität Leip-

zig, bedarf daher einer sorgfältigen Erwägung, dessen Ergebnis weitgehend abhängt von dem Niveau der nochmals vorzulegenden Lehrbuchdisposition."(28) Franz Wohlgemuth, Hauptabteilungsleiter im Staatssekretariat, kommentierte die ihm von Förderer am 22. Januar gesandte Begründung der Ablehnung Engelbergs mit den Worten, daß man das nicht schriftlich machen brauchte.(29)

Doch schon kurz danach schwenkte die Partei in der Berufungsfrage um und ernannte Engelberg (30), da ein Ende der Lehrbuchdiskussion noch nicht abzusehen war und man Engelbergs Stellung und die seines Instituts in der Leipziger Philosophischen Fakultät stärken wollte, weil es in einer Sitzung der Historischen Kommission des Landes Sachsen vom 21. Februar 1953 Kritiken am Leipziger Institut von seiten Sterns und mit Unterstützung Sproembergs gegeben hatte.(31)

Sterns Vorgehen läßt sich meines Erachtens daraus erklären, daß er sich ängstigte, bei der geographischen Nähe von Leipzig und Halle und dem Umfang der vom Leipziger Institut geplanten Vorhaben sowie der politischerseits bedingten Bevorzugung Berlins und damit des Berliner Instituts für Geschichte des deutschen Volkes durch die zentralen Stellen gegenüber dem Leipziger Institut ins Hintertreffen zu geraten. Sproembergs Intentionen lassen sich mit seinem Bestreben, von Engelberg nicht verdrängt zu werden, durch die Hoffnung auf Wiederbelebung des alten Kötzschke-Instituts bei Weggang der Historiker der deutschen Geschichte nach Halle und aufgrund seiner Einschätzung des Verhältnisses von allgemeiner und deutscher Geschichte begründen.

"Die Diskussion über die Abgrenzung zwischen allgemeiner und 'vaterländischer'

Geschichte", so berichtete er Enklaar in dem schon erwähnten Brief, "ist bei uns sehr im Gange."(32) Sproemberg betonte, "daß die deutsche Geschichte eingeordnet werden muß in die Geschichte Europas und daß scharf geschieden werden muß zwischen dem übernationalen Reich des Mittelalters und dem Nationalstaat der Gegenwart. Nur so kann auch das Verständnis für das historische Lebensrecht der uns umgebenden Nationen gewonnen werden."(33) Schon am 2. Juli 1953 hatte Sproemberg Enklaar darauf aufmerksam gemacht, daß es für ihn keine besondere mittelalterliche Geschichte gibt, sondern nur eine allgemeine Geschichte des Abendlandes, "in deren Rahmen erst die Geschichte einzelner Länder und der sich langsam entwickelnden Nationen zu verstehen ist."(34)

Auf die erneuten Kritiken am Institut reagierte Engelberg am 15. März 1953 mit einem Beschwerdeschreiben über "Quertreibereien" gegen sein Institut an die zuständige Abteilung des Zentralkomitees, in dem er auf die Leistungen seines Kollektivs und auf die politische Führung seines Instituts an der Fachrichtung verwies. Gleichzeitig startete er einen Gegenangriff und bezeichnete die Historische Kommission für Landesgeschichte als "Anachronismus" (35). Damit befand sich Ernst Engelberg im Einklang mit der politischen Aufgabenstellung der SED für die Historiographie der deutschen Geschichte. "Es ist bekannt", so heißt es in einem Leitartikel der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft aus dem Jahr 1954, "daß einige führende westdeutsche Historiker diese nationale Aufgabe verleugnen. Verzettelung in landesgeschichtliche Detailforschung und scheinwissenschaftliche Begründung der sogenannten Abendland- bzw. Europakonzeption - das sind die beiden Richtungen, in denen sich nach ihren Forderungen die westdeutsche Ge-

schichtwissenschaft bewegen soll -, Forderungen, die in direkter Übereinstimmung mit den Forderungen der amerikanischen Besatzungsmacht stehen" (36)

Die abwertende Einstellung der SED gegenüber der Landesgeschichte wirkte sich auch auf die selbständige Abteilung für Landesgeschichte des Engelberg-Instituts, der Heinrich Sproemberg vorstand, aus. Sproemberg bemühte sich während seiner gesamten Zeit als Leipziger Ordinarius um die Rückwandlung der Abteilung in ein eigenständiges Institut, erhielt jedoch immer wieder ablehnende Bescheide, weil sich die Berliner Stellen mit der Einordnung der Abteilung in das Institut von Engelberg eine gewisse Oberleitung und politische Einflußnahme erhofften, wie es aus einer internen handschriftlichen Begründung von Förder hervorgeht (37)

Die den Historikern mit Nachdruck von der SED gestellten Aufgaben, die große Isolation der Institute für Geschichte des deutschen Volkes in der deutschen Geschichtswissenschaft bei ihrer Inauguration und die anfänglich unsichere Existenz des Leipziger Instituts verursachten nach meiner Auffassung den großen wissenschaftlichen Arbeitseifer der Leipziger Institutsmitglieder und das Bemühen Ernst Engelbergs, sich eng an die von der SED geforderten Maßgaben zu halten und bei ihrer Erfüllung im Rahmen der DDR-Geschichtswissenschaft voranzugehen

#### Anmerkungen:

- 1) Heinrich Sproemberg an Th. Enklaar am 20.10.1953. In: Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (ABBAdW), Bestand Nachlaß Heinrich Sproemberg, Korrespondenz 1953
- 2) Nach der Durchsicht des Nachlasses von Heinrich Sproemberg erscheint mir die von seinen Schülern Heitz und Unger angefertigte biographische Skizze als teilweise ungenügend und seiner Person nicht gerecht werdend. Siehe Gerhard Heitz/Manfred Unger: Heinrich Sproemberg (1889 bis 1966). In: Wegbereiter der DDR-Geschichtswissenschaft

Die vom Leipziger Institut 1951 begonnenen Aufbauarbeiten und die nach und nach erbrachten Forschungsergebnisse entbehren nicht der inhaltlichen und methodologischen Kritik, können aber von unterschiedlichen weltanschaulich-methodologischen Standpunkten verschieden interpretiert werden und entwickelten sich auch hinsichtlich behandelter Geschichtszeiten und -räume qualitativ heterogen

"Wieviel fleißige Arbeit ist darauf verwendet, um Thesen zu erhärten, die von vornherein feststehen! Wieviel Gedankenarbeit ist darauf verwendet, wieviel 'bürgerliche' Literatur ist gewälzt worden, um 'Beweise' zu finden! Wie anders würde sich dieses Bemühen, eine neue Geschichtsauffassung zu erhärten, ausnehmen," urteilte Percy Ernst Schramm 1954, "wenn nicht immer von vornherein feststünde, was zu beweisen ist" (38). Die trotz Parteilichkeit, ideologischen Korsetts und nationalen Grundkonzeption vorgelegten international anerkannten Forschungsergebnisse der DDR-Geschichtswissenschaft lassen ahnen, was bei Freiheit der Wissenschaft und gleicher finanzieller Unterstützung möglich gewesen wäre

*Zeit Didczuneit, Dipl.-Hist., ist Forschungsstudent am Institut für Universal- und Kulturgeschichte der Neuzeit der Universität Leipzig*

Biographien, Berlin 1989, S. 300ff. Den in Westdeutschland und in Westeuropa in den fünfziger Jahren kursierenden Gerüchten über eine angebliche Staatssicherheitsmitarbeit Sproembergs muß nach meiner Kenntnis ebenfalls widersprochen werden. Siehe Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, Zentrales Parteiarchiv, IV 2/904/556 und Heinrich Sproemberg an Lousse am 05.09.1957. In: ABBAdW, Bestand Nachlaß Heinrich Sproemberg, Korrespondenz 1957.

3) Mit Gründung des Staatssekretariates im Februar 1951 verloren die Länder das Hoheitsrecht über die Hochschulen an die Berliner Behörde. Zum Aufbau und zur Arbeitsweise des Staatssekretariates für Hochschulwesen siehe Heinz Kersten: Kadenschmieden der kommunistischen Intelligenz. Struktur und Situation des Hochschulwesens in der Sowjetzone. In: SBZ-Archiv, 5(1954)20, S. 309ff.

4) Siehe Alexander Fischer: Der Weg zur Gleichschaltung der Geschichtswissenschaft in der SBZ 1945-1949. In: Geschichtswissenschaft in der DDR. Bd. 1: Historische Entwicklung, Theoriediskussion und Geschichtsdidaktik. Hrsg. v. Alexander Fischer und Günther Heydemann, Berlin 1989, S. 45ff. Siehe auch Günther Heydemann: Zwischen Diskussion und Konfrontation - Der Neubeginn deutscher Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR 1945-1950. In: Einführung in Fragen an die Geschichtswissenschaft in Deutschland nach Hitler 1945-1950, Frankfurt/Main 1986, S. 12ff.

5) Konstatiert man für die Zeit nach 1945 die Erarbeitung eines antinationalen Züge tragenden Geschichtsbildes im Auftrag der SED unter dem Banner der "Erziehung zum wahrhaft fortschrittlichen Humanismus", begann schon 1948/49, verstärkt seit dem 3. Parteitag, die Wendung der SED zu einer national akzentuierten Geschichtsbetrachtung, die 1952 im Zusammenhang mit der Einbindung der Bundesrepublik in das westliche Bündnis und dem Aufbau des Sozialismus in der DDR deutlich hervortrat. Siehe Werner Maibaum: Geschichte und Geschichtsbewußtsein in der DDR. In: Wissenschaft und Gesellschaft in der DDR. Eingeleitet v. Peter Christian Ludz. Hrsg. v. R. Thomas, München 1971, S. 189/90. Siehe auch Jürgen von Hehn: Die Sowjetisierung des Geschichtsbildes in Mitteldeutschland. In: Europa-Archiv, 05.10.1954, S. 6931/32; Georg von Rauch: Das Geschichtsbild der Sowjetzone. In: Jahrbuch der Ranke-Gesellschaft 1954, S. 105ff.; Fritz Kopp: Die Wendung zur "nationalen" Geschichtsschreibung in der Sowjetzone, München 1955.

6) Zur Geschichte des Instituts siehe aus DDR-offizieller Sicht Heinz Heitzer: Das Akademieinstitut für Geschichte (1956 bis 1986). In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG), 34(1986)10, S. 892ff.; Ders.: Die Gründung des Instituts für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften. In: Hauptetappen und Probleme der Geschichte der Geschichtswissenschaft der DDR, Berlin 1982, S. 89ff.; Karl Obermann: Aus der Arbeit des Instituts für Geschichte an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin. In: ZfG, 4(1956)5, S. 1044ff.; Ders.: Ein Jahr Institut für Geschichte an der Deutschen Akademie der Wissenschaften. In: ZfG, 5(1957)4, S. 839ff.

7) Zur Gründungsgeschichte des Museums für Deutsche Geschichte siehe aus DDR-offizieller Sicht Helmut Heitz: Die Gründung des Museums für Deutsche Geschichte (1952). In: Jahrbuch für Geschichte, (1979) Bd. 20, S. 143ff.; Ders.: Die Konzeption der ersten Ausstellung im Museum für Deutsche Geschichte 1952. In: ZfG, 28(1980)4, S. 340ff.

8) Siehe Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. III, Berlin 1952, S. 581. Aufgrund der besonderen politischen Aufgabenstellung erhielten diese Institute die Bezeichnung "Institute für Geschichte des deutschen Volkes". Zu Beginn des Herbstes

mesters 1956/57 wurden sie umbenannt in "Institute für Deutsche Geschichte". In dem Antrag des Berliner Instituts auf Umbenennung vom 7. Juni 1956 heißt es dazu: "Die seinerzeit für die Gründung unseres Instituts maßgebliche politische Aufgabenstellung hat inzwischen eine Veränderung erfahren. Das Gebiet der Lehre und Forschung, das zu unserem Aufgabenbereich gehört, ist dadurch erweitert worden, daß jetzt auch die Geschichte der herrschenden Klassen, das Zeitalter des Imperialismus u. a. in weitaus stärkerem Maße als bisher berücksichtigt werden." In: Bundesarchiv Abteilungen Potsdam, Zwischenarchiv Berlin, Bestand Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen R-3 4054 (BAPZB, R-3 4054).

9) BAPZB, R-3 1284/1. Die Wahl der Universität Leipzig zur Musteruniversität hing sicherlich damit zusammen, daß Harig, bevor er das Amt des Staatssekretärs übernahm, an der Leipziger Alma mater Professor für historischen und dialektischen Materialismus am Franz-Mehring-Institut und dessen geschäftsführender Direktor sowie Studentendekan der Universität gewesen war und die Leipziger Verhältnisse im Vergleich zu den anderen Hochschulen bestens kannte.

10) Ernst Engelberg hatte 1948/49 eine Dozentur an der Pädagogischen Hochschule Potsdam inne und wurde mit Wirkung vom 1. April 1949 von der Abteilung Hochschulen und Wissenschaft des sächsischen Ministeriums für Volksbildung zum Professor mit Lehrauftrag für Geschichte, insbesondere der Arbeiterbewegung, an der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Leipzig ernannt. Siehe Günter Katsch: Zur Vorgeschichte des Instituts für Deutsche Geschichte an der Karl-Marx-Universität Leipzig und zu den Voraussetzungen seiner Gründung. In: Leipziger Beiträge zur Universitätsgeschichte, (1988), Bd. 2, S. 84f.

11) Siehe BAPZB, R-3 1284/1.

12) Siehe Heinrich Sproemberg an Hellmut Kretzschmar am 13.04.1951. In: ABBAdW, Bestand Nachlaß Heinrich Sproemberg, Korrespondenz 1951. An der Leipziger Universität gab es nach der Schließung des Instituts für Geschichte und Kultur Südosteuropas bis zum September 1951 drei beziehungsweise vier geschichtswissenschaftliche Institute. Das Personal- und Vorlesungsverzeichnis für das Sommersemester 1947 verzeichnet ein Historisches Institut mit den Seminaren für Vor-, Früh-, Alte und Mittlere und Neuere Geschichte sowie historische Hilfswissenschaften. Aus letzterem Seminar entstanden 1950, nachdem Heinrich Sproemberg die Berufung nach Leipzig angenommen und Rostock verlassen hatte, das Seminar für Mittlere Geschichte und historische Hilfswissenschaften (Direktorat Heinrich Sproemberg) und das Seminar für Neuere Geschichte und historische Hilfswissenschaften (Direktorat Walter Markov). Siehe Universitätsarchiv Leipzig (UAL), Bestand Philosophische Fakultät B1/1426, Bd. 2. Weiterhin existierten das Institut für Deutsche Landes- und Volksgeschichte mit einem Seminar für Landesgeschichte und Siedlungskunde (Siehe Heinrich Sproemberg/Hellmut Kretzschmar: Zum 50. Jahrestag der Gründung der Abteilung Landesgeschichte. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig, Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe (WZ Leipzig), 6(1956/57)2, S. 201ff.), das Institut für Heimatforschung sowie das Institut für Kultur- und Universalgeschichte. Siehe Universität Leipzig, Personal- und Vorlesungsverzeichnis für das Sommersemester 1947, Leipzig 1947, S. 32f. Das Institut für Deutsche Landes- und Volksgeschichte leitete bis 1949 Rudolf Kötzschke, der 1946 79jährig wieder an die Universität zurückgekehrt war und sein von ihm 1906 gegründetes Institut übernommen hatte. Nach Kötzschkes Tod 1949 stand bis zur Ernennung Sproembergs zum Direktor

1950 der Ordinarius für Vor- und Frühgeschichte Friedrich Behn dem Institut vor, das für diese Zeit dem Historischen Institut als Seminar angegliedert war. Siehe Universität Leipzig, Personal- und Vorlesungsverzeichnis für das Sommersemester 1949, Leipzig 1949, S. 31. Weitere Informationen bei Siegfried Hoyer: Zur Entwicklung der historischen Institute der Universität Leipzig. Vom Wiederbeginn des Studienbetriebes 1946 bis 1948. In: ZfG, (1992)5, S. 437ff. und Günter Katsch: Zur Entwicklung der Geschichtswissenschaft an der Karl-Marx-Universität Leipzig. Von der demokratischen Neueröffnung bis zur Gründung der Sektion Geschichte. In: WZ Leipzig, 31(1982)6, S. 544ff.

Am Beginn des ersten Zehn-Monate-Studienjahres im Herbstsemester 1951/52 sah die Struktur der historischen Institute folgendermaßen aus: Institut für Allgemeine Geschichte mit den Abteilungen für Vor- und Frühgeschichte, für Geschichte des Altertums mit der Unterabteilung für Hilfswissenschaften, für Allgemeine Geschichte des Mittelalters mit der Unterabteilung für Hilfswissenschaften und für Allgemeine Geschichte der Neuzeit; Institut für Deutsche Geschichte mit der Abteilung für Deutsche Landesgeschichte; Institut für Geschichte der Völker der UdSSR. Siehe auch Universität Leipzig, Personal- und Vorlesungsverzeichnis für das Herbstsemester 1951/52, Leipzig 1951, S. 17/18. Das Engelberg-Institut wird im Personal- und Vorlesungsverzeichnis der Universität Leipzig für das Studienjahr 1951/52 noch unter dem Namen "Institut für Deutsche Geschichte" geführt. Siehe Anmerkung 8.

13) Siehe auch den kurzen Abriß der Geschichte des Instituts von Gerhard Zschäbitz aus dem Jahr 1958 im Leipziger Universitätsarchiv. In: UAL, Bestand Rektorat Nr. 113 und den Tätigkeitsbericht der Abteilung Neuzeit des Instituts für Allgemeine Geschichte. In: BAPZB, R-3 1602. Weitergehende Informationen zum Personalbestand und zum Lehrangebot aus dieser Zeit befinden sich im Personal- und Vorlesungsverzeichnis der Universität Leipzig sowie im Arbeitsbericht des Instituts für Geschichte des deutschen Volkes aus dem Jahr 1953 in der ZfG. In: ZfG, 1(1953)4, S. 647ff. Siehe auch den Arbeitsbericht des Berliner Instituts (ZfG, 1(1953)1, S. 114ff.) und die Rechenschaftslegung der Hallenser Einrichtung (ZfG, 1(1953)3, S. 495ff.).

14) Karl Griewank an Heinrich Sproemberg am 23.07.1953. In: ABBAdW, Bestand Nachlaß Heinrich Sproemberg, Korrespondenz 1953.

15) BAPZB, R-3 4039.

16) Ebenda.

17) Siehe ebenda. An der Tagung nahmen neben Hager, Harig, Förder und Engelberg Ernst Hoffmann, Leiter des Sektors Wissenschaft und Hochschulen der Abteilung Kultur beim ZK der SED, Paul Wandel, Minister für Volksbildung, Heinz Wohlgemuth, Hauptabteilungsleiter im Staatssekretariat für Hochschulwesen, die SED-Mitglieder und Professoren Heinz Kamnitzer, Jürgen Kuczynski, Alfred Meusel, Karl Obermann, Albert Schreiner, Leo Stern und Hanna Wolf sowie Vertreter des künftigen Museums für Deutsche Geschichte teil.

18) Siehe Parteiarchiv beim Bezirksvorstand der PDS Leipzig, IV/7.127/12.

19) Der Sektor Wissenschaft und Hochschulen, der für die Durchsetzung der Politik der SED an allen wissenschaftlichen Einrichtungen der DDR verantwortlich war, entstand auf Beschluß des Parteivorstandes der SED vom 03.06.1950 und unterstand bis zum Februar 1952 der Abteilung Kultur und ab dem 28.02.1952 der Abteilung Propaganda. Von 1946

bis 1950 waren die Gebiete Wissenschaft und Hochschulen auf verschiedene Abteilungen des ZK aufgeteilt. Am 11. 11. 1952 faßte das Politbüro der SED den Entschluß, eine selbständige Abteilung Wissenschaft und Hochschulen beim ZK der SED unter Leitung von Kurt Hager zu gründen. Siehe Günter Uebel/Erich Woitinas: Die Entwicklung des Parteaufbaus und der Organisationsstruktur der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in den Jahren von 1946 bis 1954, Berlin 1966. (Manuskript. In: Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, Zentrales Parteiarchiv, Berlin.)

20) Von den historischen Instituten der Leipziger Universität erhielt das Engelberg-Institut vom Staatssekretariat 1952 mit 27.925 Mark für die Abteilung für Deutsche Geschichte und mit 5.800 Mark für die Abteilung für Deutsche Landesgeschichte den größten Etat. Das Institut für Allgemeine Geschichte mit seinen verschiedenen Abteilungen bekam 21.130 Mark, und das Institut für Geschichte der Völker der UdSSR empfing 13.500 Mark. Dem Hallenser Institut stand 1952 eine Summe von 25.800 Mark zur Verfügung. Siehe BAPZB, R-3 4050. Weiterhin verfügte Stern im Rahmen von zwei Forschungsaufträgen zur Quellenpublikation über den Betrag von 207.000 Mark. Engelberg bezog für den von der Historischen Kommission bei der Sächsischen Akademie der Wissenschaften an sein Institut erteilten Forschungsauftrag "Der deutsche Liberalismus in den 60er Jahren" 10.000 Mark. Siehe BAPZB, R-3 4042.

21) Siehe BAPZB, R-3 4039.

22) Siehe Conrad Grau: Leo Stern (1901-1982). In: Wegbereiter der DDR-Geschichtswissenschaft ..., a. a. O., S. 318ff. Nach Aussagen von Zeitzeugen erfreute sich Stern auch ausgezeichneter Verbindungen zum Ministerium für Staatssicherheit der DDR.

23) Siehe BAPZB, R-3 4054.

24) Siehe Horst Haun: Alfred Meusel (1896 bis 1960). In: Wegbereiter der DDR-Geschichtswissenschaft ..., a. a. O., S. 149ff. Siehe auch Oskar Pfefferkorn: Alfred Meusel. Der Historiker neuen Typus. In: SBZ-Archiv, 3(1952)3, S. 41/42 und Birgit Leske: Das Ringen der Organisation der KPD in Großbritannien um die Verwirklichung der Einheits- und Volksfrontpolitik der KPD (1934 bis Mai 1945). Phil. Diss. A, Berlin 1983, S. 143ff.

25) Hier erhoffe ich mir weitergehende Informationen aus künftigen Befragungen von Zeitzeugen im Rahmen der Erarbeitung meiner Dissertation.

26) Seriöse Fachhistoriker beanstandeten Meusels Umgang mit dem wissenschaftlichen Schaffen anderer Historiker und warfen ihm Plagiate vor. Das Ansehen von Meusel, der von Hause aus Soziologe und Nationalökonom war, wurde dadurch jedoch bei den Machthabern nicht getrübt. Siehe Alexander Fischer: Der Weg zur Gleichschaltung der sowjetzonalen Geschichtswissenschaft 1945-1949. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 10(1962)10, S. 161.

27) Meusel, der am 18. Januar 1952 die Leitung des Museums für Deutsche Geschichte übernommen hatte, übertrug schon bald das Direktorat des erst im Juli 1952 gegründeten Berliner Instituts für Geschichte des deutschen Volkes seinem Schüler Heinz Kamnitzer. Engelberg, der eine solide Fachhistorikerausbildung erfahren hatte (1934 Promotion: "Die deutsche Sozialdemokratie und die Bismarcksche Sozialpolitik", Gutachter: Hermann Oncken und Fritz Hartung), bekam Meusels persönliche Abneigung besonders in den Diskussionen der Dispositionen für das Lehrbuch für deutsche Geschichte zu spüren. Alfred Meusel war seit dem 1. September 1952 auch Vorsitzender des Autorenkollektivs. Siehe

Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, Zentrales Parteiarchiv, IV 2/904/109.

28) BAPZB, R-3 4039.

29) Siehe BAPZB, R-3 1599.

30) Der Nachfolger Förders im Referat für Geschichte Heinz Königer schrieb am 06. 03. 1953, kurz nach seiner Amtseinführung, an die Personalabteilung des Staatssekretariates, daß nach Rücksprache mit dem ZK die Berufung von Engelberg schnell erfolgen soll. "Die Bedenken, die in der alten Stellungnahme zum Ausdruck kamen, sind noch nicht behoben. Sie reichen jedoch nicht aus, die Ernennung Engelbergs zum Professor mit vollem Lehrauftrag und Direktor des Instituts für Geschichte des deutschen Volkes noch weiter hinauszuzögern, da die Diskussion über den Dispositionsentwurf in der Lehrbuchkommission noch längere Zeit auf sich warten lassen wird. In Anbetracht seiner Verdienste um den Aufbau des Instituts und im Interesse des Ansehens des Instituts für Geschichte des Deutschen Volkes muss unseres Erachtens die Ernennung Engelbergs umgehend erfolgen." In: BAPZB, R-3 1599.

31) Siehe Leo Stern an Heinrich Sproemberg am 02. 04. 1953 und den Bericht über die Kommissionssitzung des Leipziger Aspiranten und ehemaligen Ministerialrates im sächsischen Volksbildungsministerium Heinz-Otto Rocholl. In: ABBAdW, Bestand Nachlaß Sproemberg, Korrespondenz 1953.

32) Heinrich Sproemberg an Th. Enklaar ..., a. a. O.

33) Ebenda.

34) Heinrich Sproemberg an Th. Enklaar am 02. 07. 1953. In: ABBAdW, Bestand Nachlaß Heinrich Sproemberg, Korrespondenz 1953.

35) Siehe Parteiarchiv beim Bezirksvorstand der PDS Leipzig, IV/7.127/12.

36) Die Bedeutung des IV. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands für die Geschichtswissenschaft. In: ZfG, 2(1954)3, S. 342.

37) Siehe BAPZB, R-3 1602.

38) Percy Ernst Schramm: Literaturbericht Mittelalter. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 5(1954)4, S. 574.

Von den Schwierigkeiten der deutschen Historiker mit ihrem Selbstbild.  
Betrachtungen anlässlich einer Neuerscheinung

„... der Mensch sollte über sich, über seine Geschichte und seine Natur mehr wissen, als ihm das für die praktischen Dinge bequem und nützlich ist“

Stanislaw Lem

Der berühmte polnische Schriftsteller, Philosoph, Futurologe und Weltverbesserer scheint auch im Hinblick auf das Geschichtsbewußtsein des Menschen, daß er in seinem Essay "Provokation" (1) so brilliant beleuchtete, trotz gegenteiliger historischer Erfahrungen letztlich doch ewiger Optimist zu bleiben. Die jüngsten deutschen Ereignisse lehren nun allerdings erneut, daß damit nicht nur der Durchschnittsbürger, sondern offensichtlich auch der Historiker einigmaßen überfordert ist. Denn gemessen an der seit dem Umbruch 1989 verflossenen Zeit sind die Bilanzversuche der Historikerkunft zu ihrer eigenen Eingebundenheit in die Zeit vor 1989, ihrem konkreten Anteil am deutschen Weg nach 1945 wohl doch eher mager zu nennen. Offensichtlich stimmt auch für Bemühungen der professionell mit Historie Befassten um ihr eigenes Selbstbild die Feststellung von Hans Magnus Enzensberger: "Ohne Geduld und ohne Distanz ist Geschichte nicht zu haben." (2)

Daher können Versuche, die öffentlichen Wortmeldungen von Historikern einem breiteren Interessentenkreis zugänglich zu machen und so die Diskussion zu befördern, nur begrüßt werden. Nach den Bemühungen verschiedener Zeitschriften um das

Ingangsetzen einer Debatte, so u.a. "INITIAL", "hochschule ost" sowie letztlich auch die Wochenzeitschrift DAS PARLAMENT (3), liegt nun ein erster umfangreicherer Beitrag zu diesem Thema vor:

*"Krise - Umbruch - Neubeginn. Eine kritische und selbstkritische Dokumentation der DDR-Geschichtswissenschaft 1989/90"* (4)

Unter diesem Titel erschien jetzt im Verlag Klett-Cotta eine Zusammenstellung von ersten Reaktionen der ost- und der westdeutschen Historikerkunft auf die Zäsur 1989. Die drei Herausgeber der Dokumentation, die ostdeutschen Historiker Rainer Eckert, Wolfgang Küttler sowie der kürzlich leider viel zu früh verstorbene Gustav Seeber heben im Vorwort ausdrücklich die Authentizität der dokumentierten Beiträge hervor. Sie stammen alle aus der Zeit vom November 1989 bis zum Herbst 1990 und sind für den nach langen und hartnäckigen Bemühungen der Herausgeber und mit Unterstützung des westdeutschen Historikers Jürgen Kocka nun endlich doch auf den Weg gebrachten Dokumentenband bewußt nicht neu bearbeitet worden.

Anhand von Wortmeldungen einzelner Historiker, durch Abdruck öffentlicher Stellungnahmen der drei damals existierenden Historikerverbände (Historiker-Gesellschaft der DDR, Unabhängiger Historikerverband, Verband der Historiker Deutschlands) sowie durch Aufnahme von den Umbruchprozeß begleitenden Pressestimmen, die den Zeitgeist besonders nachvollziehbar machen, ist mit diesem Band die Befindlichkeit deutscher Historiker in der ersten Phase des gesellschaftlichen Transformationsprozesses, vom Herbst 1989 bis zur deutschen Vereinigung, wohl insgesamt einigmaßen repräsentativ dokumentiert.

Die einzelnen Beiträge lassen sich inhaltlich drei großen Themenkomplexen zuordnen - dem sind die Herausgeber auch bei der Anordnung der Beiträge gefolgt:

1. Sachbezogene Beiträge zur Krise des "realen Sozialismus" und zum Ende der DDR. Hier werden Wortmeldungen vorgestellt, die die Ursachen, besonderen Aspekte sowie ideengeschichtlichen Zusammenhänge des Zusammenbruchs der DDR zu analysieren versuchen;

2. Stellungnahmen zur inneren Verfaßtheit der DDR - Historikerkunft. Das sind Beiträge, die sich mit der Wissenschaftsentwicklung, mit moralisch - politischen und ethischen Fragen sowie mit den sich abzeichnenden wissenschaftspolitischen Konsequenzen befassen;

3. Bilanzversuche zu konkreten Forschungsrichtungen und Zweigdisziplinen der DDR - Historiographie.

Der Band dokumentiert den Beginn der Selbstbefragung von DDR-Historikern nach dem Herbst 1989. In der DDR-Historiographie etablierte Historiker nahmen da eben-

so das Wort wie Mitglieder des damals gerade gegründeten Unabhängigen Historikerverbandes sowie westdeutsche Fachkollegen.

Auffällig für den Leser dürfte sein, daß trotz sehr unterschiedlicher Sichten einzelner DDR-Historiker auf die innere Verfaßtheit der Geschichtswissenschaft der DDR und ihren Weg in den vierzig Jahren die dialogische Form, die tatsächlich aufeinander bezogene Diskussion und bei so unterschiedlichen Bewertungen doch eigentlich zu erwartende direkte Kontroverse nicht einmal in Ansätzen zu finden ist. Damit widerspiegelt der Band durchaus die damalige Diskursrealität. Ein wirklicher, öffentlicher Dialog der widerstreitenden Parteien - der etablierten, seit Jahren wissenschaftspolitisch verantwortlichen älteren und der jüngeren sowie vor allem der vor der Wende aus politischen Gründen benachteiligten Historiker - um die Frage der Verantwortung der Historiographie für den Weg, den der Staat DDR gegangen ist, hat nicht stattgefunden. Jede der Gruppen monologisierte für sich und selbst an diesem Diskurs haben sich, gemessen an der beträchtlichen Zahl Historiker, die die DDR hatte, nur sehr wenige beteiligt. Ein Vergleich mit dem weiteren Gang der Diskussion zu dieser Frage bis zum heutigen Zeitpunkt zeigt zudem, daß in der hier dokumentierten Zeit - Herbst 1989 bis Herbst 1990 - die Bereitschaft der DDR - Historiker zur kritischen Selbstbefragung ganz offensichtlich noch am ausgeprägtesten war. Öffentliches Nachdenken über die eigene politische und fachliche Vergangenheit fand danach kaum noch statt. (Eine gewisse Ausnahme stellte hier Berlin dar - sowohl die Akademieinstitute wie auch das Institut für Geschichtswissenschaften an der HUB. Aber auch diese Diskussionen blieben im wesentlichen intern. [5])

Die direkte, ja existenzielle Betroffenheit auch der Historiker vom aktuellen, politisch dominierten Prozeß der weitgehend fremdbestimmten Transformation der ostdeutschen Kultur in die westdeutsche Gesellschaft hat leider kaum die nötigen Rahmenbedingungen für weiteretiefere, schonungslose aber differenzierte Selbstbefragung geschaffen. Das sich zaghafte abzeichnende Entstehen eines solchen, selbstredend schmerzhaften und darum nicht leicht sich entwickelnden ehrlichen Bilanzierungsversuches, der im Band nachvollziehbar wird, wurde im Keime erstickt nicht zuletzt durch den in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit sehr deutlich spürbaren und zum Teil auch hier dokumentierten gezielt anti-intellektuellen Grundtenor der Debatte um die Vergangenheit des Staates DDR. Die oft pauschale Verurteilung gerade auch der DDR-Gesellschaftswissenschaftler fast aller Sparten als "willfährige Handlanger eines diktatorischen Regimes", wie sie in der politischen Publizistik damals breit zu finden ist, hat entscheidend mitbewirkt, daß diese Chance vertan wurde. "Im Zweifel lieber abwickeln"! Diese für eine Wortmeldung des renommierten Münchner Historikers Christian Meier zum Thema Umgang mit der DDR-Historikergunft gewählte Überschrift war offensichtlich keine Einzelposition. (4) Sie könnte ohne weiteres als Motto des sich nach zwei Jahren nun im Endstadium befindenden Prozesses der politischen und fachlichen Evaluierung der ehemaligen DDR-Historiker gelten. Was wunder also, wenn ein breiter, freimütiger Diskurs selbst der professionell mit Historie Befassten über ihre Vergangenheit über erste zaghafte Ansätze nicht hinaus kam.

In einem interessanten Nachwort zur Dokumentation, das vom Februar 1992 datiert, äußert sich Jürgen Kocka, als Historiker und Mitglied des Wissenschaftsrates führend betraut mit der gewiß nicht leichten

Aufgabe der fachlichen Evaluierung der DDR - Historiographie, bilanzierend zu diesem Prozeß:

"Die Fortführung der ostdeutschen Geschichtswissenschaft als mehr oder weniger geschlossenes Teilsystem konnte kein Ziel der Neugestaltung sein; die Schaffung guter Weiterarbeitschancen für viele qualifizierte Individuen und Gruppen dagegen sehr... Daß in diesem Umbruch auch viele Karrieren vorzeitig zu Ende gehen, ist unvermeidlich."

Es sei nicht möglich, so Kocka weiter, altes Unrecht in allen Fällen wiedergutzumachen. Ebenso unmöglich sei es aber auch, neue Ungerechtigkeiten völlig zu vermeiden. (5)

Inwieweit das mit der politischen und fachlichen Prüfung der DDR-Gesellschaftswissenschaften anvisierte Ziel, Weiterarbeitschancen für viele qualifizierte Wissenschaftler der DDR zu gewähren, am Ende wirklich erreicht sein wird, bleibt selbstverständlich einer Abschlußbilanz des Evaluationsprozesses vorbehalten, wenn seriöse Urteile gefällt werden sollen. Allerdings läßt sich jetzt, kurz vor seinem Ende, doch schon konstatieren: politische Voreingenommenheiten und Fehlurteile bei der Einzelfallprüfung, die ja nicht einmal allen Wissenschaftlern gleichermaßen als Chance eingeräumt wurde, waren nicht nur in Ausnahmefällen beobachtbar. Verwiesen sei nur auf die pauschale Abwicklung ganzer Bereiche ohne Einzelfallprüfung, die schon allein auf Grund ihrer Fachspezifik a priori als politisch generell negativ exponierte Teile der DDR-Historiographie eingestuft wurden. Jürgen Kocka geht in seinem Nachwort darauf ein. (7)

Solche Fehlbeurteilungen sind aber weniger den westdeutschen Kollegen als viel-

mehr den wenigen auserwählten ostdeutschen Wissenschaftlern in den Evaluationsgremien anzulasten, die als Insider der DDR-Szenerie doch sehr genau wissen mußten, daß mit solchen vereinfachenden Grenzziehungen die wissenschaftspolitische Realität im Staate DDR nur bedingt einzufangen war. Offensichtlich war es nicht möglich, diesen Prozeß der Prüfung einer ganzen Wissenschaftlerpopulation völlig sine ira et studio zu gestalten. Die Erinnerung an frühere persönliche Verletzungen hat Positionen und Urteile sicher geprägt, was durchaus verständlich ist. Solche Wunden heilen nicht so rasch und schon gar nicht, wenn die Chance der Beteiligten, der Opfer und der Täter, sich offen über diese bitteren Erfahrungen auszutauschen, nicht genutzt wurde. Wenn von freimütiger Offenbarung und Schuldeingeständnis der wissenschaftspolitischen Täter von damals heute so unmittelbar die berufliche Weiterexistenz abhängt, wie in diesem gesellschaftlichen Umbruch, ist ein solcher Diskurs wohl auch nur schwer möglich. Denn es hat sich doch bald gezeigt, daß die politisch-moralischen und wissenschaftsimmanenten Kriterien, die sich doch allgemeiner Akzeptanz sicher sein konnten, bei der Evaluation nicht die allein bestimmenden blieben. Immer deutlicher überdeckten finanzpolitische Überlegungen, die eine wesentliche Reduzierung des Wissenschaftspersonals der DDR für unabdingbar hielten und halten, diesen notwendigen Umstrukturierungsprozeß. Sicher ist damit schon jetzt: Die Prognose Jürgen Kockas im Nachwort der Dokumentation, daß Wiedergutmachung nicht immer gelingen würde und Ungerechtigkeiten unvermeidlich seien, kann als zutreffend gewertet werden.

Noch mehr ins Auge springt beim Lesen des Bandes wie schon bei früheren Veröffentlichungen allerdings ein anderes Phänomen:

Nicht nur die Chance eines wirklichen Dialogs innerhalb der Zunft der ehemaligen DDR-Historiker über ihre Stellung in der DDR-Gesellschaft ist bislang weitgehend ungenutzt geblieben. Auch der Diskurs zwischen den zwei Teilkommunen der nach vierzig Jahren wiedergesamtdeutschen Historikergemeinde zur doch sehr spannenden Frage der Erfahrungen von Historikern in zwei über einen längeren Zeitraum nebeneinander existenten unterschiedlichen deutschen Staaten und zwei rivalisierenden politischen Systemen bleibt bislang ein "weißer Fleck". Übrigens bei beiden Teilen, Ost und West. Vergleichende Betrachtungen sind ausgespart. Das ist nicht nur für den im Band dokumentierten Zeitraum zu konstatieren, der Zustand dauert bis heute fort.

Westdeutsche Historiker beteiligen sich am Diskurs ausschließlich mit Wortmeldungen, in denen sie ihre Sicht auf die DDR-Historiographie beisteuern, ganz unterschiedlich übrigens in Diktion, Fingerspitzengefühl und im Anspruch. Gültiges dazu sagen zu können. Das ist wichtig und unverzichtbar. Denn zur Bilanz deutscher Historiographiegeschichte gehört auch das Aussprechen darüber, wie man sich diesseits und jenseits der realen und der geistigen Mauern gegenseitig wahrgenommen hat. Vom "alten DDR-Bonus" ist da u.a. die Rede, den nun weiterzugewähren wohl doch fehl am Platze sei. (8) Der erstaunte Leser fragt sich da natürlich, was das war. Wieso und wofür und welchen DDR-Historikern wurde da in der Vergangenheit ein Vertrauensvorschuß gewährt, den man nun, anläßlich einer Bewertung der Leistungen der DDR-Geschichtswissenschaft nach dem Ende des Staates DDR aufzukündigen genötigt ist, weil er, wie befürchtet wird, das Solidarisierungs- und Beharrungsvermögen reformunfähiger Kräfte befördere?! (9) War der Ver-

trauensvorschuß rein taktischer Natur und nach wissenschaftlichen Erwägungen also nicht gerechtfertigt? Wenn dem so war, muß doch nachgefragt werden, welchen Einfluß solche taktischen, außerwissenschaftlichen Erwägungen auf das Selbstbild der so Vertrauensbevorschußten und damit natürlich auch weiterwirkend auf ihre wissenschaftsstrategischen Entscheidungen hatte? War DDR-Historiographieentwicklung also doch unmittelbar mit der im anderen deutschen Staat verbunden? Zu diesem Problem besteht wohl noch erheblicher Nachfragebedarf. Zur wirklichen Klärung bedürfte es allerdings auch der Nachfragenden. Gerade auch von Seiten der von diesem Bonus in Vorwendezeiten Betroffenen. Denn es passiert jetzt nicht so selten, daß gerade diese ostdeutschen Fachkollegen ob des sich nach dem Zusammenbruch der DDR doch deutlich gewandelten Urteils so manches ihrer westdeutschen Dialogpartner arg verwundert zeigen. Spekulationen Nichtbetroffener bringen in dieser Frage kaum weiter, wenn sich nicht die unmittelbar Beteiligten - die Bonusgewährer und die Bonusgenießer - selbst dazu äußern. Motivationsforschung und Wirkungsgeschichtsforschung im Rahmen der Historiographiegeschichte werden das sicher irgendwann leisten. Dann allerdings wohl kaum noch mit Wirkung auf den Prozeß der Neugestaltung der deutschen Wissenschaftslandschaft, der in solcher Dimension wohl doch so bald nicht wieder geleistet werden muß.

Bei aller Problematik, jedenfalls angesprochen ist die Frage nach der Wahrnehmung der DDR-Historiographie durch die westdeutschen Fachkollegen, aktuelle Meinungsäußerung dazu sind erfolgt. Diese wichtige Vorleistung für einen fruchtbaren Dialog hat der westliche Teil der historiographischen Gemeinde erbracht.

Ganz ausgeblendet allerdings ist bislang die andere Perspektive: die Wahrnehmung der BRD-Historiographie durch DDR-Historiker vor und nach 1989. Dazu fehlen aktuelle Wortmeldungen vollständig. Sowohl in dem hier zur Besprechung anstehenden Band als auch generell im laufenden Diskurs der deutschen Historikerzunft. Ist das Schweigen der Ostkollegen zu diesem Problem Spätfolge der administrierten Arbeitsteilung innerhalb der Zunft, die die "Kritik der BRD-Historiographie" zu einer besonderen Profession eines Spezialtrupps von Ideologiekritikern im Zentrum des DDR-Wissenschaftsbetriebs in Berlin machte? Oder lassen handfeste Existenzängste es opportun erscheinen, vor Beendigung der Evaluationsprozedur diese Frage tunlichst nicht anzurühren? Oder stellt sie sich schon gar nicht mehr, da man ja gewöhnt ist, Autoritäten, also jetzt auch die neuen, nicht in Frage zu stellen? Sicher gibt es auch hier keine einfachen und eindeutigen Antworten. Klar ist nur, daß diese Dimension nicht ausgespart werden kann, wenn gesamtdeutsches Nachdenken der Historiker über sich selbst wirklich angesagt sein sollte. Dieser Part bleibt von den Ostkollegen zu leisten.

Allerdings kann schon Zweifel aufkommen, ob ein solches Ziel der Bilanzierung der gesamten deutschen Historiographiegeschichte mit Blick auf die Neugestaltung der deutschen Wissenschaftslandschaft überhaupt im Blick ist und jemals geplant war. Denn Selbstreflexionen westdeutscher Historiker über ihren eigenen Weg in den letzten vierzig Jahren fehlen ebenfalls bis heute. Auch der vorliegende Band gibt da keine Ausnahmen zu erkennen. Und auch die bisherigen Ergebnisse der Strukturdiskussion zeigen, daß wohl weniger an einen kreativen Neuansatz bezogen auf die gesamtdeutsche innere Strukturierung und inhaltliche Gestaltung der historiographischen Land-

schaft als an eine Angleichung der ostdeutschen anz. T. ja wenigstens bewährte Strukturen und Inhalte der westdeutschen Geschichtswissenschaft gedacht war und ist. Jürgen Kockas Nachbemerkungen jedenfalls weisen deutlich in diese Richtung:

"Der institutionelle und personelle Umbruch in der Ex-DDR ist tiefer als in jedem anderen ehemals kommunistischen Land. Nur hier geht die Transformation als Vereinigung mit einem existierenden, funktionsfähigen, stärkeren Gemeinwesen vor sich. Nur hier steht alternatives Potential gleicher Sprache für den Ersatz bereit, auch sind die finanziellen Mittel weniger knapp als bei den östlichen Nachbarn." Radikaler Wandel sei für die ehemalige DDR-Historiographie wegen der erheblichen Fremdbestimmung und Ideologisierung weit dringlicher als andersorts. (10)

Sicher stimmt diese Einschätzung zum Teil. Zu fragen ist aber trotzdem, ob mit solcher Intension nicht die Chance vertan wird, über eventuelle Verkrustungen der westdeutschen Wissenschaftslandschaft in

#### Anmerkungen:

- 1 Lem, S., Provokation. Essay, Berlin 1985, S.22.
- 2 Enzensberger, H.M., Postskriptum. Eine Bildlegende, in: Rene Burri, Die Deutschen. Photographien aus einem geteilten Land. 1957 - 1964, München 1990, S.117.
- 3 Vgl. INITIAL, 2/1991, auch Heft 4 und 5/1991; hochschule ost 1 und 2/1992; Das Parlament. Beilage Aus Politik und Zeitgeschichte B 17-18/1992 (17. April 1992).
- 4 Meier, Ch., Im Zweifel lieber abwickeln, in: Krise - Umbruch - Neubeginn. Eine kritische und selbstkritische Dokumentation der DDR-Geschichtswissenschaft 1989/90, herausgegeben von Rainer Eckert, Wolfgang Küttler und Gustav Seeber, Klett-Cotta Stuttgart 1992, S.258.
- 5 Vgl. etwa Kowalczyk, S.-I., Historiker auf der Suche nach ihrer Vergangenheit, in: "Humboldt Universität" 11-1991/92, S. 4.
- 6 Kocka, J., Nachwort, in: Krise - Umbruch - Neubeginn..., S.477.
- 7 ebenda.
- 8 Meier, Ch., Im Zweifel... a.a.O., S.259.
- 9 ebenda.
- 10 Kocka, Nachwort, a.a.O., S.478.
- 11 Wengst, U., Historiker betrachten Deutschland. Beiträge zum Vereinigungsprozeß und zur Hauptstadtdebatte (Febr. 1990 bis Juni 1991), Bonn 1992 (im Erscheinen).

Struktur und Inhalten gründlich nachzudenken und sie im Zuge einer Neugestaltung der gesamtdeutschen Wissenschaftslandschaft aufzubrechen? An finanziellen Fragen scheint es nach Jürgen Kockas Ansicht jedenfalls nicht zu liegen, daß solche Idee nicht in den Bereich der Überlegungen gelangte.

Abschließend sei, für Interessenten an vorliegender Thematik noch darauf verwiesen, daß eine weitere Publikation in Kürze zu erwarten ist, die sich offenbar ähnliche Ziele, wie die hier besprochene stellt. (11)

*Monika Gibas, Dr. phil. habil., ist Historikerin am FB Geschichte der Universität Leipzig*

**Krise - Umbruch - Neubeginn. Eine kritische und selbstkritische Dokumentation der DDR-Geschichtswissenschaft 1989/90**, herausgegeben von Rainer Eckert, Wolfgang Küttler und Gustav Seeber, Klett-Cotta Stuttgart 1992, mit einem Nachwort von Jürgen Kocka, 493 S. DM 38,-

**Aus Politik und Zeitgeschichte**, Beilage zur Wochenzeitung DAS PARLAMENT, ist in seiner Ausgabe vom 12. April 1992 (B 17-18/92) ein Themenheft zur ostdeutschen Geschichtswissenschaft. Es enthält folgende Beiträge:

**Wolfgang Küttler:**

Neubeginn in der ostdeutschen Geschichtswissenschaft

**Karlheinz Blaschke:**

Geschichtswissenschaft im SED-Staat. Erfahrungen eines "bürgerlichen" Historikers in der DDR

**Rainer Eckert:**

Entwicklungschancen und -barrieren für den geschichtswissenschaftlichen Nachwuchs in der DDR

**Wolfgang J. Mommsen:**

Die Geschichtswissenschaft in der DDR. Kritische Reflexionen

Bestellung bei: Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 62-65, W - 5500 Trier. Tel. 0651/460 4186, Fax 460 4153

**A. Fischer / G. Heydemann (Hrsg.):**

**Geschichtswissenschaft in der DDR.** 2 Bände

Duncker & Humblod Berlin 1989/90. DM 128,- + 186,-

**Konrad J. Jarausch (Hrsg.):**

**Zwischen Parteilichkeit und Professionalität. Bilanz der Geschichtswissenschaft der DDR**

Berlin 1991

**Loccumer Protokolle 8/91: Historische Orientierung und Geschichtskultur im Einigungsprozeß.** Herausgeber: Jörg Calließ, Evangelische Akademie Loccum, Rehburg-Loccum 1991, 384 S.

Längst hat sich im Lager derer, die das Wort "Anschluß" nicht nur vermeiden, um den Realprozeß zu beschönigen, die Einsicht durchgesetzt, daß die staatlich-administrative und monetär-wirtschaftliche Einheit des neuen Deutschland Begleitschutz durch ein dichtes Netz von Verständigungen über die künftig gemeinsam von West- und Ostdeutschen zu verantwortende politische Kultur benötigt. Die Akademien der Evangelischen Kirchen haben sich dabei das Verdienst erworben, nicht nur an diesem Netz organisatorisch wesentlich mit zu knüpfen, sondern auch durch ihre Offenheit für unterschiedliche Standpunkte eine plurale, nicht auf Einpassung ins vorurteilbestätigende Meinungsbild ausgerichtete Diskussion zu ermöglichen. Dies geschieht, wie auch der vorliegende Protokollband einer hochkarätig besetzten Tagung im April 1991 über die Geschichtswissenschaft im Gesamtfeld der Geschichtskultur belegt, um den Preis, daß schnelle und eindeutige Antworten nicht zur Stelle sind. Jeder redet vorläufig zu seinem Gegenstand: Die einen (aus dem Westen Deutschlands) besorgt oder voller Hoffnung über die Veränderungen, denen wohl auch die Geschichtskultur der alten Bundesländer über kurz oder lang unterliegen wird; die anderen (aus dem Osten) über die Krise ihres Landesteiles und verschiedene Wege, aus ihr herauszukommen; die dritten (aus dem Westen Europas) sorgen sich um den erreichten

Stand der Europäisierung im Angesicht drohender Egozentrik der deutschen Debatte, und die vierten (im Osten Europas Beheimateten) schließlich klagen ihre Zugehörigkeit zum verhandelten Gegenstand ein. Manches erinnert an den Turmbau zu Babel, obwohl sich die Veranstalter bemüht hatten, durch west-östliche Tandemvorträge zum gleichen Themenschwerpunkt den Bezug aufeinander herzustellen.

Der Essener Lutz Niethammer, dessen Kulturwissenschaftliches Institut durch oral-history-Projekte die DDR von unten besichtigt hat und sie deshalb vielleicht besser kennt als mancher ostdeutsche Teilnehmer an der Debatte, leitet mit einer Bestandsaufnahme ein, die sich nicht einfach zu Fairneß in der Beurteilung des Anderen bekennt, sondern auch gleich dazu sagt, daß die Bedingungen dafür nicht so sind, wie sie sein müßten. N. sieht die westdeutsche Geschichtswissenschaft gegenwärtig in drei Richtungen aufgefächert: die historische Sozialwissenschaft, die sich gegen den älteren Historismus in den siebziger Jahren durchsetzen konnte; eine Wiederbelebung des nationalgeschichtlichen Paradigmas, "das eng mit der Ideologieplanung der Wende-Regierung verflochten war"; und schließlich die unter dem Etikett der "Alltagsgeschichte" höchst unzutreffend zusammengefaßte Richtung, die sich den Ansprüchen zur Beihilfe an Systemsteuerung und Dis-

kursbeherrschung sowie nationaler Identitätsbildung gleichermaßen verweigern wollen. Völlig unzureichend eingeführt ist dagegen die makroökonomisch wie makrosoziologisch inspirierte Universalgeschichte oder global history, die nach den Systemzusammenhängen der Einen Welt fragt. Wiewohl zur (kleinen) Fraktion der Neugierigen gehörend, die sich eine marxistische Erneuerung innerhalb eines Methodenspektrums wünscht, "damit in der Auskundschaftung unserer Zukunft und unserer Vergangenheit keiner der möglicherweise erhellenden Wege versäumt wird" (S. 38), beurteilt N. die Innovationsfähigkeit im Verhältnis zur Anpassungswilligkeit unter den Ex-DDR-Historikern eher skeptisch und höchstens auf kleinere Gruppen beschränkt. Der Rezensent teilt diese Einschätzung aufgrund seiner eigenen (Ost-)Erfahrungen. Aufzuhellen wären aber die Prädispositionen für diese wenig befriedigende Situation vor 1989, die Bedingungen der Wendezeit (der intensive und dabei subtile Anpassungsdruck und seine Mechanismen) und die Folgen für die gesamtdeutsche Geschichtskultur. Anders gefragt: wie marxistisch war die DDR-Geschichtswissenschaft überhaupt? Darüber hinaus fragt sich, ob das Globaletikett "marxistisch" nicht eher Verständigungschancen verstellt - daß die Besinnung auf die Marx'schen Methoden unterschiedliche und diskussionsfähige Ansätze erbringen kann, führen etwa die Beiträge von Heinz-Gerhard Haupt (Florenz) und Manfred Kossok (Leipzig) über den Klassen- und Revolutionsbegriff in diesem Band vor. Solche Methodenreflexion gehört allerdings in der aktuellen Verständigung zwischen ost- und westdeutschen Historikern eher zu den Ausnahmen, wodurch Mißverstehen vorprogrammiert ist.

Das Vorgehen Niethammers, quasi die beiden Geschichtskulturen Posten für Posten zu saldieren, um Soll und Haben auf beiden

Seiten als Voraussetzung für Planspiele ums Künftige festzustellen, nehmen die meisten Autoren des Bandes leider nicht auf. Es sind vorerst nur wenige, die genauere Kenntnis von beiden Geschichtskulturen haben und über die nötige Souveränität verfügen, die Zensuren kritisch an beide Seiten zu verteilen.

Halten wir nüchtern fest: Die Historiker sind noch bei der Bestandsaufnahme, eine Perspektive auf die Qualität der Geschichtskultur im neuen Deutschland ist noch kaum gewonnen. Sie erfordert mit Sicherheit die Arbeit im Detail, wofür die Aufarbeitung der DDR-Geschichte als Bestandteil von deutscher Regional- und Nationalgeschichte, von Sozialismusgeschichte (Arnold Sywotek, Hamburg) und von Geschichte der globalisierten Nachkriegs-Systemauseinandersetzung besonders wichtig ist. Über der Konzentration auf diesen blinden Fleck sollte jedoch nicht in fortgeschriebenem Germanozentrismus vergessen werden, daß das Jahr 1989 nicht nur die Deutschen angeht.

Wissenschaftliche Akribie ist zu begrüßen, Tempoverluste gegenüber anderen Wissenschaftsdisziplinen, die schon weiter gegangen sind in ihrem Bemühen um Erklärungsangebote für die Gegenwart, leiten sich aber nicht allein aus solch szientistischer Gründlichkeit ab: Kaum eine andere Zunft der Geistes- und Sozialwissenschaften hat ihr inneres Verhältnis durch ein solches Maß an Konfrontation und deren Institutionalisierung belastet. Es bleibt zu hoffen und zu wünschen, daß das Loccumer Kolloquium den Auftakt bildet zu einer ausführlicheren Diskussion unter den Historikern, was sich in ihrer Wissenschaft geändert hat. Auch wenn einige der Meinungen sind, es habe sich gar nichts geändert.

**Matthias Middell (Leipzig)**

**Ein anderer historischer Blick. Beispiele ostdeutscher Sozialgeschichte.** Hrsg. Georg G. Iggers. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt a.M. 1991, 198 S.

Iggers, nach dem verstorbenen A. Dorpalen wohl der beste Kenner der Geschichte der Geschichtswissenschaft der DDR in den USA und darüber hinaus, hat die Arbeit an dieser Schrift um 1987 mit dem Ziel begonnen, "Veröffentlichungen der Deutschen Demokratischen Republik zur Sozialgeschichte dem englischsprachigen Publikum vorzustellen" (S.7). Die Endfassung, die nun auch in deutscher Sprache erschienen ist, erfolgte nach dem Herbst 1989.

Auch unter diesen Bedingungen brachte er angesichts der "Frage... ob der Marxismus... nicht... widerlegt ist", hinsichtlich sozialgeschichtlicher Arbeiten, die in der DDR entstanden sind, zum Ausdruck, daß diese Geschichtsschreibung gerade wegen ihrer marxistischen Sichtweise einen Beitrag zur gegenwärtigen internationalen Sozialgeschichte zu leisten vermag" (S.8). I. hat Arbeiten von J. Kuczynski, der als eine Art von Inaugurator der Sozialgeschichte in der DDR vorgestellt wird, von H. Zwahr, S. Schötz, H. Harnisch, J. Peters, H. Schulz und S. Jakobeit ausgewählt...

Hier soll vor allem auf die ausführliche Einleitung von I. eingegangen werden. (1) In dieser findet sich, wie in einem zuvor veröffentlichten Vortrag (2), der Versuch, die Gesamtentwicklung der Geschichtswissenschaft der DDR zu erfassen. Ein 1988 erschienener Literaturbericht beschränkte sich noch auf "einige Aspekte neuer Arbeiten aus der DDR über die neuere deutsche Geschichte" (3). Der Herausgeber kann bei seinen Analysen und Wertungen die wissenschaftliche und politische Autorität eines Hochschullehrers in Anspruch nehmen, der über einen weltweiten Blick ver-

fügt, der eine kritische Geschichte des "deutschen Historismus" vorgelegt, der Historikern aus der DDR auf kameradschaftliche Weise vielfältige Hilfe erwiesen, einen konsequenten Kampf gegen jede Art von Rassismus und Totalitarismus geführt hat und der als Deutsch-Amerikaner in der jüdisch-deutschen Kultur fest verwurzelt ist.

In seiner umfangreichen Einführung, die er in fünf Abschnitte untergliedert, unterscheidet I. drei Phasen "der offiziellen Interpretation der Vergangenheit": 1945-1952; 1952-1971; 1971-1989. Bewertet er die erste Phase, für die das Buch von Alexander Abusch "Der Irrweg einer Nation" repräsentativ ist, im wesentlichen positiv, so erfährt die zweite Phase mit ihrem Kampf gegen die Konzeption der "deutschen Misere" insgesamt eine negative Einschätzung. Im Sinne von I. wäre es angebracht gewesen, mit 1950 zu beginnen und noch vor Walter Ulbricht und Leo Stern Wilhelm Pieck zu nennen, der dieser Auseinandersetzung mit Edwin Hoernle, Anton Ackermann u. a. bereits seit den dreißiger Jahren im Kontext des antifaschistischen Kampfes geführt hatte.

Auch die dritte Phase sieht I. weitgehend kritisch, wobei er sogar eine "stärkere Annäherung an politische und methodologische Konzepte nationalkonservativer Traditionen" (S.16) registriert. Dafür werden die Bismarck-Biographie von E. Engelberg, aber auch die Bücher über Luther von G. Brendler und über Friedrich II. von I. Mittenzwei angeführt. Diese Interpretation führt aber auf eine Fehlhalde, was hinsichtlich E. Engelberg am offensichtlichsten ist und was an anderer Stelle bereits begründet

wurde (5). Daneben werden aber positive Tendenzen gewürdigt, die mit der Orientierung in dieser Phase verbunden waren. U.a. verweist I. auf ein stärkeres Bemühen, "geschichtliche Erscheinungen aus ihrer Zeit heraus zu verstehen" (S.16) und "eine allmähliche Bewegung hin zu größerer Offenheit" (S.17). Hervorgehoben werden die neueren Arbeiten über den Faschismus (J.Petzold, K.Gossweiler) und Antisemitismus (K.Pätzold). In einem besonderen Abschnitt geht I. auf die Genesis der Sozialgeschichte ein, wobei er mit Recht auf die besonderen Leistungen von J. Kuczynski, H.Zwahr, H.Schulz, D.Mühlenberg u.a. verweist. Ersieht in ihr eine Art Gegenströmung und ein Bewertungskriterium für die Gesamtentwicklung der Geschichtswissenschaft der DDR.

Ungeachtet der großen Bedeutung der Sozialgeschichte innerhalb der Geschichtswissenschaft erhebt sich aber die Frage, ob deren Überbetonung nicht zu neuen Einseitigkeiten führen kann. Auch im Bedenken posthistorischer Gegenargumente vermag sich der Rezensent in weitgehender Übereinstimmung mit der universalhistorischen Schule von W.Markov und M.Kossok nicht zu entschließen, die historische Totalität als letztes, wenn auch nur in Annäherungen erreichbares geschichtswissenschaftliches Erkenntnisziel preiszugeben.

Abschließend geht I. auf die Entwicklung seit dem Herbst 1989 ein. Seiner Feststellung, daß "man die DDR - Historie nicht als 'monolithen Block betrachten kann'" (S.35), ist voll zuzustimmen, aber auch zu ergänzen und zu konkretisieren. Das gilt u.a. für die scharfen Kontroversen zwischen führenden marxistischen Historikern, die bereits Anfang der fünfziger Jahre aufbrachen, für gegensätzliche Bewertungen historischer Ereignisse und Entwicklungen, von Historikerpersönlichkeiten wie Karl

Lamprecht durch E.Engelberg und W. Markov einerseits und J.Kuczynski andererseits, für Gegensätze zwischen historischen Instituten und Lehrstühlen an Universitäten, der Akademie der Wissenschaften und an zentralen Parteiinstitutionen der SED und innerhalb dieser. Auch in der Auseinandersetzung mit antimarxistischen Auffassungen, die I. nun vornehmlich negativ zu bewerten scheint, gab es unter marxistischen Historikern Differenzen. Im Kontext des Verhältnisses von SED und Geschichtswissenschaft, dessen negative Auswirkungen I. weitgehend zutreffend charakterisiert, das jedoch historisch entstanden ist und einer ständigen dialektischen Entwicklung unterlag, war die Struktur und Evolution der Geschichtswissenschaft der DDR viel widerspruchsvoller, dynamischer und auch de facto weniger zentralistisch, als es in ihrer Skizzierung durch I. scheint.

Die Auffassung von I., daß "wichtige Teile der Sozialgeschichtsschreibung in der ehemaligen DDR...ihren Anschluß schon vor dem Herbst 1989 an die internationale Diskussion gefunden habe", kann auch auf andere Gebiete ausgedehnt werden. Mit Daorpalen hebt I. selbst für viel frühere Jahre "oft sehr gehaltvolle Abhandlungen zur internationalen Wissenschaft...wie etwa der Agrargeschichte oder der Geschichte des Mittelalters" hervor (13). Die Leistungen der universalgeschichtlichen Schule von W.Markov u.a. wären zu ergänzen.

Die Scharfe Kritik von I., die sich nicht selten mit der Selbstkritik berührt, die auch der Rezensent an verschiedenen seiner Arbeiten übt, ist auch dort eine Herausforderung zu tiefergehender Selbstprüfung, wo ihr nicht oder nur teilweise zugestimmt werden kann. Bei der Erforschung und Darstellung der Geschichte der Geschichtswissenschaft in der Alt-BRD und in der EX-DDR gilt es, anknüpfend an I. und ihn ergänzend, u.a.

folgende Überlegungen zu berücksichtigen. 1. Die Geschichtswissenschaft der DDR dürfte ohne ihre außerakademische Vorgeschichte unverständlich sein. Dazu gehört vor allem seit Franz Mehring die Konfrontation mit der "historischen" Hauptlinie in der deutschen akademischen Geschichtswissenschaft, die - wie I. selbst, K.F. Werner u.a. nachgewiesen haben - auch der nazistischen Ideologie dienstbar werden konnte. 2. der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale kann nicht auf seine unvollständige Faschismusdefinition reduziert werden. Im Zusammenhang mit der Konzeption der Volksfront, die wesentliche Stalinsche Dogmen preisgab, erlangten allgemeindemokratische Impulse, Bestrebungen und Ideen im marxistischen Geschichtsdenken eine große Wirksamkeit. So wurden in scharfer Auseinandersetzung mit der faschistischen Geschichtsideologie und der negativen Hauptlinie in der deutschen Geschichte deren demokratische Kräfte und Möglichkeiten hervorgehoben. Das gilt auch für Abuschs "Irrweg der Nation". 3. Bei der Anwendung des Begriffs "Bewältigung der Vergangenheit", den I. nicht gebraucht und im Bewußtsein seiner Unzulänglichkeit sollte nicht vergessen werden, daß es sich um zwei grundverschiedene Vergangenheiten handelt: die Vergangenheit vor 1945, deren Bewältigung auch in dem Deutschland seit dem Oktober 1990 keineswegs als abgeschlossen gelten kann, sowie die Vergangenheit nach 1945 in der EX-DDR, die den Versuch enthält, jene Vergangenheit zu bewältigen. 4. Die von dem österreichischen Historiker H.Rumpler bereits 1977 erhobene Warnung, die geschichtswissenschaftliche Entwicklung in der BRD an die in der DDR abstrakt als Maßstab anzulegen, gewinnt erneut Aktualität. Fruchtbare dürfte die Anwendung der Toynbeeschen Methodik: Challenge an

response sein. Daß bei dem Versuch, die Geschichtswissenschaft der DDR einschließlich ihrer Vorgeschichte zu erforschen, auf eine kritische Auswertung von Darstellungen hierzu, die in der DDR entstanden sind, nicht verzichtet werden kann, bringt I. dadurch zum Ausdruck, daß er sich auf Arbeiten von K.Kinner und des Rezensenten beruft.

Schließlich seien noch zwei Berichtigungen gestattet: Daß die Dissertation B von Hartmut Zwahr, die 1974 verteidigt wurde, "erst" 1978 erschienen ist, entspricht dem damals üblichen Verlagstrott in der EX-DDR und keineswegs irgendwelchen Vorbehalten. Vielmehr erfuhren dieser talentierte Historiker und sein bedeutendes Schaffen vielfältige Förderungen auch durch führende Historiker der DDR. Es trifft auch nicht zu, daß "bis in die 70er Jahre...DDR-Historiker von sich aus Kontakte zu ihren westlichen Kollegen gemieden" hätten. Bis 1957/58 ergingen vielmehr eine Fülle von Einladungen an Historiker der BRD, die aber ohne entsprechende Gegeneinladungen blieben (6). Erst der Trierer Historikertag im September 1958, dessen "gesamtdeutsche" kritische Wertung noch aussteht, führte zu jenem Zustand, den I. kritisiert - und auch dies nur gegenüber Historikern der BRD sowie mit mancherlei Ausnahmen. So hielt Martin Grundmann im November 1960 an der Leipziger Universität einen stark besuchten Vortrag. Es gibt auch in der Geschichte der Geschichtswissenschaft der DDR Phasen, Momente und Tendenzen, die dem begehrten, was der Kritik von I. unterliegt.

**Werner Berthold (Leipzig)**

(aus: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Berlin, H. 7/1992)

Herbert Gottwald (Hrsg.), **Universität im Aufbruch. Die Alma mater Jenensis als Mittler zwischen Ost und West. Völkerverbindende Vergangenheit und europäische Zukunft einer deutschen Universität.** Internationale Konferenz des Collegium Europaeum Jenense und des Historischen Instituts der Friedrich-Schiller-Universität vom 5. bis 7. Juni 1991 in Jena, Jena und Erlangen (academica & studentica Jenensis e.V. 1992, 394 S.).

Abrupter gesellschaftlicher Wandel ruft auch die Historiker auf den Plan, ein neues Geschichtsbild zu kreieren. Jenas Historikergesellschaft, schon vom Beschluß über weitgehende Abwicklung (und zu nicht geringen Teilen würdelose Behandlung der Abgewickelten) ereilt, hatte im Juni 1991 eine Konferenz mit illustrierter Partnerschaft aus Ost- und Westeuropa und Nordamerika ausgerichtet, die in der Besinnung auf eigene Vergangenheit den Aufbruch in eine ungewisse Zukunft anpeilen sollte. (Nebenbei angemerkt: die Phrase vom Mittler zwischen Ost und West ist immer - nicht nur im vorliegenden Fall - für einen Titel gut, ohne daß mehr als Bekenntnisse zu einem Standortvorteil vorgebracht werden.) Das Ergebnis - Plenarreferate und einige Beiträge aus den Arbeitskreisen, die in chronologischer Folge Jenas Universitätsgeschichte seit dem 30jährigen Krieg besichtigten, sowie eine beigelegte Bibliographie einschlägigen Schrifttums - kann schon verhältnismäßig kurze Zeit nach dem Ereignis von einer breiteren Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen werden... weil einige der jüngeren unter den rausgeworfenen Historikern sich auf Desktop-Publishing und Verlagswesen spezialisiert haben. Mit erheblichem Erfolg, wie ein ansehnlicher Band in Glanzbroschur belegt. Die Ankündigungen weiterer Titel läßt eine Renaissance des darniederliegenden ostdeutschen Wissenschaftsverlagswesens als Konsequenz anders gemeinter Abwicklungsbeschlüsse erhoffen.

Die weil es müßig wäre, die 25 Artikel mit mehr als der allgemeinen Bemerkung, sie seien von unterschiedlichem Gewicht, vorzustellen, sollen nur einige Beobachtungen mitgeteilt werden, die dem Rezensenten beim Vergleich sehr verschiedener Arten, ein neues Verhältnis zu Geschichte zu gewinnen, auffielen.

Die eine konzentriert sich ganz und gar auf die rasche Bezeichnung jener sprichwörtlichen weißen Flecken, die die DDR-Historiographie (und also die Autoren auch selbst) in reicher Zahl belassen hat, zuvörderst die Geschichte von Widerständigkeit und Verfolgung: Im Falle Jenas, der verallgemeinerbar scheint, handelt es sich v.a. um die "Säuberungen" des Lehrkörpers und der Universitätsleitung 1948 (P. Schäfer), den Streit um das Verhältnis von sozialistischem Ideal und DDR-Wirklichkeit, dem die Philosophie Ernst Blochs als Brennspeigel diente und schließlich die Krisen von 1958 und 1961, die die äußerliche Überwindung der Verunsicherung nach den Enthüllungen des 20. Parteitages in Moskau bei der DDR-Führung bedeuteten und zugleich die Beziehungen zu den Intellektuellen endgültig aus dem Lot brachten. Sekundiert wird eine solche Art der Geschichtsbetrachtung, deren Selbstbeschränkung auf's bisher Tabuisierte nur zeitlich befristet Berechtigung genießen dürfte, von den Berichten der Betroffenen von atemraubenden Beengungen im Wissenschaftssystem der DDR (so G. Zehm und D. Jorke im vorliegenden Band). Frag-

lich scheint mir allerdings, ob das Bekenntnis zur freiheitlichen Demokratie mit dem Bekenntnis eines restlos unpolitischen Lebens als Hochschullehrer in der DDR so einfach zusammenpassen will, wie es in vielen akademischen Debatten Ostdeutschlands heute angenommen wird. Oder herrscht in richtiger Demokratie der Demos nur im eigenen Arbeitszimmer?

Repräsentativ dürfte eine zweite Art des Umgangs der Historiker mit Geschichte die Mehrheit der Beiträge prägen: Rückzug aufs sichere und eng umgrenzte Feld weit zurückliegender Gegenstände. Nun mag es ja richtig sein, daß das Jahr 1989 im engeren Sinne weder die Betrachtung des großen Krieges im 17. Jh. noch der Lage der Naturwissenschaft am Anfang des 20. Jahrhunderts grundlegend erschüttern wird. Unbestritten ist auch die wissenschaftliche Notwendigkeit der Forschung zu solchen u. a. Themata. Ob allerdings die Historiker nach der Legitimationskrise, in die sie sich selbst manövriert haben, bei solchem Verhalten wieder das Ohr des Publikums und damit Einfluß auf die Wirklichkeitskonstruktion der Gegenwart finden, darf bezweifelt werden. Aber vielleicht wollen sie das gar nicht und wäre das auch gar nicht wünschenswert? Darüber wäre zu reden, denn natürlich macht die häufige Vergewaltigung von Geschichte für kurzfristige politische Ziele mißtraulich.

Einer, dessen Sache letzteres bestimmt nicht ist und der doch Geschichte nicht um ihrer selbst (und der akademischen Selbstbespiegelung) zu betreiben scheint, ist K. H. Jarausch. Von außen, d.h. aus der Erfahrung einer anderen Kultur, examiniert er die Bemühungen um Demokratisierung der Hochschulen in Deutschland seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert. Das Fazit: Es gibt eine immer stärker werdende radikal-demokratische Tradition an den deutschen

Universitäten, die bei verschiedenen Gelegenheiten höchstens Teilerfolge im Einfluß auf die Entwicklung des Ganzen erzielt, dabei zugleich aber zielklarer wurde und nach 1945 im Osten grundsätzlich eher als im Westen zum Zuge kam. Schon bald aber wurde sie hier von der politischen Instrumentalisierung eingeholt und in jenen Rückstand geführt, der seit 1968 immer größer wurde, als eine erneute Niederlage ausgreifender Demokratisierungstendenzen in Westdeutschland immerhin das Klima an den Universitäten stark veränderte. Nicht linear, sondern in Schüben von Teilniederlagen ist mithin die Demokratisierung an Deutschlands Hochschulen im Gange. Aus solcher Betrachtung der Geschichte für die Gegenwart und aus der Höhe transatlantischer analytischer Distanz gewinnt J. nicht nur Tröstliches für Aktivisten der vorerst letzten Attacke auf antidemokratische Strukturen an (ost-)deutschen Universitäten, sondern v.a. eine differenzierende Perspektive auf deutsche Universitätsgeschichte des 20. Jahrhunderts. Zu fragen bleibt in dieser Sicht, wo wir Gefangene der Strukturen langer Dauer sind, die auf der Ebene politischen Wandels nur besonders manifest werden und vom Voluntarismus jedweder Erneuerer zu deren Frustration und aller Vorteil nur kurzzeitig ignoriert werden können, und wo ein Wandel kollektiver Einstellungen tatsächlich eine massive Veränderung gestattet. 1989 scheint letzteres weniger der Fall gewesen zu sein, als vielfach angenommen. Konstellationen verschieben sich aber in der Folge und drängen ins Bewußtsein, Graf Ferrari für die West- und K. Bal für die erwünschte Ostintegration bezeichnen die europäische Dimension des Vorgangs, der hier nicht vollständig aufgelistet werden kann, schon weil wir ihn noch gar nicht voll überschauen. Insofern dürfte, einer kurzatmigen Bildungsdebatte zum Trotz, die Demokratisierung der Hochschulen ihre Zukunft als unumgängliche An-

passungsleistung an neue Herausforderung noch vor sich haben.

Es ergibt sich aus dem Vorstehenden, ich unterstreiche es aber gern noch einmal: der Band ist voller Anregungen für eine Geschichte der Universität, der Jenaer sowie

so, aber darüber hinaus allgemein für die Geschichte der akademischen Institutionen Deutschlands in den Umbrüchen des zu Ende gehenden Jahrhunderts.

**Matthias Middell (Leipzig)**

## COMPARATIV

### Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung

COMPARATIV erscheint seit 1991 viermal jährlich im Umfang von ca. 150 Seiten und veröffentlicht Beiträge zu sozioökonomischen, politischen und kulturellen Transformationsprozessen in vergleichender Perspektive und ist Ort des Gesprächs zwischen Geschichtswissenschaft und eher systematisch ausgerichteten Sozial- und Kulturwissenschaften.

COMPARATIV knüpft an Traditionen der Leipziger universalhistorischen Forschung an und bietet Fallstudien sowie theoretische Überlegungen zur europäischen wie außereuropäischen Geschichte bis zu unmittelbaren Gegenwartsprozessen sowie zu Theorien und zur Methodologie der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung.

COMPARATIV informiert über wissenschaftliche Veranstaltungen und Neuerscheinungen zu Themen der neuzeitlichen Weltgeschichte.

#### Wissenschaftlicher Beirat:

Anatolic V. Ado (Moskau) • Louis Roura Aulinas (Barcelona) • Hans-Joachim König (Eichstätt) • Wojciech Kunicki (Wroclaw) • Wolfgang Küttler (Berlin) • Guy Lemarchand (Rouen) • Hans-Jürgen Lüschrink (Passau) • Magnus Mörner (Göteborg) • Timothy Niblock (Exeter) • Horst Pietschmann (Hamburg) • Ljudmila A. Piemenova (Moskau) • Ernst Schulin (Freiburg i. Br.) • Eduardo Tortarolo (Turin) • Michel Vovelle (Paris)

#### Bisher erschienen:

- Heft 1/1991: Die Golfkrise - neue Dimension des Nord-Süd-Konflikts
- Heft 2/1991: Lateinamerika: Vom Reformkolonialismus zur Unabhängigkeit
- Heft 3/1991: Medien - Revolution - Historie
- Heft 4/1991: Universalgeschichte - gestern und heute I
- Heft 1/1992: Universalgeschichte - gestern und heute II
- Heft 2/1992: Dritte Welt: Demokratie - Ökonomie

#### In Vorbereitung:

- Heft 3/1992: Systemtransformation als Systemübertragung? Umbrüche in Mittel- und Osteuropa
- Heft 4/1992: Frankreich und Deutschland: Revolution und Reform im 18. und 19. Jahrhundert
- Heft 1/1993: 500 Jahre Entdeckung Amerikas: Bilanz eines Jubiläums



#### Bezugsbedingungen:

Einzelheftpreis 9,80 DM • Jahresabonnement 37,00 DM • Studentenabonnement 29,40 DM

#### Bestellungen an folgende Adresse erbeten:

Universität Leipzig  
IZT, Redaktion Comparativ  
Augustusplatz 9 (PSF 12)  
O - 7010 Leipzig

Horst Klinkmann (Rostock):

### Absturz in die Zukunft

#### Die Akademie der Wissenschaften der DDR in der Wendezeit 1989/90

Der Rückblick auf eine im Zeitraffertempo abgelaufene, heute sicher bereits historische, aber doch nur kurzzeitig zurückliegende Periode kann berichtend oder aber kommentierend erfolgen - man kann aber von einem Beteiligten nicht erwarten, daß Subjektivität und Emotion völlig ausgeschlossen sind, ich bitte dafür einleitend um Verständnis.

Eine zweite Einschränkung, die ich machen muß, ist die festzustellende Tatsache, daß die Vorgänge in der und um die Akademie vor dem Mai 1990 von mir nur sehr begrenzt, aus der Sicht eines interessierten Unbeteiligten und aus der Entfernung einer Mecklenburger Universität wahrgenommen wurden, so daß ich in vielem auf Aussagen und Berichte direkt Beteiligter angewiesen bin.

Einer der Hauptbeteiligten, unser Ordentliches Akademienmitglied Hermann Klenner, Vorsitzender des "Runden Tisches" der Akademie in der aktuellsten Phase des Umbruchs, zitiert in seinem Bericht über diese Zeit Leibnitz, unseren Gründer, mit den Worten "die Gegenwart mit der Zukunft

schwanger gehend, bleibt mit der Vergangenheit beladen!" - ein Zitat, das offenbar zeitlosen Charakter hat.

In der Rückbetrachtung der im Herbst 1989 und zu Beginn 1990 abgelaufenen Ereignisse muß heute zwar kommentierend, aber noch nicht endgültig wertend festgestellt werden, daß der Faktor Wissenschaft im Unterschied zu Politik, Kultur und Ökonomie in der öffentlichen Wende-Auseinandersetzung eine untergeordnete Rolle spielte. Die Wissenschaft, das ist bereits heute möglich zu konstatieren, hat von sich aus aktiv auch nur wenig unternommen, um sich in die Ereignisse mit einzubringen, geschweige denn, sie mitzugestalten.

Daß trotzdem die Wissenschaftswende in der DDR zuerst viel deutlicher an der Akademie als an den Universitäten sichtbar wurde, ergab sich wohl daraus, daß die AdW nach der 3. Hochschulreform mit ihrer - für die Universitäten der ehemaligen DDR einschneidenden, ja fast tödlichen - Aufgabenänderung und Ideologisierung als Zentrum der Wissenschaftsentwicklung, aber auch als Instrument der Realisierung

von Wissenschaftspolitik gefördert wurde und gemäß ihrem Statut von 1984 fest in das politische Herrschaftsgefüge eingebunden war. Sie war - wie oft mit einem neidvoll spöttischen Unterton gesagt wurde - der "Volkseigene Betrieb Forschung" der DDR, in dem der eigentliche Kern des akademischen Gedankens, nämlich die Gelehrtengesellschaft zunehmend an Einfluß verloren hatte und überwiegend nur noch als äußere Garnierung benutzt wurde und sich auch dazu benutzen ließ.

Dies führte zur zunehmenden Distanzierung, ja Entfremdung zwischen den beiden Teilen der Akademie, deren Zusammenwirkung von Leibnitz als das Bedeutendste am Akademiegedanken in seinem Leitmotiv "theoria cum praxi" ausgedrückt ist. Es führte auch zur berechtigten kritischen Betrachtungsweise des Wirkens und damit des Sinns der Gelehrtengesellschaft in dieser Zeit. Die Ereignisse des Herbstes 1989 an der Akademie sind sicherlich nur zu deuten im Rahmen der überall im Lande aufgebrochenen Widersprüche in der weltweiten Existenzkrise des, wie jetzt oft gesagt wird, real experimentierenden Sozialismus mit seinem ökonomischen, politischen und moralischen Verfall.

Aus der Sicht der Akademie ist es sicherlich eine traurige, beschämende, aber auch notwendige Feststellung, daß die Akademie als Ganzes ihrer wissenschaftspolitischen Verantwortung, der sie sich selber in ihrem Statut verpflichtet fühlte, im Herbst 1989 nicht entsprochen hat. Auch darin widerspiegelt die Akademie die Gesamtsituation in der Ex-DDR, daß die Wissenschaftswende an der Akademie mit ihren Reform- und Demokratiebewegungen nicht von den verantwortlichen Leitungsorganen ausging, sondern ihre Basis hatte in den Mitarbeitern ihrer Institute, dort, wo sich

spontan Gruppen gebildet hatten, die von der Leitung der Akademie, aber auch von der Gelehrtengesellschaft, Positionen erwarteten. Am 31. Oktober 1989 wurde dann - endlich - erstmals vom Akademiepräsidium eine Erklärung verabschiedet, deren Inhalt aber von allen Dingen dadurch bemerkenswert war, daß er den Tagesereignissen hinterherhinkte. So konnte man beispielsweise darin lesen, daß "leitende Kader sich verpflichtet fühlen sollten, auch die Auffassungen ernsthaft zu prüfen, die ihrer eigenen Meinung entgegen gesetzt sind und daß es an der Zeit wäre, in ein kritisches Nachdenken über die Grundwerte des Sozialismus einzutreten."

Von einer Anfang November aus den verschiedensten Mitarbeitern der Institute dann sich gründenden "Initiativgruppe Wissenschaft" wurde zu jener Kundgebung am 10. November um 18 Uhr auf dem Platz der Akademie aufgerufen, dies sicherlich zu dieser Zeit einen Markstein in der weiteren Entwicklung der Akademie mit setzte. Eine Beschreibung dieser emotionsgeladenen Kundgebung in kurzen Sätzen würde der Bedeutung dieses Datums Abbruch tun. Es sei nur darauf hingewiesen, daß hier erstmalig öffentlich eine Einbettung des Wissenschaftswandels in den sich vollziehenden Gesellschaftswandel nicht nur gefordert, sondern auch eingeleitet wurde.

Von hier aus ging dann, zwar mit Zeitverzug, der Weg weiter bis zur konstituierenden Sitzung des Rates der Institutvertreter am 19. Dezember 1989 und einer von dieser Gruppe aus organisierten Tagung zur generellen Wissenschaftsstrategie der DDR am 17. Januar 1990.

Ich möchte betonen, daß zu diesem Zeitpunkt alle diese Aktivitäten, soweit sie von der Basis inauguriert oder mit ihr koordiniert waren, ihre gemeinsame Grund-

lage darin hatten, daß das Wissenschaftssystem in diesem Teil Deutschlands zu reformieren, nicht aber, daß es in seiner Gesamtheit in ein anderes Wirtschaftssystem einzupassen war. Als Vorgabe dieser Handlungen galt unwidersprochen und ganz eindeutig, ein neues, besseres, demokratisch legitimes Wissenschaftssystem anzustreben und dieses auch als Empfehlung bei den Verhandlungen für eine zukünftige gemeinsame deutsche Wissenschaftslandschaft mit einzubringen.

Das in dieser ganzen Phase zu beobachtende Reagieren statt Agieren des Präsidiums, meistens zudem mit beträchtlichem Zeitverzug, war in seiner Wirksamkeit zur Bedeutungslosigkeit verurteilt. Es gab letztlich nur eine einzige Übereinstimmung zwischen Akademieleitung und den Trägern der Veränderung in der Akademie: Der erforderliche Wandel an der Akademie sollte nur die Sache derer sein, die an der Akademie selber arbeiteten und forschten.

Turnusgemäß tagte in diesem Zusammenhang dann am 16. November 1989 das Plenum der Akademiemitglieder, also die Gelehrten-gesellschaft. Die in dieser Plenarsitzung zu beobachtende Bewegung war in Anbetracht der personellen Zusammensetzung und des bisherigen Verhaltens der Gelehrten-gesellschaft durchaus bemerkenswert. Es gab keine Gegenstimmen zu der Frage der Reformbedürftigkeit der Akademie und der dringenden Notwendigkeit, ein neues Statut auszuarbeiten. Die Widersprüchlichkeit der Situation und des Handelns widerspiegelte sich auch in dem Vorgang der Rehabilitierung des Philosophen Ernst Bloch, ausgeschlossen vom Plenum am 26. Oktober 1961, und der Rehabilitierung des Chemikers Robert Havemann, Korrespondierendes Mitglied seit 1961, niemals ausgeschlossen von diesem Plenum, sondern illegal aus der Akademie

entfernt. Die Gelegenheit, anhand einer Analyse zu diesen unmoralischen und ungesetzlichen Ausschlüssen Stellung zu beziehen zur grundsätzlichen Verhaltensweise des Plenums wurde aber nicht genutzt. Die Forderung einzelner Mitglieder aus dem Plenum nach dem sofortigen Rücktritt des gesamten Akademiepräsidiums wurde von der Mehrzahl der Mitglieder des Plenums skeptisch betrachtet. In einer geheimen Abstimmung im Dezemberplenum wurde dann dem Präsidium und einigen Vizepräsidenten das Vertrauen zur vorläufigen Weiterführung der Amtsgeschäfte bis zur Klärung der mit der Neuformierung der Leitung der Akademie notwendigen Fragen ausgesprochen, wobei von einer Amtsdauer von voraussichtlich drei Monaten ausgegangen wurde. Der beginnende Dialog zwischen Akademiepräsident und "Initiativgruppe Wissenschaft" in dieser Zeit führte zur Empfehlung des Akademiepräsidenten, an den Instituten Institutsräte zur Vertretung der Mitarbeiterschaft und zur Mitbestimmung im Leitungsprozeß zu bilden, sowie wissenschaftliche Räte zu etablieren. Die Durchsetzung dieser Maßnahmen an den einzelnen Institutionen war jedoch außerordentlich unterschiedlich.

Es war der 8. Februar 1990, als etwa 20 Mitarbeiter und Mitglieder der Akademie in den Räumen des Instituts für Pathologische Anatomie der Humboldt-Universität sich zusammenfanden, um als Arbeitsgruppe des Präsidiums nachzudenken über die Ausarbeitung eines neuen Akademiestatuts. Auf dieser Sitzung inaugurierten die Vertreter des Rates der Institutsvertreter die Idee, und hier ist sicherlich der Ausdruck "revolutionär" angebracht, daß sich die Gruppe als "Runder Tisch" der Akademie verstehen sollte. Dieser, für einen Teil der Anwesenden, vor allem für einen Teil der Plenumsmitglieder, sehr überraschende Vorstoß löste Bewegung aus und führte

nach kurzer Diskussion letztlich zur konstituierenden Sitzung des "Runden Tisches" am 16. Februar 1990. Damit begann auch an der Akademie wie vorher schon an so vielen Stellen im Lande eine "Doppelherrschaft". Auch hier war es noch das Ziel, eine neue Akademiekonzeption auszuarbeiten im Hinblick auf den Wissenschaftswandel und eine dieser Konzeption entsprechende Leitungsstruktur auf demokratische Weise zu etablieren. Unter dem Vorsitz eines Ordentlichen Akademiemitgliedes, der auch gleichzeitig frischgewählter Vorsitzender des wissenschaftlichen Rates eines Instituts und damit auch gleichzeitig Akademiemitarbeiter war, fanden sich am "Runden Tisch" fünf Vertreter des Plenums der Akademiemitglieder, also der Gelehrten-gesellschaft, zwei Vertreter des Präsidiums, neun Vertreter der Wissenschaftsgebiete, zwei Vertreter der Initiative Frauen in der Wissenschaft, zwei Vertreter der Gewerkschaft Wissenschaft und sieben Vertreter des Rates der Institutsvertreter zusammen.

Es würde den Zeitrahmen sprengen, wenn ich auch nur in Ansätzen versuchen würde, all jene Probleme zu skizzieren, denen sich der "Runde Tisch" zuwandte. Es bleibt nur rückhaltlose Bewunderung für geistige und zeitliche Leistungen in einer Zeit, in der so vieles an ungeahnter Kreativität, Drang nach Neuem, Begrüßung des freiheitlichen Denkens und großen Idealen formuliert wurde, von dem heute leider schon wieder so vieles, nach so kurzer Zeit, in Vergessenheit geraten ist. Dennoch sei mir erlaubt, in Auswahl einige wenige Aktivitäten, quasi als Dokumentation, hier in unsere Erinnerung zurückzurufen.

So wurde unter anderem eine Gesprächskonzeption der Leitung der Akademie mit dem damaligen DDR-Ministerpräsidenten Modrow für jenes am 19. Februar 1990

stattgefundene Gespräch ausgearbeitet. Es wurde eine "Initiativgruppe Forschungsgemeinschaft" zur Konzipierung des zukünftigen Forschungsprofils der Akademieinstitute - immer noch als Bestandteile einer weiterexistierenden Akademie gedacht - etabliert. Es wurde der Grundzug eines Wissenschaftsgesetzes diskutiert sowie die Auflösung der ehemaligen, so ungeliebten Hauptabteilung Auswertung und Kontrolle festgelegt. Vom "Runden Tisch" mitgetragen wurde die Forderung, daß in allen Akademieinstituten der bisherige Direktor die Vertrauensfrage stellen sollte, in deren Ergebnis dann über 50% aller Direktoren abberufen wurden. Hauptaugenmerk des "Runden Tisches" galt aber naturgemäß der Neuprofilierung und Neustrukturierung der Akademie in ihrer Gesamtheit. Am 16. März 1990 verabschiedete der "Runde Tisch" den Entwurf eines neuen Akademiestatuts, das dann am 26. April 1990 vom Konsilium der Akademie als sogenanntes "provisorisches Reglement" angenommen wurde.

Dieses am 26. April 1990 durchgeführte Konsilium war das erste seiner Art in der fast 300jährigen Geschichte der Berliner Akademie. Es war getragen vom Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht der Akademie, ihrer Mitglieder und Mitarbeiter, und es war eine eindeutiges Bekenntnis zum Miteinander von Natur- und Geisteswissenschaft. Es war aber auch ein eindeutiges Bekenntnis - es sollte das letzte in dieser Form sein - zum Erhalt der Struktur der Akademie im Sinne des Miteinanders der Gelehrten-gesellschaft und des Institutsverbundes, als Grundlage immer von der Selbständigkeit dieses deutschen Staates ausgehend, der sich anschickte, die Fesseln der Vergangenheit abzuwerfen und sich eine neue demokratische Ordnung zu geben. Diesem grundsätzlichen Anliegen entsprach dann auch das "provisorische

Reglement". Es bewährte sich das vorübergehende Leitungsinstrumentarium, nachdem dann 17. Mai 1991 erneut durch das gesamte Konsilium in Vertretung der 24.000 Mitarbeiter der Akademie ebenfalls erstmals in der 300jährigen Geschichte der Akademie die entsprechenden Wahlen zum Senat der Akademie, zum Vorstand der Forschungsgemeinschaft und des Akademiepräsidenten stattfanden. Niemals zuvor in der Geschichte der Akademie waren Leitungsorgane durch die Gesamtheit der Mitarbeiter gewählt worden. Allen diesen Wahlen waren Anhörungen vorausgegangen, damit die Auswahl unter den Kandidaten - für die Position des Akademiepräsidenten waren es fünf - für alle transparent und verantwortlich erfolgen konnte.

Der mit der Mehrheit aller drei Wahlblöcke bereits im 1. Wahlgang gewählte neue Akademiepräsident machte es bereits direkt nach der Wahl sehr klar, daß er sein Amt nicht unter den Gegebenheiten des alten Statutes und auch nicht hauptamtlich in der Amtsführung antreten werde. Er verlangte von der Regierung der DDR, damals bereits unter Lothar de Maizière, ein Außerkraftsetzen des alten Statutes und die Anerkennung des "provisorischen Reglements" sowie die Zustimmung zur ehrenamtlichen Ausübung des Präsidentenamtes. Diese Position führte bereits vier Stunden nach der Wahl zu deutlichen Irritationen zwischen der Regierung und der neugewählten Akademieleitung, da erstaunlicherweise die unter Ministerpräsident de Maizière ebenfalls demokratisch gewählte neue Regierung auf der Beibehaltung der durch das alte Statut vorgegebenen Leitungskonzeption der Akademie mit direkter Einflußnahme und Berufung des Präsidenten durch die Regierung beharrte und ebenso darauf bestand, daß der neuberufene Präsident Teil dieser

Regierung wurde. Wir konzedierten damals daß die Regierung in dieser Zeit wichtigere Fragen zu entscheiden hatte, dennoch war diese Haltung für die Mitarbeiter der Akademie und für die freigewählten Leitungsorgane in dieser Phase schwer verständlich. Nach insgesamt fast zwei Monaten gelang es dann, in einem Gespräch in engsten Kreise zu später Stunde mit dem damals arbeitsmäßig völlig überlasteten Ministerpräsidenten eine Einigung zu erreichen, die in der Aufhebung des alten Akademiegesetzes - und damit der Akademiestatuten - durch den Ministerrat der DDR und in der Verabredung einer Verordnung des Ministerrates bestand, die dann am 27. Juni 1990 beschlossen wurde. In ihm wurde der Akademie eine Selbständigkeit mit Dienstaufsicht zuerkannt und der Präsident als einzelverantwortlicher Leiter bestätigt. Deshalb war es dann auch möglich, daß Professor Dr. Frank Terpe, der damalige Minister für Forschung und Technologie, am 29. Juni 1990, an einem von Kundgebungen und Emotionen gekennzeichneten Leibnitz-Tag, die alte Akademieleitung abberief und den neuen Präsidenten einsetzte.

Mir der Übernahme der demokratisch gewählten Leitungsorgane hatte der "Runde Tisch" seine Aufgabe erfüllt. Die historischen Dimensionen seines Wirkens werden sicherlich erst aus der Perspektive des zeitlichen Abstandes in vollem Umfang zu würdigen sein. Bereits heute ist aber die Feststellung unumstößlich, daß der "Runde Tisch" und seine Aktivitäten das wesentliche Instrumentarium in der Wissenschaftswende an der Akademie in einem zeitlich außerordentlich begrenzten, aber historisch außerordentlich weitreichenden Zeitraum war.

Die nächsten drei, vier Tage nach dem Leibnitz-Tag waren gekennzeichnet von

einer brisanten Zuspitzung der Situation, deren Bedeutung sicher auch heute noch nur sehr begrenzt zu überblicken ist. Hatten wir uns schon gewundert, warum die demokratisch gewählte Regierung der DDR sich gegenüber der Akademie so verhalten hatte, warum man der Eigenverantwortung und der freiheitlichen Gestaltung der Akademie in ihren Leitungsprozessen doch nicht so ganz entsprechen wollte, so muß man wohl sagen, daß die Weigerung der de Maizière-Regierung, die Autonomie der Akademie, wie sie in dem "provisorischen Reglement" des "Runden Tisches" konzipiert war, anzuerkennen, von tieferer Bedeutung war. War es damals auch noch unverständlich und wurde vielfach mit Kopfschütteln oder als Entschuldigung mit Arbeitsüberlastung der Regierung begründet, so ist es vielleicht erlaubt zu sagen, daß der auf Selbstbestimmung beruhende strukturelle und personelle Erneuerungsprozeß unter Betonung der Erhaltung der Forschungskapazitäten der Akademie bereits in seinen Ansätzen hier im Lande und von den sich zur Übernahme der DDR bereitmachenden Institutionen der alten Bundesrepublik nicht nur argwöhnisch betrachtet, sondern dann letztlich auch ignoriert wurde.

Mit vertrauensvoller Blauäugigkeit gingen DDR-Wissenschaftsminister und Akademiepräsident dann am 3. Juli 1990 in jenes "Kamingespräch", zu dem das Bundesministerium für Forschung Spitzenvertreter aus Wissenschaft und Wirtschaft der beiden deutschen Teilstaaten eingeladen hatte. Vielleicht ist dieses Datum deshalb so bedeutend, weil hier im Gegensatz zu den revolutionären Veränderungen am Beispiel der Wissenschaft erstmals deutlich gemacht wurde, daß der Weg zu einer einheitlichen Gestaltung der gesamtdeutschen Wissenschaftslandschaft, wie das damals als Schlagwort überall verbreitet wurde,

nicht als ein gleichberechtigtes Zusammenfügen, sondern als eine Einpassung in bestehenden Strukturen der alten Bundesrepublik gedacht war. Den mit überzeugender Beredsamkeit vorgebrachten Begründungen dieser Entwicklung unter Betonung der Effizienz der Forschungsstrukturen der alten Bundesrepublik war von seiten des Akademiepräsidenten nur der vage Einwurf entgegenzusetzen, daß doch wohl ein Nachdenken über gemeinsame neue Strukturformen im Ergebnis der Vereinigung und damit des Kamingespraches möglich sein sollte. Dieser Einwurf weckte Aufmerksamkeit, wurde mit nachsichtigem Zweifel zur Kenntnis genommen, ernstgenommen hat ihn wohl nur die DDR-Seite. Auch der Wissenschaftsminister hat in Gesprächen danach immer wieder mir gegenüber betont, daß er sich letztlich der ganzen Auswirkung nicht bewußt war, die sein Antrag an den Wissenschaftsrat der Bundesrepublik beinhaltete, die Akademieinstitute zu evaluieren. Dieser Antrag, der auch ein Antrag des Akademiepräsidenten war, sollte eine faire Evaluierung unserer Institute für uns und für die Welt ermöglichen. Professor Terpe hatte mit Leidenschaft und mit der Gewißheit, einem guten Zweck zu dienen, seine Idee vom Moratorium für die DDR-Akademie unter anderem dadurch belegt, daß den Akademieinstituten Zeit gegeben werden sollte für die Umorientierung einer sozialistisch geleiteten Forschungsstruktur auf die Bedingungen der Marktwirtschaft.

Letztlich spricht es auch für die politische Unerfahrenheit des neugewählten Akademie-senates und des Vorstandes der Forschungsgemeinschaft, daß sie lange davon überzeugt waren, die demokratische Umgestaltung dieser Forschungsregion zu leiten. Ich habe mich selber gefragt, wann wohl das Nachdenken über diese fehlerhafte Einschätzung bei mir selber eingesetzt

hat. Ich muß ihnen persönlich diese Antwort schuldig bleiben.

Jedenfalls war es dann so, daß der mit viel emotionaler Beteiligung, hohem Intellektueller Einsatz und Zeitaufwand hergestellte Satzungsentwurf der "Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin" am 18. Juli 1990 im Senat behandelt wurde. Und er sollte nach einer Diskussion als Grundlage einer unabhängigen, vom Staate getrennten Akademie vom Akademie-Konsilium am 27. Juli beschlossen werden.

Dazu ist es bekanntlich nicht gekommen. Ungefähr 24 Stunden vor der Durchführung des Konsiliums kamen Signale aus dem Ministerium für Wissenschaft und Technik, unter gar keinen Umständen diesen Satzungsentwurf zur Abstimmung zu stellen, und die Telefonate gingen bis in die Morgenstunden des nächsten Tages. Die Frage, warum dies nicht sein sollte, wurde damals so beantwortet, daß in der Phase der Ausarbeitung des Einigungsvertrages eine solche Festschreibung von Strukturen hinderlich wäre. Professor Terpe hat mir persönlich dann gesagt, daß er überrascht war, mit welcher Vehemenz die in seinem Ministerium tätigen Berater aus dem Westen sich gegen die Abstimmung zu diesem Satzungsentwurf gestellt haben. Die weitreichenden Folgen dieser letztlich doch vom Ministerium für Forschung und Technologie der de Maizère-Regierung zu verantwortenden Blockierung der Annahme dieses Satzungsentwurfes waren wohl den wenigsten von uns zu diesem Zeitpunkt bewußt. Grundgedanke dieses Satzungsentwurfes war die Überführung der Akademie in eine Art Holding-Gesellschaft, in der sich die Gemeinschaft der Akademie-Mitglieder in der Form einer öffentlich-rechtlichen Anstalt unter einem Dach vereinigen sollte. Die inzwischen bekannt gewordenen Passagen des sich in der Aus-

arbeitung befindlichen Einigungsvertrages untersetzten die Befürchtungen über die zukünftige Entwicklung der Akademie und den Verlust ihrer Individualität dadurch, daß im Entwurf zum Artikel 38 dieses Vertrages die Trennung der Forschungsinstitute von der Gelehrten-Gesellschaft festgeschrieben wurde. Dem hätte eine Festlegung des Konsiliums im Sinne des Satzungsentwurfes eindeutig entgegengewirkt. In Kenntnis und auch in persönlicher Verehrung der integren Persönlichkeit des Vorsitzenden des Wissenschaftsrates Dieter Simon bin ich gewiß, daß die maßgeblich von ihm beeinflussten und formulierten zwölf Empfehlungen zur Gestaltung der Wissenschaftslandschaft nach der Vereinigung, die am 6. Juli 1990 publiziert wurden, seine ehrliche Meinung enthielten, daß auch die Bundesrepublik die Chance einer selbstkritischen Prüfung erhalten sollte, um damit einen Qualitätssprung des deutschen Wissenschaftssystems insgesamt zu ermöglichen. Das wurde, wie wir heute genau wissen, gründlich verpaßt.

Wir stehen jetzt kurz vor dem Auslaufen des Moratoriums, deshalb auch kurz vor jenem 1. Januar 1992, an dem Tausende von Mitarbeitern der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR sich mit dem Resultat der Abwicklung im eigenen Bereich sachlich und individuell konfrontiert sehen. Ich kritisiere hier nicht die große Leistung des Wissenschaftsrates an sich mit seinen sicherlich differenziert zu sehenden Begutachtungsvorgaben. Ich kritisiere auch nicht - ich möchte sogar ausdrücklich dafür danken - die Bemühungen der Abwicklungsstelle KAI-ADW, an deren Spitze sich ein "Wessi" teilweise zum "Ossi" entwickelte, ich stelle einfach an Hand des Beispiels Wissenschaftswandel fest, daß auch in der Wissenschaft wie auf allen anderen Gebieten des öffentlichen Lebens kein Zusammenwachsen mit der

Möglichkeit eines Qualitätssprunges erfolgt ist, sondern ein Einpassen in bestehende Strukturen, deren Vorteile den Einpassenden durchaus zugute kommen, deren Nachteile aber weiterbestehen. Dadurch wurden die Vorteile, die sich die Einpassenden mitbringen wollten, rigoros ausgelöscht.

In der sich im Besitz der Akademie befindlichen, 1779 erschienenen "Oeconomischen Encyclopädie" von Johann Georg Krünitz steht unter der Rubrik "Gelehrte": "Der Einfluß, den die Gelehrten auf die innere Ruhe und den äußeren Wohlstand des Staates haben, ist sehr mannigfaltig, insonderheit tragen die Wissenschaft und Künste viel zur Bevölkerung bei, und daher muß ein Regent dieselben beschützen." Den möglichen Einfluß der von Ideologie und Zentralismus befreiten Wissenschaftler aus der ehemaligen DDR im Rahmen ihrer heimatlichen Umgebung auf den Wohlstand des Staates hat man sicherlich vertan zugunsten der Tätigkeit einer selbstgefälligen Ministerialbürokratie der Forschung, gegen die zunehmend kritische Stimmen laut werden. Aber was hilft ein Bedauern über vergebene Chancen, wenn diese unwiederbringlich vorbei sind.

Zum Ende des Staates DDR und damit zum Ende seiner Amtsperiode als Ministerpräsident dieses Staates übertrug Lothar de Maizière dem gewählten Akademiepräsidenten als Person die volle rechtliche Verantwortung für diese Gelehrten-Gesellschaft bis zu einer im Einigungsvertrag vorgesehenen landesrechtlichen Regelung. Die Brisanz dieses kurzen Briefes war mir als seinem Empfänger in keiner Weise bewußt, sie hat aber ihre Dimensionen gerade in den letzten Monaten geometrisch gesteigert. Wenn wir uns jetzt in der gebotenen Kürze der Entwicklung und dem Schicksal der Gelehrten-Gesellschaft in diesen Zeiten

zuwenden, dann darf ich erinnern an den Beginn dieser Ausführungen, in denen die Rolle der Gelehrten-Gesellschaft und ihr Anteil an der Wissenschaftswende außerordentlich kritisch beleuchtet werden mußte. Es ist der Aufmerksamkeit und vielleicht auch dem Verantwortungsgefühl für notwendige Schadensbegrenzung einiger Weniger aus dem Führungskreis der Akademie und dem damaligen Ministerium für Forschung und Technologie zuzuschreiben, daß zwei Buchstaben in der Auseinandersetzung um die Gelehrten-Gesellschaft der Akademie zum Mittelpunkt wurden. In dem Entwurf der Fassung des Artikels 38 des Einigungsvertrages stand zu lesen: "... die Entscheidung, OB und WIE die Gelehrten-Gesellschaft fortgeführt wird, wird landesrechtlich getroffen". Vielleicht gab es kein anderes so kurzes Wort in diesem Einigungsvertrag, um das so viel gerungen wurde, für das so viele Zusatzreisen an den Rhein erforderlich waren und das dann letztlich in Erkennung seiner Bedeutung aus dem Einigungsvertrag gestrichen wurde, als dieses Wörtchen ob. Damit hat der Einigungsvertrag das prinzipielle Fortbestehen der Institution Gelehrtensozietät zugesagt. Das ist bekanntlich heute Gegenstand unterschiedlicher Rechtsauffassungen und Positionen.

Es ist nicht die Aufgabe dieses von mir heute geforderten historischen Rückblicks auf die Tage der Wende, eine Situationsbeschreibung der Gegenwart zu gestalten. Eine kurze Skizzierung der wesentlichen Etappen der Handlungen der Gelehrtensozietät in diesen schicksalsträchtigen Monaten scheint mir aber eine notwendige Ergänzung zu sein. Mit Vehemenz vorgebrachte Vorwürfe aus der Öffentlichkeit - in ihrem Kern absolut notwendig und anzuerkennen, in ihrer Form variierend und destruktiv -, eine Vergangenheitsaufarbeitung innerhalb der Gelehrtensozietät nicht

eingeleitet zu haben, ließen dem Präsidenten der Akademie letztlich nur zwei Chancen: entweder ein individuelles Inquisitionsverfahren anzugehen oder eine Schuld des Plenums der Mitglieder insgesamt für nichtwahrgenommene Verantwortung und geübter willfähriger Lethargie und Anpassung zu akzeptieren. Akademien, die sich als Inquisition mißbrauchen lassen zur Verfolgung Einzelner, haben schon im Ansatz ihre Glaubwürdigkeit verloren, ist doch das Institut in seiner Gesamtheit Verantwortungsträger und kann diese Verantwortung billigerweise nicht auf Einzelpersonen abwälzen. Die im Namen oder zumindest stiller Duldung der Akademie begangenen Verfehlungen Einzelner sind immer gemeinsame Schuld, wenn nicht dagegen Protest in geeigneter öffentlicher Form zur rechten Zeit und am rechten Platz erhoben wird. Die Notwendigkeit der Einsetzung eines Ehrenausschusses stellte sich das Plenum bereits in früher Phase. Erstaunlich war jedoch die geringe Resonanz, die dies in der Öffentlichkeit fand. Auch die Senatssitzungen waren geprägt von emotionsgeladenen, aber außerordentlich verantwortungsvollen Debatten über die generellen Möglichkeiten zur Aufarbeitung der Vergangenheitsbelastung im Rahmen des Plenums und über den Weg dahin.

Diesem Rechnung tragend, stellte ich im Septemberplenum 1990 den Antrag, daß in Anerkennung der Mitverstrickung und in Vorbereitung auf eine differenzierte Aufarbeitung der Verantwortung des Einzelnen im Verbund des Ganzen alle Akademiemitglieder ihre Mitgliedschaft zur Disposition stellen sollten mit dem vorläufigen Status einer ruhenden Mitgliedschaft. Nach teilweise heftig und kontrovers geführter Debatte im Plenum lehnte dann das Plenum den Vorschlag des Präsidenten mehrheitlich ab. In vielfacher Form wurde mir

dann später vorgeworfen, daß ich zu diesem Zeitpunkt als Reaktion auf die Nichtbefolgung meines Vorschlages hätte zurücktreten müssen. Prinzipiell und aus der politischen Situation heraus wäre dieser Schritt ein notwendiges Zeichen gewesen. Aber in Kenntnis der Situation und der bevorstehenden individuellen Verantwortungsübertragung für die Akademie nach der deutschen Vereinigung, in Kenntnis der Verantwortung für den Besitz der Akademie, für Archiv, Bibliothek, Kunstudie usw., aber vor allem auch in Kenntnis, daß eine Vertretung dieser Akademie bei ihrer landesrechtlichen Fortführung laut Einigungsvertrag notwendig ist, hatte ich mich damals anders entschlossen. Das blieb und bleibt bis heute eine von vielen mißbilligte und nicht verstandene Einzelentscheidung. Die Fortsetzung der Diskussion zur eigenen Vergangenheit in den Klassen, die öffentliche Diskussion über die Akademie und ihre Mitglieder, aber vor allem aber auch die in jeder Plenarsitzung jetzt üblich gewordenen Informationen und offenen Problemaussprachen führten dann in der Plenarsitzung im Januar 1991 zu dem vom Plenum einheitlich gebilligten Vorschlag des Präsidenten, die Mitgliedschaft in der Akademie der Wissenschaften der DDR als mit dem Bestehen der DDR ausgelaufen zu betrachten, sich aber eine Anwartschaft auf Mitgliedschaft in der neuen Berliner Akademie auf Wunsch dadurch zu erhalten, einer Evaluierung von außen zuzustimmen und dieses Anliegen an den Präsidenten heranzutragen. Hiermit war und ist aus meiner Sicht der Weg freigemacht für die Neugestaltung einer Berliner Akademie, in die hinein die Institution der nunmehr fast 300jährigen Leibnizakademie frei vom Ballast überkommener individueller Mitgliedschaften gehen kann.

Das in Berlin proklamierte Verneinen der Identität dieser Institution als Fortsetzung

des Erbes der Brandenburgisch-Kurfürstlichen, später Preußischen und dann Deutschen Akademie in dem östlichen Teil Deutschlands fügt sich ein in das allgemeine Bild der Abwicklung dieser Tage. Es erfüllt schon mit Trauer, aber auch ein wenig mit Trotz, daß eine der ältesten europäischen Wissenschaftsinstitutionen, die sich durchaus ihrer historischen Gleichheit mit dem englischen und französischen Pendant bewußt und darauf stolz ist, nun - da sie mit dem Kainszeichen DDR versehen war - zur Disposition gestellt werden soll. So wird es wohl die letzte Aufgabe des derzeitigen Präsidenten sein, diesem so offensichtlichen Zuwiderhandeln gegen Vernunft und Einsicht öffentliche Meinung und rechtliche Mittel entgegenzusetzen.

Daß diese öffentliche Meinung zu einem deutschen Wissenschaftserbe sich zur Zeit mehr außerhalb Deutschland artikuliert als in dem Lande selbst, das sich so gern

als Heimat der Dichter und Denker bezeichnet, sollte uns zu denken geben. Aber es sei auch die Frage erlaubt: Braucht Wissenschaft in der heutigen Zeit eine nationale Heimat, ist sie nicht überall dort zu Hause, wo Widerspruch, Gegensätze, Streit von Meinungen und Suche nach Neuem das Leben bestimmen? Wir sollten aufpassen, daß nicht in so historisch kurzer Zeit sich jenes wiederholt, was unser Mitglied Immanuel Kant vor 200 Jahren so umschrieben hat: "...daß man sich durch den Besitz der Gewalt das freie Urteil verderben lasse!"

*Horst Klinkmann, Prof. Dr. Drs. h.c., war letzter Präsident der Akademie der Wissenschaften. Vorstehenden Beitrag hielt er als Vortrag auf dem Kolloquium des Instituts für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft "Der Leibnizsche Akademiegedanke - Programm, Illusion, realistische Utopie?" am 14. November 1991 in Berlin.*

*Zur Illustration des Ausgangspunktes, von dem aus sich die Akademie der Wissenschaften der DDR im Herbst 1989 auf den Weg machte, den Horst Klinkmann in seiner voranstehenden Darstellung beschrieben hat, dokumentieren wir im folgenden die erste offizielle Äußerung eines AdW-Gremiums nach dem Beginn des Wandels im Oktober 1989.*

### **Erklärung des Präsidiums der Akademie der Wissenschaften: Die Erneuerung des Sozialismus der DDR fördern wir mit aller Kraft Berlin, 31. Oktober 1989**

Die in unserem Land eingeleitete Wende begrüßen und unterstützen wir nachdrücklich. Wir verstehen sie als Aufbruch zu neuen Horizonten gesellschaftlicher Aktivität und betrachten es als selbstverständliche Pflicht, uns mit allen Kräften dafür einzusetzen, daß die Erneuerung des Sozialismus in unserem Land gefördert und unumkehrbar gemacht werden wird. Wir bekennen uns zur engagierten Suche nach neuen gesellschaftlichen Lösungen, zum offenen Streit der Meinungen und zu verantwortungsbewußter, disziplinierter Arbeit als Weg aus der kritischen Situation.

#### I.

Die Fehlentwicklungen, die zu dieser Situation geführt haben, bedürfen einer gründlichen Analyse, die Irrtümer und Versagen offenlegt, Verantwortlichkeiten benennt und daraus die nötigen Konsequenzen zieht. Von der bevorstehenden 10. Tagung des Zentralkomitees der SED erwarten wir dazu einen wesentlichen Beitrag. Wir sind uns bewußt, daß die Neubewertung unserer bisherigen Entwicklung eine Aufgabe von

grundsätzlicher Bedeutung ist, die auch an die Wissenschaft hohe Anforderungen stellt und nicht in wenigen Wochen bewältigt werden kann. Sie muß konsequent gelöst werden, um die Krise überwinden, eine erneuerte Gesellschaftsstrategie des modernen Sozialismus in der DDR ausarbeiten und Mechanismen schaffen zu können, die eine Wiederholung der begangenen Fehler zuverlässig ausschließt. Das ist nicht ohne geistige Erneuerung zu erreichen, die ein Kernstück der Umgestaltung bildet.

Kritisches Nachdenken über die Grundwerte des Sozialismus ist unerlässlich, um zu einer neuen gesellschaftlichen Identität zu finden. Die Gesellschaft braucht Klarheit darüber, auf welchen Ebenen und in welcher Reihenfolge grundsätzliche Veränderungen vorgenommen werden müssen und welche Ergebnisse unserer bisherigen Arbeit wir in den Prozeß der Erneuerung mitnehmen können.

Wir erklären uns

- für die konsequente Weiterführung der wissenschaftlich-technischen Revolution auf

einem Niveau, das alle Vorzüge der internationalen Zusammenarbeit und Arbeitsteilung nutzt und auf eine höhere Lebens- und Umweltqualität gerichtet ist;

- für die Entwicklung und Anwendung von Hochtechnologien bei grundlegend verbesserter Einhaltung der volkswirtschaftlichen Proportionalität und raschem Ausbau der vernachlässigten Infrastruktur;

- für eine von Gängelei und Formalismus befreite Planung, die Zielstrebigkeit mit Flexibilität verbindet und Raum für Eigenverantwortung und schöpferische Initiative gewährt;

- für eine Preisgestaltung, die den realen Aufwand für alle Leistungen durchschaubar macht und den sparsamen Umgang mit Ressourcen aller Art fördert;

- für eine gerechte Leistungsbewertung in allen Teilen der Gesellschaft, die von niemand umgangen werden kann, bei gleichzeitiger Gewährleistung sozialer Sicherheit für alle.

Die Ausübung leitender Funktionen in Politik und Staat sollte künftig grundsätzlich auf zwei aufeinanderfolgende Wahl- bzw. Berufungsperioden begrenzt werden. Bei der Besetzung von Ämtern und Funktionen in Wirtschaft, Wissenschaft, Volksbildung, Gesundheitswesen usw. sollten Sachkompetenz und Führungsqualitäten, moralische Integrität und Verbundenheit mit dem Sozialismus, nicht Parteizugehörigkeit das entscheidende Kriterium bilden. Für alle Wahlfunktionen sollte die Wahl als Auswahl verstanden werden und geheim erfolgen.

Durch langjährige Gewohnheit haben sich Verhaltensweisen der Anpassung an autoritär vorgegebene Ansichten, der Resignation und des Taktierens herausgebildet. Die Kultur des Meinungsstreites hat erheblichen Schaden genommen. Leitende Kader müssen lernen, Auffassungen ernsthaft zu

prüfen, die ihrer eigenen Meinung entgegengesetzt sind. Wir müssen uns wieder daran gewöhnen, andere Ansichten nicht ungeprüft zu verwerfen oder gar als Angriff auf die eigene Person aufzufassen. Eine Atmosphäre freimütiger Kritik bei der gegenseitigen Achtung der Partner, wie sie auch den traditionellen Werten der Wissenschaft entspricht, ist für unsere ganze Gesellschaft notwendig. Dazu muß die junge Generation herangebildet und ermutigt werden. Wir sind der Ansicht, daß das Bildungswesen seinen großen Aufgaben bei der Erneuerung unserer sozialistischen Gesellschaft nur dann gerecht werden kann, wenn es sich selbst erneuert.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und die Regierung der DDR müssen durch eine Strategie, die den gemeinsamen Grundinteressen aller gesellschaftlichen Kräfte entspricht, das Vertrauen der Bürger wiedergewinnen. Wir sehen uns in der Pflicht, mit unserem Sachverstand und unserer Kritikfähigkeit dazu beizutragen.

#### II.

Die Zukunft der DDR, ihre ständige geistige und materielle Erneuerung, hängt wie die jeder modernen Gesellschaft entscheidend vom Leistungsvermögen der Wissenschaft ab. Die Entwicklung der Wissenschaft und die Nutzung ihrer Resultate ist eine Aufgabe von höchster strategischer Priorität. Der gesellschaftliche Rang der Wissenschaft in unserem Land muß spürbar erhöht werden. Vertrauen zur Wissenschaft, das sich in ihren Entwicklungsbedingungen objektiv ausdrückt, ein weiter Raum für ihre eigenverantwortliche Gestaltung und gewissenhafte Wahrnehmung ihrer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft gehören untrennbar zusammen.

Von größter Bedeutung ist der Einsatz unseres wissenschaftlichen Leistungsvermögens zur Erarbeitung und Verwirklichung einer erneuerten Gesellschaftsstrategie, in die eine neu zu konzipierende Wissenschaftsstrategie einbezogen werden muß. Die bisherigen Arbeiten zu langfristigen Forschungskonzeptionen, die erarbeiteten Studien, Expertisen und Empfehlungen zu verschiedenen Seiten unseres gesellschaftlichen Lebens bilden dafür einen wesentlichen Anknüpfungspunkt. In politischen und volkswirtschaftlichen Entscheidungen sind sie nicht gebührend berücksichtigt worden.

Andererseits verfügen wir nicht zu allen drängenden gesellschaftlichen Problemen und ihrem wechselseitigen Zusammenhang über ausreichend wissenschaftlichen Vorlauf. Die Analyse der gegenwärtigen Lage muß daher auch zu Neuorientierungen in der Forschung führen. Die Wissenschaft ist gefordert, alternative Möglichkeiten der Entwicklung für die verschiedensten gesellschaftlichen Bereiche zu erkunden, Entscheidungsgrundlagen vorzubereiten und der öffentlichen Diskussion vorzulegen. Dazu bedarf es des freien Zugangs zu allen relevanten Daten. Von der politischen Praxis erwarten wir, daß sie diese Leistungen der Wissenschaft umfassend in Anspruch nimmt und von ihr abfordert. Die zahlreichen in den gegenwärtigen Diskussionen geäußerten Vorschläge bedürfen einer nüchternen wissenschaftlichen Prüfung auf Realisierbarkeit und Verträglichkeit.

Die Gesellschaftswissenschaften stehen dabei in einer besonderen Verantwortung. Es ist dringend erforderlich, sie weitaus stärker in politische Entscheidungsprozesse einzubeziehen, so in die Ausarbeitung von Varianten und Alternativen der Wirtschaftsstrategie, von Voraussetzungen, Möglichkeiten und Wegen der Sozialpolitik, von Vor-

schlägen für die Veränderung der politischen Organisation, für die Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie, für die sozialistische Rechtsstaatlichkeit, für die Ausbildung eines problemorientierten, kritischen und mobilisierenden Geschichts- und Gesellschaftsverständnisses, für das geistige Klima überhaupt.

Insgesamt gilt es, unter Auswertung der internationalen Erfahrungen und Debatten die Sozialismuskonzeption durch interdisziplinäre Anstrengungen von Wissenschaftlern aller Disziplinen auf einen zeitgemäßen Stand zu bringen. Mit dieser Konzeption, die die Gestaltung unseres Verhältnisses zur Technik und vor allem auch zur Natur einbezieht, müssen wir ein wesentlich höheres Niveau ganzheitlich, auf die globalen Probleme der Menschheit und deren progressive Lösung bezogenen Denkens erreichen.

Ein wesentliches Teilziel des gesellschaftlichen Erneuerungsprozesses sollte darin bestehen, ein starkes Interesse an der Einführung wissenschaftlich fundierter Innovationen in allen Sphären der Praxis her auszubilden. Vom erreichten Stand ausgehend, kommt es darauf an, die Zusammenarbeit der wissenschaftlichen Einrichtungen mit der Industrie und anderen Praxispartnern überall auf ein langfristiges, stabiles, gemeinsam konzipiertes Fundament zu stellen und zugleich höchstmögliche Flexibilität zu gewährleisten. Entscheidende Fortschritte verlangen die Veränderungen der ökonomischen Rahmenbedingungen und den Übergang zu unbürokratischen, Eigenverantwortung, Initiative und Risikobereitschaft fördernden Planungs- und Bewertungsformen. Ein ungerechtfertigt freigiebiger Umgang mit dem Prädikat "Spitzenleistung" verzerrt die Leistungsmaßstäbe. Wir wenden uns entschieden dagegen, mit hohem Aufwand Prestige- und Vorzeigergebnisse zu schaffen und dafür große Potentiale von wissenschaftlich und volkswirtschaftlich wichtigen Aufgaben abzuziehen.

Für die Wissenschaft müssen strenge Effektivitätsmaßstäbe gelten, die auf den internationalen Höchststand bezogen sind. Das Messen und die Bewährung der eigenen Leistungen im internationalen Niveau bilden in der Wissenschaft die wirksamste Form des Wettbewerbs, neben der gesonderte Wettbewerbsprogramme keinen Platz haben. Der internationale Austausch in der Wissenschaft verdient jegliche Förderung. Vor allem den jungen Mitarbeitern müssen Möglichkeiten gegeben werden, an den internationalen Zentren der Wissenschaft Erfahrungen zu sammeln. Administrative Hemmnisse wie die Beeinträchtigung der Kommunikationsmöglichkeiten und der Reisekaderstatus müssen unverzüglich beseitigt werden.

Wir schlagen vor, in der Volkskammer als dem höchsten Organ der Staatsmacht einen Ausschuß für Wissenschaft zu bilden, um der Vertretung der Interessen der Wissenschaft einen ihrer gesellschaftlichen Bedeutung entsprechenden Rang zu geben und zugleich ihren Empfehlungen für die Gestaltung der Politik unseres Staates Nachdruck zu verleihen. In diesem Zusammenhang sind die Funktionen des Forschungsrates, wissenschaftsleitender Organe und wissenschaftsberatender Gremien kritisch zu analysieren und neu zu bestimmen. Dabei muß das Ziel verfolgt werden, die Zahl der wissenschaftlichen Beratungsgremien zu reduzieren, ihre Kompetenz aber zu erhöhen.

### III.

Der Stellenwert der in der Akademie konzentrierten Grundlagenforschung innerhalb

unserer Wirtschaftsstrategie muß entschieden erhöht werden. Damit die Akademie den Erwartungen unserer Gesellschaft gerecht werden kann, braucht sie mehr Eigenverantwortung und umfassendere Kompetenzen, ohne durch einengende Planvorgaben, Vorschriften und Eingriffe der Partei und staatlicher Organe behindert zu sein.

Die Akademie der Wissenschaften der DDR stellt sich der Aufgabe, den zur Diagnose, Analyse und Lösung von Grundproblemen unserer gesellschaftlichen Entwicklung erforderlichen Erkenntnisvorrat zu schaffen. Nicht zu allen der schwerwiegenden Probleme, deren Zusammenballung den Ernst der gegenwärtigen Situation bestimmt, hat sie das schon in ausreichendem Maße getan. In anderen Fällen hat sie ihre Stimme nicht energisch und hartnäckig genug erhoben, um seit längerem notwendige Veränderungen durchzusetzen. Mitunter hat sie auch ungerechtfertigte Forderungen wider besseres Wissen akzeptiert. Ihre Empfehlungen und ihre Hinweise auf besorgniserregende Tendenzen fanden in der Führung des Staates und der SED nicht die notwendige Beachtung.

Wir erklären ausdrücklich, daß die Akademie die Teilnahme an der Konsensbildung in der Gesellschaft über Ziele und Wege beansprucht. Die Akademie erwartet, daß auf ihre mit wissenschaftlichem Sachverstand erarbeiteten Vorschläge eine ernsthafte Reaktion erfolgt. Die Grundgedanken der zahlreichen Analysen und Empfehlungen für die künftige gesellschaftliche Entwicklung, die seit Anfang dieses Jahres an der Akademie erarbeitet worden sind, werden umgehend öffentlich zur Diskussion gestellt. Die großen Linien der Arbeit der Akademie müssen für die Öffentlichkeit durchschaubar und kontrollierbar sein.

In den Arbeitskollektiven der Akademieinstitute ist um alle Fragen der gesellschaftlichen Erneuerung in der DDR eine leidenschaftliche Diskussion entbrannt, in der auch die Tätigkeit der Akademie und ihrer Leitung kritisch bewertet wird. Viele Ideen werden entwickelt, zahlreiche Vorschläge werden unterbreitet. Wir sind fest entschlossen, den administrativen Aufwand zu gunsten der Forschung zu senken, Verkürzungen in unserer Arbeit zu überwinden und die Freiräume für schöpferisches Forschen entschieden zu erweitern. Vieles können wir aus eigener Kraft tun - dazu gehören beispielsweise die Beseitigung von unzeitgemäßen Vorschriften im Wissenschaftsbetrieb, die Durchsetzung vereinfachter Planungsformen, die konsequente Förderung begabter junger Wissenschaftler, mehr Selbstständigkeit für die Institute, größere Flexibilität der Organisation des Akademiepotentials, eine entwickelte demokratische Kultur des Umgangs zwischen Leitern und Mitarbeitern mit einer wirksamen Kontrolle von unten.

Überdies gibt es Fragen der Verbesserung unserer Arbeit, zu deren Lösung wir gesetzliche Regelungen und staatliche Entscheidungen benötigen. Die Vertraulichkeitsvorsorge für die Forschung sind auf das unerlässliche Minimum zu reduzieren. Die Möglichkeit der Institute, sich von für die Forschung ungenügend befähigten Mitarbeitern zu trennen, sind wesentlich zu verbessern. Es müssen dynamische Formen des Zusammenwirkens und des Kaderaustau-

sches zwischen Akademie, Hochschulwesen sowie anderen gesellschaftlichen Bereichen praktiziert und materiell sichergestellt werden. Vordringlich ist die rasche Überwindung des unvermeidbaren Rückstandes in der materiell-technischen Ausstattung der Institute, der von der Überalterung der hochspezialisierten Forschungstechnik bis zu erheblichen Mängeln in den elementaren materiellen Bedingungen des Forschungsbetriebes reicht. Drastisch gesenkt werden muß der organisatorische Aufwand für die Beschaffung von Forschungsmitteln. Die der Akademie übertragenen Fonds müssen rechtsverbindlich und einklagbar sein. Die unumgängliche Anhebung des gesellschaftlichen Status der Grundlagenforschung muß es für die begabtesten Wissenschaftler wieder attraktiv machen, mit strengen Leistungsansprüchen an sich selbst auf diesem Gebiet zu arbeiten.

\*\*\*

Unsere Wortmeldung ist aus einem Prozeß heraus entstanden, der täglich neue Einsichten hervorbringt. Viele weitere Fragen sind in der Diskussion. Angesprochen fühlen sich auch die Mitglieder der Akademie, die diese Fragen im Plenum weiter beraten werden, sowie die Mitarbeiter der Institute und Einrichtungen. Wir begrüßen es, daß die Öffentlichkeit unseres Landes sich an dieser Diskussion beteiligt.

[Quelle: Neues Deutschland vom 1. November 1989, S. 3]

## REAKTION

Im Heft 5/92 veröffentlichten wir unter dem Themenschwerpunkt "Kirchliche Hochschulen zwischen Nische und Fusion" u. a. einen Artikel von Rudolf Mau: "Vom Hinterhof ins Herz der Hauptstadt. Der Beitrag des 'Sprachenkonvikts' zur Erneuerung der Theologischen Fakultät der HUB". Uns erreichte daraufhin nachfolgender Artikel von Joachim Rohde, der Rudolf Mau bezüglich wesentlicher Aussagen zur Humboldt-Universität widerspricht.

Joachim Rohde (Berlin):

### Replik

Rudolf Mau hat im Maiheft Seite 10-22 der Zeitschrift "hochschule ost" einen Artikel unter der Hauptüberschrift "Vom Hinterhof ins Herz der Hauptstadt" geschrieben, in dem er sich nach dem Untertitel mit dem "Beitrag des Sprachkonvikts zur Erneuerung(!) der theologischen Fakultät der HUB" befassen will. Nach der Lektüre dieses Beitrags vor der Auseinandersetzung im einzelnen zunächst zwei Thesen: 1. Das Interessanteste an einer historischen Abhandlung ist meist das, was ausgelassen wird. 2. Es gibt vier Arten von Lügen: die grobe Lüge, die Notlüge, die Statistik und die maßvoll entstellte Wahrheit. Letztere ist besonders schwer zu durchschauen. Gerade sie hat Maus Darstellung deutlich geprägt. Ich werde mich nicht mit allen Einzelheiten auseinandersetzen, denn hier gilt mutatis mutandis Joh.-Evangelium, Kap. 21, V 25, aber ich werde auf eine Reihe der unterschweligen Andeutungen und Verdächti-

gungen unter Nennung von Zeit, Personen und Umständen eingehen.

Bekanntlich hat Luther in seiner Erklärung zum 8. Gebot im Kleinen Katechismus das "Afterreden" und den "bösen Leumund" untersagt. Im Großen Katechismus wird Luther in seiner Erklärung zum 8. Gebot noch weit ausführlicher. Ich zitiere auszugsweise nach der Druckausgabe von 1955, passe den dortigen Wortlaut aber heutiger Orthographie und heutigem Wortverständnis an:

"... Zum dritten, was uns alle betrifft, ist in diesem Gebot verboten alle Sünde der Zunge, dadurch man dem Nächsten mag Schaden tun oder ihm zu nahe treten. Denn 'falsch Zeugnis reden' ist nichts anderes denn Mundwerk: Was man nun mit dem Mundwerk wider den Nächsten tut, das will

Gott gewehret haben, es seien falsche Prediger mit der Lehre und Lästern, falsche Richter und Zeugen mit dem Urteil oder sonst außerhalb des Gerichtes mit Lügen und Übelreden. Dahin gehört sonderlich das leidige, schändliche Laster Afterreden oder verleumdungen, womit uns der Teufel reitet, davon viel zu reden wäre. Der es ist eine gemeine schädliche Plage, daß jedermann lieber Böses als Gutes vom Nächsten hören sagt. Und obwohl wir selbst so böse sind, daß wir nicht leiden können, daß uns jemand ein böses Stück nachsage, sondern jeder gern möchte, daß alle Welt das Beste von ihm redete, doch können wir nicht hören, daß man das Beste von anderen sage... Das heißt nun afterreden, die es nicht bei dem Wissen bleiben lassen, sondern weitergehen und dem Urteil vorgeifen, und wenn sie ein Stücklein von dem anderen wissen, tragen sie es in alle Winkel, kitzeln und krauen sich (haben ihre Freude daran), daß sie mögen eines anderen Schmutz aufwühlen wie die Säue, die sich im Kot wälzen und mit dem Rüssel darin wühlen... Denn wenn du auch nicht das Schwert (der Obrigkeit) führst, so brauchst du doch deine giftige Zunge dem Nächsten zu Schand und Schaden. Darum will Gott gewehret haben, daß niemand den anderen übel nachrede, wenn er gleich schuldig ist, dieser nicht davon weiß, aber es nur durch Hörensagen vernommen hat. Sprichst du aber: 'Soll ichs denn nicht sagen, wenn es die Wahrheit ist?' 'Ja, ich kann es nicht öffentlich bezeugen, man könnte mir vielleicht über das Maul fahren und mich übel abwehren'. Ei, Lieber, du riechst wohl den Braten und traust dich nicht, dich an die dazu eingesetzten Personen zu wenden und dich zu verantworten. Halte also lieber das Maul! ... Denn man soll niemand seine Ehre und seinen Ruf nehmen, sie seien ihm denn öffentlich genommen. Folglich heißt also alles falsch Zeugnis, was man nicht, wie sichs gehöret, beweisen kann. Darum, wenn für etwas

nichtgenügend Beweise vorliegen, so soll es niemand an die Öffentlichkeit bringen und als Wahrheit ausgeben... Darum, wenn dir ein unnützes Maul begegnet, das einen anderen ins Gerede bringt und verleumdet, dann rede es von Angesicht zu Angesicht an, daß es schamrot werde. Dann wird mancher das Maul halten, der sonst einen armen Menschen ins Gerede bringt, daraus er schwerlich wieder kommen kann. Denn Ehre und guter Name ist bald genommen, aber nicht so bald wiedergegeben". Soweit Luther.

Da Mau etwa im Jahr 1960 den "Sündenfall" der Fakultät diagnostizierte, will ich zunächst auf die staatliche Berufspolitik gegenüber der Fakultät bzw. Sektion eingehen. Welche Berufswünsche von Seiten der Fakultät/Sektion durchsetzbar waren, hing in starkem Maße von den jeweiligen Fachreferenten/innen ab, der/die für den Minister die Unterlagen für seine Entscheidung vorbereitete. Dabei redete je länger je mehr auch noch die Bezirksleitung der SED, der Staatssekretär für Kirchenfragen und die Abt. Kirchenfragen beim ZK der SED ein wichtiges Wort mit; trotzdem ist der Einfluß der genannten Fachreferenten/innen nicht zu unterschätzen. Nun war es so, daß auf diesem Posten seit Anfang der 50er Jahre etwa 5-8 Jahre die betr. Personen ausgewechselt wurden und zwar nach folgendem Schema: Auf sehr zugängliche und tolerante SED-Genossen folgten jeweils gescheiterte Theologen, die infolge von Eheschließung mit Genossen/Genossinnen zu Renegaten/innen und daher besonders theologiefreundlich geworden waren. In dieser Hinsicht gab es in den 50er Jahren unter den Dekanen Rost, Elliger, Schneider und Vogel eine erträgliche Zusammenarbeit. Sehr schwierig war die Zeit des 6-jährigen Dekanats von Erich Fascher (1958-1964); erheblich leichter hatte es Hans Hinrich Jens-

sen während seines Dekanats 1964-1968, und Mau bescheinigt ihm auch, er habe in Berufungsfragen eine positiv zu wertende Linie vertreten. Erhebliche Schwierigkeiten hatte wieder Karl-Heinz Bernhardt (1968-70 Dekan, danach Sektionsdirektor bis 1980) mit dem damals zuständigen Fachreferenten. Gerade in dieser Zeit war es besonders deutlich, daß politische Kräfte von außen in die Sektion hinein Einfluß nahmen. Von dem Gespräch Erich Honeckers mit der Konferenz der Kirchenleitungen im März 1978 hat auch die Sektion profitiert. Heinrich Fink als Sektionsdirektor (ab 1980) hat die nunmehr ihm möglichen Kontakte zum Hochschulministerium kaderpolitisch durchaus positiv im Interesse der gesamten Sektion auszunutzen gewußt. Eine schwierige Periode begann zunächst 1968 dadurch, daß der tolerante und in jeder Hinsicht gesprächsbereite M/L-Beauftragte Dr. Dressler auf dem Höhepunkt des Prager Frühlings durch den stalinistischen "Politkommissar" Dr. Hinrich Römer ersetzt wurde. Römer brüstete sich bereits bei seinem ersten Auftreten im Fakultätsrat damit, welchen Anteil er an der Ausschaltung des "Revisionisten" Havemann habe. Er sollte nun an der Fakultät in Vorbereitung der Sektionsgründung "Ordnung" schaffen. - Das Ehepaar Müller/Müller-Streisand hat zwar in der Vorbereitungszeit der Sektionsgründung nachweisbar versucht, wie aufgefundene private Memoranden der SED beweisen, die zukünftige Sektion in Müllers Sinn zu gestalten, aber ebenso nachweisbar ist, daß diese Anregungen so gut wie keine Berücksichtigung gefunden haben. Vielmehr sind die Erfordernisse eines normalen Theologiestudiums stets erhalten geblieben und in stärkerem Maße praxisorientiert profiliert worden, als die an den kirchlichen Ausbildungseinrichtungen der Fall war (Integration eines Diakonie- und Gemeindepraktikums in den Ausbildungs-gang).

Es ist zwar richtig, daß Heinrich Vogel als Prodekan in einer Zeit als Erich Fascher lebensbedrohlich krank in der Charité lag (Herbstsemester 1958), in seiner Vertretung die Berufung des Ehepaars Müller/Müller-Streisand zu Dozenten zugelassen hat. Frau Müller-Streisand hatte 1958 eine Habilitationsschrift über den jungen Luther vorgelegt und Herr Müller bereits einige Jahre vorher mit einer Arbeit über Dietrich Bonhoeffer promoviert. Tatsache ist aber auch, daß Angehörige der Fakultät durch politisch motivierte und nur notdürftig theologisch-wissenschaftlich kaschierte Gutachten deren Promotion bzw. Habilitation zu behindern versucht haben. Man kann das unschwer an den Gutachten von Dreß, Elliger und Rudolf Hermann erkennen, wobei das Gutachten von Dreß, der in Westberlin wohnte, dies recht ungeschützt deutlich werden läßt, während Elliger und Hermann doch noch darauf Rücksicht nehmen mußten, daß sie DDR-Bürger waren. Bekanntlich war das Scheitern der Promotion von Hanfried Müller vor 1953 in der Bundesrepublik auch mehr politisch und weniger theologisch-wissenschaftlich motiviert.

Wenn ein mit wenig konkreten Kenntnissen, aber umso mehr mit ideologischen und politischen Vorurteilen belasteter "Wessi" den Artikel von Mau liest, muß er unweigerlich den Eindruck gewinnen, die Sektion Theologie sei ein ideologisches rotes Kloster zur politischen Indoktrination zukünftiger Pastoren gewesen, aber die Leser dieses Artikels mögen beruhigt sein: Wir haben vor allem und in erster Linie Theologen für den Dienst in den evangelischen Landeskirchen der DDR ausgebildet und zugerüstet, und wenn man in den Pfarralmanachs der Berlin-Brandenburgischen und anderer östlicher Landeskirchen nachschlägt, wird man feststellen, daß eine beachtliche Anzahl der Amtsträger einschließlich der Superintendenten, Konsistorial- und Oberkon-

sistorialräte aus der Ausbildungsstätte an der HUB hervorgegangen ist. Jedenfalls braucht die Fakultät/Sektion in dieser Hinsicht den Vergleich mit dem Sprachenkonvikt nicht zu scheuen.

Mau behauptet auf S. 16, die Fakultät habe um 1960 noch über 200 Theologiestudenten gehabt, und danach sei ihre Studentenzahl stark zurückgegangen. Diese Behauptung ist in mehrfacher Hinsicht zu korrigieren und zu relativieren. Zunächst einmal hat die Fakultät nach 1945 zu keiner Zeit über 200 Studenten gehabt. Mehr als 150-160 sind wir nie gewesen. Die Zahl 200 stammt lediglich aus dem in bekannter DDR-Manier übertreibenden Rechenschaftsbericht des Dekans Erich Fascher aus Anlaß des 150-jährigen Universitätsjubiläums 1960. Nur im Herbst 1952, 1954, 1955 und 1956 wurden 40-45 Studenten neu immatrikuliert. Der Anfängerjahrgang 1953 war von vornherein durch die staatlichen Aktionen gegen die Junge Gemeinde an den Oberschulen im Winter 1952/53 stark dezimiert, und ab 1957 wurde die Zulassungszahl durch das Hochschulministerium erheblich reduziert. Das war damals die Antwort der DDR-Regierung darauf, daß gerade die EKD-Synodalen aus der DDR in politischer Verblendung die Annahme des unseligen Militärseelsofvertrages ermöglicht hatten. Eine weitere Antwort der DDR-Regierung auf den MSV war es, die vor allem die Schüler der 8. Klasse und deren Eltern ausbaden mußten, daß die Teilnahme an der Jugendweihe mit brachialen Mitteln im Schuljahr 1957/58 durchgesetzt wurde.

Darüber hinaus hatte der Rückgang der Studentenzahlen besonders zwischen 1968 und 1973 mehrere weitere Ursachen: das Wirken des schon erwähnten Dr. Römer als M/L-Beauftragter, die Einführung von Zivilverteidigung und militärischer Qualifizierung für die Studenten an allen Hochschulen und

Universitäten, d.h., eine Zulassung von wehrtauglichen Studenten erfolgte prinzipiell erst nach Ableistung des Militärdienstes, und am Ende des 2. Studienjahres stand ein sechswöchiges Lager für ZV (für Studentinnen und wehruntaugliche Studenten) bzw. ein Lager zur MQ unter militärischem Befehlsregime (für Studenten, die zum Wehrdienst eingezogen waren). Das war der Grund dafür, daß ein großer Teil der Männer, die Theologie studieren wollte, nicht an die staatlichen Sektionen kam, sondern die kirchlichen Ausbildungsstätten bevorzugte. Zeitweise waren wir daher eine ausgesprochene Studentinnen-Sektion (bis zu zwei Dritteln Mädchen). Es ist das unstrittige Verdienst von Heinrich Fink, daß er die strengen militärischen Vorgaben nach und nach auflockern konnte und gegen erheblichen Widerstand im Hochschulministerium durchgesetzt hat, daß alle männlichen Theologiestudenten, also nicht nur die gewesenen Bausoldaten, sondern auch die, die sich an der Waffe hatten ausbilden lassen, während des Studiums nur noch am ZV-Lagerteilnehmen mußten. Ein weiterer für die geringen Studentenzahlen um 1970 waren auch die geburtschwachen Jahrgänge der ersten Nachkriegsjahre. Man sehe sich daraufhin einmal die Pyramide des Lebensbaumes der DDR an, überprüfe aber auch einmal die Studenten/innen-Zahlen um 1970 am Sprachenkonvikt. Jedenfalls begann nach der Abberufung von Dr. Römer und der Rückkehr von Helmut Dressler ab 1973 die Zahl unserer Studienbewerber wieder kontinuierlich zu steigen, und bis zum Ende der 80er Jahre hatten wir etwa mit dem Sprachenkonvikt gleichgezogen. Die Anstrengungen von Sektionsangehörigen, den Herrn Römer wieder loszuwerden, werden sich vermutlich kaum schriftlich belegen lassen, weil sie mündlich konspirativ über legitime Kanäle gelaufen sind (Zur Beruhigung für mißtrauische Leser: Es waren keine Stasi-Kanäle!).

Unter Punkt 13 erwähnt Mau, daß die Dozenten des Sprachenkonvikts bei westlichen und ausländischen Kollegen anerkannt gewesen wären und es an Einladungen zu Gastvorlesungen und Kongressen nicht gefehlt habe. Sollte er es nicht wissen, daß auch Sektionsangehörige solche Einladungen erhalten haben? Ferner sollte er der Vollständigkeit halber auch hinzufügen, daß eine Teilnahme an Kongressen im "Devisenausland" für Sektionsangehörige weit schwerer zu realisieren war als für Konviktsdozenten. Für uns war es fast aussichtslos, die benötigten Reisedevisen von der Universität bewilligt zu bekommen, denn alle Bahn- oder Flugkosten ins westliche "Devisenausland" mußten prinzipiell in harter Währung bezahlt werden, und das bedeutete, daß die Einladenden nicht nur für unsere Aufenthaltskosten aufkommen, sondern auch unsere direkten Reisekosten tragen mußten. Dies Problem hatte das Sprachenkonvikt nicht. Infolge zentraler kirchlicher Vereinbarungen mit dem Finanzministerium (Welche Rolle spielte KoKo dabei?) konnten alle kirchlichen Dienstreisenden ihre Bahnfahrkarten hin und zurück in DDR-Mark bezahlen und außerdem pro Reise 100 DDR-Mark bei der Staatsbank in 100 DM umtauschen. Als Angehöriger der Sektion konnte man froh sein, wenn man für eine Reise einen sog. Sicherungsbetrag in harter Währung erhielt, der aber nur in Notsituationen in Anspruch genommen werden durfte und im allgemeinen nach der Rückkehr zurückzahlen war. Ich selbst kann aus eigener Erfahrung nur sagen, daß das "Geschäftsgebahren" der Reisetelle beim Kirchenbund in der Augustusstraße höchst dubios war und beispielsweise für Angehörige der Evangelischen Verlagsanstalt ebenfalls recht undurchsichtig. Ich brauche nicht zu betonen, welcher Kampf um Reisedevisen unter Sektionsangehörigen ausgetragen wurde: Jeder ein Einzelkämpfer und jeder gegen jeden, wobei niemand dem anderen einen Tip

zu dessen Vorteil gab, weil in dieser Frage jeder sich selbst der Nächste war.

Was Mau in Bezug auf Gastvorlesungen an der Sektion verschweigt, weil er nur das Sprachenkonvikt nennt, möchte ich hiermit ergänzen: Infolge der Abgrenzungstendenz in der DDR-Regierungspolitik bis mindestens zur KSZE-Schlußkonferenz 1975 in Helsinki, war es bis zu dieser Zeit für die Sektion recht schwierig, die für Gastvorlesungen nötigen Geldmittel und Genehmigungen zu erhalten. Vom Ende der 70er Jahre bis 1989 wurden regelmäßige Gastvorlesungen auch an der Sektion zur Selbstverständlichkeit. Zu den unstrittigen Verdiensten von Heinrich Fink gehört die Erweiterung von Einladungen zu Gastvorlesungen von Professoren aus der Bundesrepublik und dem deutschsprachigen westlichen Ausland. Nicht unerwähnt bleiben, sollen Gastvorlesungen im Zusammenhang mit ökumenischen Kolloquien, Symposien und anderen Anlässen, beispielsweise zum 40. Jahrestag des Endes des 2. Weltkrieges mit Vorlesungen in brechend vollen Hörsälen zu Füßen von Ernst Käsemann und Walter Jens.

In einem Fall möchte ich das Engagement von Fink zur Ermöglichung einer Gastvorlesung besonders hervorheben, weil ich daran selbst direkt beteiligt war. Seit etwa 1970 stand ich mit dem Herausgeber des Festung-Breslau-Tagebuches, das der katholische Geistliche Paul Peiker während der Belagerung der Stadt 1945 geführt hatte, dem polnischen Rechtshistoriker Karol Jonca, in regelmäßigem Briefwechsel. Bei einem Betriebsausflug nach Wrocław 1973 hatte er uns in die Aula Leopoldina des Universitäts-Hauptgebäudes und durch das Rathausmuseum geführt. Etwa 1976 hatte ich ihn im Auftrag der Sektionsleitung gefragt, ob er uns eine Gastvorlesung über die Kirchenpolitik des Nazistaates in den 1939

okkupierten polnischen Gebieten halten könnte. Da er aber als Dekan mehrere Jahre nicht abkömmlich war, wurde diese Gastvorlesung auf das Frühjahrsemester 1981 verschoben. Zu diesem Zeitpunkt war die polnische Krise ein halbes Jahr alt, und die Solidarnosc beherrschte weitgehend das öffentliche Leben in Polen. Die SED-Führung hatte kurz vor ihrem X. Parteitag größte Befürchtungen, die polnischen Unruhen könnten auf die DDR übergreifen und steuerte mit verleumderischen Mitteln zur Schürung alter deutscher Vorurteile gegenüber den Polen bei. Die Universitätsleitung in Gestalt des Rektors trug größte Bedenken, in dieser Situation einen polnischen Gast reden zu lassen, dessen politischer Haltung sie nicht sicher war und zögerte daher die Zustimmung lange hinaus. Fink konnte ihren Widerstand durch ein Umgehungsmanöver brechen, indem er der Universitätsleitung vorschlug, er würde in meiner Begleitung (auf Grund meiner polnischen Sprachkenntnisse) den Kollegen Jonca besuchen, um seine Haltung zu Solidarnosc und eine mögliche Gefahr für die innere Sicherheit der DDR zu erkunden. Wir haben also eine zweitägige Dienstreise nach Wrocław angetreten, unseren Auftrag aber keineswegs im Sinne der Universitätsleitung ausgeführt: Natürlich hatten wir Plauderstündchen mit Jonca zu seinem zukünftigen Besuch; im übrigen unternahmen wir eine Besichtigungsfahrt zu dem Barockkloster auf den Trebnitzer Höhen nordöstlich von Wrocław und besichtigten in der Stadt eine Ausstellung über die Morde an den polnischen Offizieren im Walde Katyn. Fink hat nach unserer Rückkehr die Universitätsleitung in einer Weise beruhigt, daß sie ihren Widerstand gegen die Gastvorlesung aufgab. Ich bin einige Tage nach der Gastvorlesung zum Fachreferenten für die theologischen Sektionen im Hochschulministerium bestellt und von ihm eingehend über meine Einschätzung der inneren Situation in Po-

len befragt worden. Dabei habe ich mir ein Vergnügen daraus gemacht, ihn gezielt zu desinformieren. Allerdings war zu diesem Zeitpunkt meine Sympathie für Solidarnosc noch recht groß. Das änderte sich Ende Juli nach persönlichen Erlebnissen in Polen und am Grenzübergang, als ich ihr Hasardspiel nach dem Motto "Je schlimmer die Situation in Polen, je besser für uns" durchschaute.

Mau hebt auf S. 18 das intensive interne Leben der Studenten und Dozenten des Sprachenkonvikts hervor (Mittagstisch, Andachten, Exkursionen, Semesterfeste und andere Feste). Darin unterschied sich das Sprachenkonvikt aber kaum von der Sektion. Ein gemeinsamer Mittagstisch war für uns aus technischen Gründen nicht möglich. Gleichwohl war es aber möglich, daß sich Studenten und Lehrkräfte in der Universitätsmensa sehen und treffen konnten, wenn sie wollten. Semesteranfangs- und Schlußgottesdienste mit Fachvorlesungen waren ein integraler Bestandteil des inneren Lebens der Sektion; dazu gehörten auch Adventsfeiern, Bälle, Betriebsausflüge und studentische Exkursionen. Mehr geistliches Leben, also wöchentliche Andachten, sind von den Studenten zwar immer wieder gefordert und von der Sektion auch eingerichtet worden, nur glänzten nach einer kurzen Anlaufphase gerade die Studenten durch Abwesenheit.

Es war auch keineswegs das Privileg des Sprachkonvikts, daß dorthin hochqualifizierte Angehörige aus anderen Berufen wechselten, um Theologie zu studieren, weil ihre bisherige Tätigkeit sie frustriert hätte. Mau meint, ihnen sei die Universität in einem solchen Fall sowieso verschlossen geblieben. Nun, wir hatten auch Studenten, die vorher bereits in einem anderen Beruf ausgebildet worden waren und in ihm gearbeitet hatten.

In einem Halbsatz (S. 16) stellt Mau die Behauptung auf, die Sektion habe an Aktivitäten mit dem Ziel mitgewirkt, dem Konvikt zu schaden, u. a. durch die von der Sektion verordnete Zensurtätigkeit. Gemeint ist mit dieser Andeutung, die Sektion habe zu eingereichten Manuskripten für die Evangelische Verlagsanstalt dem Amt für Literatur und Verlagswesen innerhalb des Kulturministeriums politisch bestimmte Gutachten zugeliefert, von denen die Druckgenehmigung abhängig gewesen sei. Ich schließe nicht aus, daß sich einzelne Sektionsangehörige dazu hergegeben haben könnten, aber dann als Privatpersonen und ohne Auftrag der Sektionsleitung. Wenn schon diese Andeutung in den Raum gestellt wird, dann bitte Name und Vorgang im einzelnen!!! Die Akten des DDR-Kulturministeriums im Bundesarchiv in Potsdam müßten dazu Auskunft geben können, aber auch nur sie, nicht irgenwelche Behauptungen und Gerüchte.

Auf S. 14/15 hebt Mau für das Sprachenkonvikt hervor, daß die Hauptdisziplinen doppelt besetzt waren, so daß wissenschaftliche Konkurrenz zwischen den Fachvertretern durch ihre je eigene Stoffbehandlung und damit Wahlmöglichkeiten für die Studenten bestanden hätten. Das gilt auch für die Berliner Sektion, allerdings mit einigen Abweichungen, die ich nicht verschweigen möchte. Im Fach Altes Testament haben alle Fachvertreter die in Betracht kommenden Vorlesungen gehalten. Im neuen Testament haben sowohl Schenke als auch Baumbach die exegetischen Vorlesungen Synoptiker, Johannes und Römerbrief sowie die neutestamentliche Theologie gehalten. Den 1. Korintherbrief und die Zeitgeschichte hat nur Baumbach vorgetragen, die Apostelgeschichte und die Einleitung nur Schenke. Komplizierter war es mit den Fächern, die auch vom Ehepaar Müller/Müller-Streisand vertreten wurden (Kircher-

geschichte und systematische Theologie). Dazu muß man zur Vorgeschichte wissen, daß sie seit ihrer Berufung über ein halbes Jahrzehnt einem faktischen Boykott ausgesetzt waren. Symptomatisch war ein studentischer Sketch auf dem Fakultätsball im Februar 1960. Frage: Was ist der Unterschied zwischen Müller und einem Telefon? Antwort: Das Telefon hat wenigstens einen Hörer. Das war nicht nur eine Feststellung, das war auch Programm. Seit der Berufung der Müllers 1958 bis zu Elligers Weggang nach Bochum (Ende 1963) standen Studenten, die bei ihnen hörten oder hören wollten, unter erheblichem politisch motiviertem Druck ihrer Kommilitonen. Daher war es menschlich verständlich, daß das Ehepaar bei der Sektionsgründung und der Neugestaltung des Vorlesungsablaufes alles daran setzte, etliche Vorlesungen zugesprochen zu bekommen, um sich dadurch einen festen Hörerkreis zu sichern. In der Kirchengeschichte kam es zu einer weitgehenden Aufteilung des gesamten Stoffgebietes zwischen Frau Müller-Streisand und Herrn Döpmann bis zu ihrer Emeritierung 1983.

Ansätze zu einer solchen Teilung gab es auch in der systematischen Theologie: Hansfried Müller las Dogmatik im Überblick und Hans-Georg Fritzsche Ethik im Überblick. Bei den ST-Spezialvorlesungen war diese Aufteilung weniger deutlich (Trinitätslehre, Schriftlehre, Christologie, Sakramentslehre, Eschatologie usw.). In dieser Hinsicht waren beide Fachvertreter relativ selbstständig und unabhängig, aber sie hatten auch recht unterschiedliche Konzeptionen: Während Fritzsche sehr starkes Interesse an ethischen Fragen hatte (siehe seine publizierte Evangelische Ethik), wollte Müller eigentlich keine spezifisch christliche Ethik gelten lassen. Die von Müller vorgetragene Dogmatik war durch seine Rede in sehr komplizierten Sätzen für die Studenten nicht ohne

weiteres verständlich. Er hatte in der Evangelischen Verlagsanstalt eine Dogmatik publiziert, die grün eingebunden war und von Studenten gelegentlich etwas ironisch als das "grüne Ungeheuer" bezeichnet wurde. Gleichwohl war Müller gegenüber Fritzsche beim mündlichen Staatsexamen der bessere Prüfungspädagoge, der auf Grund seiner ganzen Konzeption aber lieber Dogmatik als Ethik prüfte, wenn aber Ethik, dann mehr sozialethische als individuelle ethische Fragen.

In der praktischen Theologie war infolge der in letzter Zeit ungemein angewachsenen Stoff-Fülle die Aufteilung stärker: Jenssen las Liturgik, Homiletik und Seelsorge, Fink über Gemeindeleitung und Katechetik/Religionspädagogik. Im großen und ganzen war für die Studenten während ihres Studiums eine Wahlmöglichkeit zwischen unterschiedlichen Hochschullehrern also durchaus gegeben. Eine ausgesprochene Verschulung strebte um 1970 der Assistent für Erziehung und Ausbildung, Michael Glombitza, an. Er hatte für die Gestaltung des Studienablaufes sich viel zu viele Vollmachten herausgenommen und sie auch erhalten. Nach seinem Abgang in die "sozialistische Produktion" ohne Fertigstellung seiner Dissertation wurde nach 1973 vieles von dem wieder korrigiert, was unter seinem Einfluß installiert worden war, z.B. die Trimestereinteilung.

In dem Artikel von Mau zeigt sich auch das Unverständnis gegenüber einer an der Berliner Theologischen Fakultät traditionsreichen Disziplin, nämlich der Missionswissenschaft. Auch nach der offiziellen Annullierung dieser Bezeichnung durch die DDR-Hochschulreform wurden ihre Anliegen im Fachbereich Ökumenik in der Weise aufgenommen, daß der traditionelle Kanon der klassischen theologischen Disziplinen um ein sechstes Hauptfach erweitert wurde. Das

war durchaus Universitas litterarum auf kleiner Flamme.

Aus der Luft gegriffen ist die Behauptung Maus, an der Sektion wäre es eine nicht selten geübte Praxis gewesen, daß sich Professoren durch Dozenten oder Oberassistenten hätten vertreten lassen. Bitte dazu Name und Adresse! Ist damit vielleicht gemeint, daß Karl-Heinz Bernhardt in der Zeit als Sektionsdirektor die Alttestamentlichen Lehrveranstaltungen durch den langjährig ausgewiesenen Dozenten Ludwig Wächter und den Dozenten des kirchlichen Lehramtes Herbert Peucker in der Dienststellung eines Oberassistenten hat halten lassen? Jedenfalls hat die Qualität der alttestamentlichen Ausbildung darunter nicht gelitten.

Was meint Mau mit "Einbußen an gesamttheologischer Kompetenz und Ausstrahlung (ungeachtet fachlicher Spezialisierung)"? Ich finde es unberechtigt, daß Mau den Prof. Elliger als *die* theologische Identifikationsfigur der Zeit 1960 heraushebt (S.16).

Das waren Heinrich Vogel, Otto Haendler, Rudolf Hermann, Fritz Maass und Leonhard Rost mindestens im gleichen Maße. Außerdem hat Elliger mit den schweren Aufbaujahren nach 1945 gar nichts mehr zu tun: Er hat sich in das gemachte Nest gesetzt, als er 1950 aus Greifswald berufen wurde. Eine Identifikationsfigur für mindestens zwei Jahrzehnte bis zu seinem frühen Tod 1987 war Hans-Georg Fritzsche, den Mau nicht der Erwähnung für Wert hält. Leider war er persönlich nicht sehr kommunikativ, sondern etwas schwerfällig und unzugänglich. Seine Lehrbücher und Vorlesungen waren jedoch von internationalem Rang, und er war auch philosophisch eindeutig ausgewiesen. Weshalb kommt er bei Mau überhaupt nicht vor? Rechnet er ihn unter die "angstbesetzt Angepaßten"

oder "politisch Beflissenen"? Es sei nicht verschwiegen, daß Fritzsche in der Gorbatschow-Zeit für ein Gastsemester nach Münster eingeladen war, ebenfalls Hans Hinrich Jenssen für ein Gastsemester nach Wien. Auf S.15 erwähnt Mau ohne Namensnennung die Berufung von Baumbach vom Sprachenkonvikt an die Fakultät. Das geschah am 1. Sept. 1965. Ich gebe zuvor eine Kurzbiographie von Baumbach: Studium Anfang der 50er Jahre in Berlin und Basel, dann Aspirant und Promotion 1956. Ein Jahr Vikariat in Thüringen, zum 1. Sept. 1957 von Fascher als Assistent nach Berlin geholt, Habilitation im Herbstsemester 1961 für Neues Testament. Da 1960 schon Schenke auf eine neu eingerichtete Dozentur berufen worden war, die am 1. Sept. 1961 durch Emeritierung freigewordene Professur von Johannes Schneider aber aus Sparmaßnahmen im DDR-Hochschulwesen nicht gleich wieder besetzt werden sollte, Faschers Emeritierung aber noch einige Jahre in der Zukunft lag, hatte Baumbach zu diesem Zeitpunkt keine Chance zur Dozenturierung. Deshalb schied er zum 1. Sept. 1962 aus der Fakultät aus und übernahm eine Dozentur am Sprachenkonvikt. Die Fachreferentin im Hochschulministerium hatte ihm angedroht, an eine Universitätskarriere wäre für alle Zukunft nicht zu denken, wenn er zum Sprachenkonvikt gehen würde, Baumbach tat es aber dennoch. Nachdem diese Person von ihrem Posten abgelöst worden war (siehe Anfang dieses Aufsatzes), war 1965 die Situation für Baumbach wieder hoffnungsvoller. Fascher war 1964 emeritiert worden. An seine Stelle war zunächst Traugott Holtz aus Halle getreten, der aber nur ein halbes Jahr blieb, sondern auf den durch den plötzlichen Tod von Werner Schmauch verwaisten Lehrstuhl in Greifswald berufen wurde. Damit war der Weg für Baumbachs Rückkehr an die Fakultät, die er auch selbst wünschte, frei. Jenssen als Dekan hat sie beantragt und

durchgesetzt. Wo aber sind die von Mau angesprochenen "aktenkundigen Belege", daß Jenssen diese Berufung bei den staatlichen Stellen als begrüßenswerte Möglichkeit zur Schädigung des Sprachenkonvikts bezeichnet habe, dem die Müller-Fraktion mit der Begründung widersprochen habe, Baumbach sei keine politisch zuverlässige Person. Wenn diese Belege überhaupt existieren sollten, dann hat Mau sie zumindest in ihrem historischen Kontext nicht richtig zu interpretieren verstanden. Zusammen mit Döpmann sollte Baumbach zum 1. Sept. 1968 ordentlicher Professor werden. Die Berufungsurkunden waren bereits vom Minister unterschrieben, da kam durch die staatliche Finanzrevision zutage, daß der damalige Rektor in Zusammenarbeit mit dem Verwaltungsdirektor es verstanden hatte, durch Jonglieren mit den Begriffen Stellenplan und Arbeitskräfteplan das Finanzvolumen der HUB erheblich zu überziehen. An mehreren Fakultäten waren dieser Manipulation bereits ausgesprochene Berufungen zum Opfer gefallen. Auch der damalige Rektor mußte seinen Hut nehmen. Mit Mühe und Not konnte erreicht werden, daß Döpmann Anfang der 70er Jahre wenigstens zum a.o. Professor ernannt wurde. Die ebenfalls beantragte Ernennung von Baumbach scheiterte 1974 an einem von Studenten verursachten politischen Zwischenfall, der Baumbach angelastet wurde, weil er sie hatte gewähren lassen. Darüber in Einzelheiten zu gehen würde, über den Rahmen dieses Artikels hinausführen.

Am Sprachenkonvikt und seinem Lehrangebot hebt Mau hervor (S.14), es habe über die 5 Hauptfächer hinaus noch Angebote von Lehrbeauftragten in humanwissenschaftlichen Disziplinen gegeben (Sprache und Literatur, Psychologie, Soziologie usw.), während er an der Sektion mit negativ wertendem Unterton die Tendenz kritisiert, die Hauptfächer "mit einem Kranz von Spezial-

disziplinen zu umgeben", deren Studienleistungen auch an die Stelle derer in den Hauptdisziplinen hätten treten können. Wo sollte dies wohl geschehen sein? Ich könnte als jahrzehntelanger Sekretär der Prüfungskommission mich an keinen entsprechenden Beleg für diese Behauptung erinnern. Oder meint er damit, der Lehrinhalt der sektionsspezifischen Fächer Religionsgeschichte, Ökumenik, Kirchenkunde der Orthodoxie, Judaistik und Christliche Archäologie und kirchliche Kunst sei nur Allotria gewesen und habe für zukünftige Pfarrer keine Bedeutung?

Mau konstatiert zwar die selbstverständliche Möglichkeit eines Studienplatzwechsels zwischen den 3 kirchlichen Ausbildungseinrichtungen in Naumburg, Leipzig und Berlin, erwähnt aber nicht, daß es auch zwischen den sechs theologischen Sektionen der DDR diese Möglichkeit gab, auch die Möglichkeit, von einer kirchlichen Ausbildungsstätte zu einer Sektion zu wechseln und umgekehrt. Davon ist Gebrauch gemacht worden, allerdings nicht in ausgehntem Maße.

Auf S.20 deutet Mau an, Anfang der 60er Jahre habe es mehrfach "Aufhebungen des Dienstverhältnisses mit unverhohlener kaderpolitischer Begründung" gegeben. Ich kann mir denken, wen und was er damit meint und will diese "Fälle" etwas entmythologisieren und die richtigen Relationen herstellen:

Fall 1: Joachim Rogge, heute Honorarprofessor und Bischof in Görlitz. Er hat nach seinem Fakultätsexamen in außerordentlich kurzer Zeit Promotion und Habilitation abgeschlossen (1953-59). Da 1969 der kirchengeschichtliche Lehrstuhl von Elliger und die Honorarprofessur mit Dreß besetzt war, bestand zu diesem Zeitpunkt für Rogge keine Aussicht auf Beförderung. Es ist mir

aber auch nicht bekannt geworden, daß Elliger sich um Rogge besondere Mühe gemacht habe. Es ist im Gegenteil zu vermuten, daß er in ihm mit sicherem Gespür einen möglichen Konkurrenten gesehen hat, kein Wunder bei Rogges wissenschaftlichen Fähigkeiten und rhetorischer Begabung. Jedenfalls wollte Elliger als Nachfolger für Rogge einen zukünftigen Verwandten haben und wünschte dessen Einstellung als Assistent. Natürlich war Elliger auf Grund seiner politischen Haltung bei den staatlichen Stellen der DDR nicht beliebt, und da er sich bei diesem Versuch zu Nepotismus eine Blöße gegeben hatte, war es ein Leichtes, einen Grund für die Ablehnung von Elligers Wunschkandidaten zu finden. Jedenfalls blieb die Assistentenstelle nach Rogges Ausscheiden und Übergang zum Sprachenkonvikt längere Zeit unbesetzt, bis sich Elliger zu einem anderen Kandidaten durchgerungen hatte: Heinz Hoffmann. Dieser konnte zwar noch seine Promotion bei Elliger abschließen, bis dieser nach Bochum berufen wurde (Ende 1963), aber da Rosemarie Müller-Streisand danach Elligers Professur erhielt, war für ihn als Elligerschüler keine Perspektive an der Fakultät mehr vorhanden. Erging in den kirchlichen Dienst. Das kaderpolitische Unrecht, das 1959 an Rogge geschehen ist, hat die Sektion auf Finks Initiative hin in gewisser Weise wieder gut zu machen versucht: Er wurde Honorarprofessor und erhielt einen Lehrauftrag für sein Spezialgebiet der Reformationsgeschichte. Die Verleihung des theologischen Ehrendoktors, den Rogge im Herbst der Wende (1989) erhielt, ist auch bereits vor der erkennbaren Umwälzung in der DDR in die Wege geleitet worden.

Fall 2: Hans-Georg Müller-Zetzsche. Er war seit 1956 Assistent und hat im Herbstsemester 1961 eine Dissertation über ein kirchenrechtlich-philosophisches Thema verteidigt,

sich aber im Zusammenhang der Disputation in der äußerst brisanten Situation des Herbstes 1961 nach dem Bau der Mauer unvorsichtigerweise politisch sehr weit "aus dem Fenster gelehnt", so daß die beiden Gutachter, der Kirchenjurist Prof. Strasser und die Religionsphilosophin Prof. Lieselotte Richter, in politischer Hinsicht "kalte Füße bekamen" und in ihrer Sorge um ihre eigene Position einen rückhaltlosen Einsatz für Müller-Zetzsche vermissen ließen. Die Anerkennung der Dissertation konnte sie mit Unterstützung des Dekans Fascher zwar gegen den anfänglichen Widerstand der Universitätsleitung nach einigen kleineren Korrekturen am Text der Arbeit durchsetzen, aber für den Verbleib an der Universität setzten sie sich jedenfalls nicht mit dem notwendig gewordenen Nachdruck ein. Müller-Zetzsche schied im Frühsommer 1962 aus der Fakultät aus und übernahm ein Pfarramt.

Fall 3: Rudolf Mau selbst: Rudolf Hermann hatte ihn bei seiner Berufung aus Greifswald 1953 als Assistenten mit nach Berlin gebracht. Hermann wurde 1957 70 Jahre alt. Obwohl schon emeritiert, hielt er mit Lehraufträgen unverdrossen weiter gut besuchte Vorlesungen und Seminare. Ganz überraschend starb er im Frühsommer 1962, zu seinem Zeitpunkt, als Mau dann zwar schon promoviert war, aber seine Habilitationsschrift noch nicht fertiggestellt hatte. Damit geriet er in eine häufig vorkommende und persönlich tragische Situation: Er hatte zu einem entscheidenden Zeitpunkt seinen wissenschaftlichen Förderer verloren. Der Hauptgutachter seiner abgeschlossenen Habilitationsschrift wurde der Hermannschüler Erdmann Schott aus Halle. Aber an der Fakultät setzte sich keiner der zuständigen Fachvertreter für ihn ein, die aus einem anderen theologischen "Stall" kamen, so daß Mau 1964 aus der Fakultät ausschied und zum Sprachenkonvikt ging. In Anbe-

tracht des geschilderten Hintergrundes würde ich mit der pauschalisierenden Wertung vorsichtig sein, es habe sich um unverholene kaderpolitische Begründungen gehandelt. Außerdem würde ich nicht den herabsetzenden Ausdruck "Totalität politischer Agitation, Beflissenheit und Angepaßtheit" gebrauchen und mir eher die Zunge abbeißen, als so pharisäerhaft über Kollegen zu reden.

Total verschwiegen wird von Mau auch Finks Engagement in der Berufungspolitik während der 80er Jahre. Ohne seinen Einsatz hätte weder die Beförderung von Ludwig Wächter, Günther Baumbach, Hans-Dieter Döpman, Gerlinde Strohmaier-Wiederanders, Stephan Schreiner und wohl noch einiger anderer kaum geklappt. Dabei ist die wissenschaftliche Qualifikation der namentlich genannten unstrittig, doch das allein genügte bekanntlich zu DDR-Zeiten nicht. Das war damals auch deutlich und wurde von jedem gewußt, nur für die Gegenwart unternimmt Mau den mißglückten Nachweis, daß es jetzt anders ist, nämlich bei seiner Wertung der durchgeführten Evaluierung durch die Struktur- und Berufungskommission. Sie hat bekanntlich in den Fällen Carl-Jürgen Kaltenborn, Heinrich Fink, Dieter Kraft und Brigitte Kahl geurteilt, daß ihre wissenschaftliche Qualifikation trotz des erworbenen Titels Dr. sc. unzureichend sei. Mau meint, daß politische Kriterien in diesem Fall nicht zur Anwendung gekommen seien. Formal betrachtet ist das nicht falsch. Niemand der Genannten hat es schriftlich bekommen, daß hinter der negativen Evaluierung politische Vorgaben stehen.

Bei der Evaluierung hat es seltsamerweise gerade die getroffen, die sich in besonderer Weise in der Christlichen Friedenskonferenz engagiert hatten. Dabei sollten die Kritiker wissen, daß die CFK nun einmal die Orga-

nisation für die staatliche Sektion war, und dadurch auch die ökumenische Öffnung des Theologiestudiums zu bewerkstelligen. Angesichts der jetzt entstandenen Situation merkt jeder Kenner die Absicht und ist verstimmt. Hinter dem vorgeschobenen Grund der unzureichenden wissenschaftlichen Qualifikation verbirgt sich der getarnte politisch-ideologische Knüppel, der nur mühsam durch ein vertrocknetes Feigenblatt verhüllt ist.

Ist die heutige neue Situation der Fakultät wirklich eine so unvorstellbar viel bessere geworden, wie Mau meint? Die evangelische Kirche im "Beitrittsgebiet" steht doch in der außerordentlich großen Gefahr, einem neuen, allerdings geschickt getarnten Totalitätsanspruch anheim zu fallen. Was wird angesichts staatlicher Großzügigkeit gegenüber einer wohlgelittenen Kirche und Fakultät von uns an neuen Anpassungsgeboten erwartet? Diese Erwartung wird kaum so deutlich wie zu DDR-Zeiten artikuliert werden, aber die Versuchung durch das "goldene Kalb" ist umso gefährlicher. Man will deutlich eine staatsstützende, wenn nicht gar staatstragende Kirche: Religionsunterricht an den Schulen, Einziehung der Kirchensteuer durch die Staatsmacht und Militärseelsorge sind die einstweiligen Versuche der Korruption. Die SED wollte die Kirche eindämmen und zurückdrängen, als Fernziel sie ausschalten; heute läuft auf verschiedenen Schienen der Versuch zur Gleichschaltung. Die Zeit der NSDAP mit den DC als ihren ideologischen Helfershelfern liegt doch noch gar nicht lange zurück. Die heutigen Versuchungen sind deshalb soviel gefährlicher, weil getarnter und undurchschaubarer.

Mau erweckt den Eindruck, als sei seitens der Sektion überhaupt nichts geschehen, um die Wende zu ermöglichen und ihre ursprünglichen Anliegen politisch und gesell-

schaftlich zu fördern. Heinrich Fink jedenfalls stand insofern mit in den vordersten Reihen, indem er sich für diejenigen Studenten/innen und Mitarbeiter/innen der Sektion einsetzte, die sich an der Vorbereitung und Durchführung der ökumenischen Versammlungen für "Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung" beteiligten und sich so gegenüber dem Staat exponierten. Wenn diese eingeforderten Veränderungen mit dem DDR-Staat versucht werden wollten, aber doch nur gegen ihn auf den Weg der Verwirklichung gebracht werden konnten, war das ein politischer Irrtum, den sich die Reformkräfte des Ostens gleichermaßen wie die Politiker des Westens eingestehen müssen.

Mein Gesamturteil über Maus Aufsatz kann nur folgendermaßen lauten: Er ist gekennzeichnet durch eine penetrante Selbstbekehrung des Sprachenkonvikts und einen weithin leichtfertigen Umgang mit den Quellen. Dabei schöpft er bei seinen Pauschalurteilen weithin aus den trüben Quellen zweiter Hand, d.h. aus der Gerüchteküche der mündlichen Tradition. Für einen Zeithistoriker ist das ein besonders unverzeihliches Verfahren: Von seinen unterschwelligen Unterstellungen können angesichts der heutigen schwarzen politischen-ideologischen Inquisition Lebensschicksale abhängen. Ich sehe eine große Versuchung für die theologischen Fakultäten darin, das Triumphgewand einer REGINA angeboten zu bekommen. Mir war ihr fleckiges Aschenputtelgewand der ANCILLA in der DDR-Zeit das angemessenere Ehrenkleid.

*Joachim Rohde, Neutestamentler, zusammen mit Christian Wolff und Udo Schnelle Herausgeber des Theologischen Handkommentars zum Neuen Testament, Assistent seit 1958, ab 1966 Oberassistent, Promotion 1962, Habilitation 1970, nicht zum Hochschullehrer berufen*

## BERICHT

### Viel Aufwand, um anzulangen, wo wir schon vor zwei Jahren waren

Der Runde Tisch der StudentInnenschaften in Friedrichsbrunn (Ostharz) und Fortfolgendes

Wir aus der (nicht mehr sowjetisch) besetzten Zone wissen zwar immer noch nicht so richtig, was - um ein Beispiel zu nennen - die Mehrwertsteuer nun eigentlich ist außer Kohle, die uns zusätzlich abgezockt wird. Aber wir wissen dafür beispielsweise, was ein Runder Tisch ist. Nämlich erstens durchführbar ohne Tisch, also auch ohne runden. Zweitens ein Widerspruch in sich: eine institutionalisierte Nicht-Institution. Drittens eine Sache, die an einem ganz bestimmten Punkt durchgeführt wird: Wenn traditionelle Institutionen und Abläufe nicht mehr weiterkommen, d.h. bezüglich bestimmter Probleme funktionsunfähig sind. Und deshalb viertens: Ein Zusammentreffen von Leuten, die irgendetwas oder auch sich selbst vertreten, unabhängig von Legitimitäten, um zunächst mal *anders* als tradierte Institutionen ein (oder mehrere) Problem(e) zu lösen. Wie das dann geschieht, ist den Beteiligten des Runden Tisches überlassen und entwickelt sich prozessual.

Seit dem Zusammenbruch der vereinigten deutschen Studentenschaften (vds) 1990 gab es eine intensive Diskussion um eine strukturelle Verdichtung der bundesweiten Zusammenarbeit der StudentInnenschaften - bekannter unter dem nicht ganz korrekten Namen "Dachverbandsdebatte". In dieser Diskussion hatten sich die etablierten Struk-

turen studentischer Interessen- bzw. Selbstvertretung mittlerweile als funktionsunfähig erwiesen. Zahlreiche Ansätze gab es: Gründung des Büros der Asten und StudentInnenRäte (BAS) im Sommer 1990, BundesAsten- und -StudentInnenRäte-Treffen (BAST) im November 1990 in Bremen, studentischer Kongress "Hochschule und Gesellschaft" im Januar 1991 in Ffm., mehrere Treffen des BundesAsten-Usten-StuRa-Ausschusses (BAUSA) usw. Sie sind sämtlich gescheitert. (Was nicht heißen soll, daß es auch überhaupt keinen Spaß gemacht hätte.) Neue Ideen brauchte die (heiß erwünschte) Bewegung. Die fanden sich so schnell nicht. Also: Aus alt mach neu. Ossi griff in die Mottenkiste friedvoll-revolutionärer Erfahrungen anno 1989 und förderte die geniale Idee zutage: Runder Tisch. Angepaßt an das konkrete Erfordernis: Runder Tisch der StudentInnenschaften.

FKS (Freie Konferenz der StudentInnenschaften an Fachhochschulen) und KdS (Konferenz der StudentInnenschaften, Dachverband ostdeutscher StudentInnenRäte) stürzten sich mit Vehemenz in die Vorbereitung dessen, was ganz anders sein sollte als alles bisherige. Schließlich startete das Ding am 22. Mai 1992 in Friedrichsbrunn (Ostharz), im ehemaligen Pionierferienlager des ehemals Volkseigenen Be-

triebessprengstoffwerke Schönebeck, letzteres noch nicht ehemals. Über einhundert TeilnehmerInnen von 48 ASten, StuRä, studentischen Initiativen und Verbänden waren angereist.

Wie üblich, kann das schwerste Versäumnis erst hinterher konstatiert werden. Die Veranstalter hatten vorausgesetzt, alle wußten um die Spezifik eines Runden Tisches. Sie hatten also, wie sich herausstellte, versäumt, an den Anfang ein Seminar zu setzen: zu den spezifischen Differenzen und Leistungsfähigkeiten von Kongressen bzw. Runden Tischen. Die Auswirkungen waren fatal: Die meisten kamen wie zu einem Kongreß. Das heißt, die besondere, nicht delegierbare Verantwortung aller einzelnen TeilnehmerInnen für den Ablauf eines Runden Tisches war weitgehend nicht begriffen. Also begann die Sache auch wie ein Kongreß: Die angeregte Diskussion um den Ablauf und die Struktur des Runden Tisches wurde als überflüssig gebrandmarkt, denn: Die OrganisatorInnen hatten doch in fleißiger Vorarbeit einen Tagesordnungsvorschlag erstellt. Daß dieser primär als Anregung gedacht war oder als Rettungsanker für den Zeitpunkt, wo die Ansammlung der IndividualistInnen sich über die Tagesordnung heillos zerstritten hat, wurde nicht reflektiert. Folglich aber wurde dieser Ablaufplan, wie bei Kongressen solcher Zusammensetzung eben üblich, dann auch zur Halbzeit der Veranstaltung massiv kritisiert. So als ob irgendjemandem etwas aufgezwungen worden war. Ist schon beeindruckend für den soeben dem autoritäreren Regime entflochtenen Ossi zu sehen, wie die freiheitlich-demokratisch-grundgeordneten jungen BürgerInnen mit der Mündigkeit umzugehen verstehen.

Der als Anregung gedachte Tagesordnungsvorschlag war von einem wesentlichen Defizit der bisherigen Dachverbandsdebatti-

schen Veranstaltungen ausgegangen: Es wurde bei diesen zuvorderst immer über Strukturen geredet - nein, nein, nicht unwichtig, schon in der Russischen Revolution war die Organisationsfrage zentral! Aber: Ohne zu wissen oder sich darauf zu einigen, wozu eine bestimmte Struktur da sein und was in ihr angefangen werden soll, wird die Sache über das kreißende Stadium wohl nicht hinauskommen. Oder es entsteht eine Fehlgeburt wie das Büro von ASten und StudentInnenRäten (BAS, bislang ohne letztere). (Ist nicht persönlich gemeint, aber ursprünglich sollte der 1990 niedergekommene Informationszusammenhang ja sukzessive zum Dachverband mutieren.)

Wie könnte nun ein entscheidender Impuls zur Diskussion der Inhalte gegeben werden? Die OrganisatorInnen des Runden Tisches dachten sich: Indem eine Aufarbeitung der Defizite des Vergangenen eingang gesetzt wird. Denn erstens ist darüber bislang noch nie eine systematische Auseinandersetzung geführt worden. Und zweitens hat ja studentische Politik immer mit ihrer eigenartigen Geschichtslosigkeit zu kämpfen - strukturell bedingt, Stichwort: permanente Generationswechsel. Als dann, meinten die in der Vorbereitung Engagierten: Bieten wir eingangs eine Diskussion zur Geschichte studentischer Bewegung und speziell zu deren Fehlern an. Wenn es kein Interesse findet, kann es ja abgelehnt werden.

Das mangelnde Interesse an der Selbstorganisation der Veranstaltung war stärker als das Desinteresse an der eigenen Vergangenheit: Weshalb begeisterte Zustimmung zum Vorschlag geheuchelt wurde. Die Referate wurden eingang gesetzt. Das Projektarchiv von der FU Berlin (sammelt die papiergewordenen - und meist papierbleibenden - Zeugnisse studentischer Politik)

erörterte seine Sicht der vds-Geschichte und insbesondere der vds-Agonie. Die KdS stellte die Entwicklung studentischen Bewegenseins in Ostdeutschland vom Herbst '89 bis Mitte '92 vor. Beides wurde maßvoll diskutiert. Derart historisch informiert schritt die Versammlung sodann zum nächsten Punkt der nichtoktroierten Tagesordnung: Kenntnisnahme der bisherigen Aktivitäten für einen bundesweiten Dachverband sowie Selbstvorstellung einer Reihe von bestehenden Strukturen (Bundes-Fachschaf-Tagungen, Bundessozialreferen-Tinnentreffen, Landes-Asten- bzw. -StuRä-Konferenzen u. dgl.). Zwischendurch fanden auch immer schon mal kleinere Aussprachen zur künftigen bundesweiten Struktur statt.

Zunächst zaghaft, dann immer massiver platzte der/dem einen oder anderen währenddessen der Kragen: Mensch sei hierher gekommen, um den Dachverband zu gründen, wie es in der Einladung stand! (Stand dort keineswegs.) Stattdessen werde die wertvolle Zeit vertan mit Vergangenheitsbewältigung, die nichts bringe! (War anfangs anders artikuliert worden.) Wann komme die Runde denn nun endlich zu den STRUKTUREN?! (Also wie gehabt.) Zumal dafür genügend Vorschläge vorlägen! (Werden seit zwei Jahren ununterbrochen produziert: Ohne Massen vom Hocker zu reißen.) Na, und so weiter.

Schließlich wurden die Konflikte noch überlagert durch eine spezifische Ausprägung des Ost-West-Gegensatzes. Der Runde Tisch fand nicht in einem Congress Center statt, sondern in einem Ferienlager mit Personal auf Kurzarbeit. Auch aus Kostengründen mußte die Verpflegung selbst organisiert werden. Der sprichwörtliche ostdeutsche Altruismus, überformt noch durch die nachwirkende staatskollektivistische Sozialisation und die kommunistisch indoktrinierte Neigung zur Selbstversorgung, trieb an-

fangs die Ossis in die Küche. Außerdem haben ja auch Ossis Hunger. Doch dann blieben sie dort weitgehend allein. Das regte sie naturgemäß auf. Wessi wälzt die Probleme der (studentischen) Welt (und findet eh keine Lösung) und Ossi pudelt an Abwaschbecken und Kochtopf. Das ist ja wie im richtigen Leben! Die Erregung steigerte sich: Regelmäßig delegierte die Küche jemanden ins Plenum zur Publikumsbeschimpfung. Anschließend folgte jeweils die aufgeregt vorgetragene Aufforderung zur Mitarbeit an den Aufgaben zur Reproduktion der elementaren Lebensfunktionen. Derart deutlich drauf aufmerksam gemacht, fanden sich dann auch immer ein paar Freiwillige. So konnte mehrmals gerade noch die Gründung eines Komitees für Gerechtigkeit abgewendet werden.

Der Konflikt wurzelte in verschiedenem. Zunächst war eingangs die Sache der Selbstversorgung schlicht nicht deutlich dargestellt worden. Das wäre Voraussetzung gewesen, um die Congress Center-Mentalität, mit der studentische West-FunktionärInnen gewöhnlich reisen, zu unterhöhlen. Zum zweiten eignete natürlich ein Teil der Anwesenden ein gewisse Faulheit. Auch wenn die Diskussionen als öd empfunden wurden, konnte mensch sich ja noch bräunen lassen. Denn das Plenum lag im Gras. Zum dritten stand auch in Friedrichsbrunn die Aufhebung der Arbeitsteilung historisch noch nicht auf dem Programm. Und mensch war ja wesentlich zum Diskutieren angereist. Zum vierten war die Küche auch kommunikativer Fluchtpunkt: für einen Teil der von der Zähigkeit der Diskussion entnervten ostdeutschen TeilnehmerInnen. Das freilich muß gleichfalls gesagt werden. Es ist im Osten zum einen vielfach noch nicht verinnerlicht, daß demokratisch organisierte Aussprache auch das Ertragen der (vermeintlich oder tatsächlich) überflüssigen Debattenbeiträge einschließt. Zum ande-

ren empfinden ostdeutsche TeilnehmerInnen viele Diskussionen deshalb als unnötig, weil sie auf einem völlig anderen (nämlich westdeutschen) Erfahrungshintergrund stattfinden. Das zu durchbrechen, ist eine gemeinsame Aufgabe: Wenn gemeinsame ost-west-deutsche Kommunikation wirklich gewollt wird. Westdeutsche können bei bestimmten Stichworten nicht den Rattenschwanz von Assoziationen, die Jahrzehnte westdeutscher Auseinandersetzungen beinhalten, unerläutert voraussetzen. Ostdeutsche sollten nicht nur das Verständnis für einundvierzig Jahre DDR-Geschichte einfordern, sondern sich auch um Kenntnisnahme von vier Jahrzehnten Bundesrepublik und der darin stattgefundenen Auseinandersetzungen bemühen. Soweit diese arroganten Belehrungen. Jetzt erstmal wieder etwas versöhnlicherisch:

Bei all dem war ja der Runde Tisch in Friedrichsbrunn nicht ergebnislos. Es ging nicht ohne Strukturdebatte, und sie hat sogar etwas gebracht:

(1) Zunächst wurde die schwere Geburt vollbracht, den Unterschied zwischen Dachverband und Netzwerk zu klären. (Der *Dachverband* ist so ein Ding mit Mitgliederversammlungen, die Bindendes beschließen, und einem Vorstand, der Verbindliches macht. Das *Netzwerk* verknüpft Knotenpunkte, welche die Aktivitäten tragen, und entsteht in einem Selbstorganisationsprozeß. Was impulsgebende Initiativen für letzteren nicht ausschließt.) (2) Dann konnten sich die Anwesenden auf ein Nächstes einigen: Die Verknüpfung der Knotenpunkte von Aktivitäten, also die Selbstorganisation eines Netzwerkes sollte initiiert werden. Dabei wurde voraussetzlich festgehalten: Netzwerke können nicht gegründet werden. Sondern sie bilden sich: Wenn es bei den jeweiligen Akteuren ein Bedürfnis nach Vernetzung gibt. Möglicherweise zu vernetzende

Knotenpunkte sind in bestehenden Strukturen zu suchen: wie etwa Fachschafftagungen, vorhandene Verbände wie FKS, KdS oder BAS, Landes-Asten- bzw. -StuRä-Konferenzen usw. (3) Zum weiteren sollte festgestellt werden: Wo fehlen die für ein Netzwerk der StudentInnenenschaften notwendigen Knotenpunkte noch. Deren Bildung sollte dann animiert werden.

Die Intentionen, sich auf diese drei Punkte zu einigen, waren durchaus unterschiedlich: Die einen sehen im Netzwerk das Modell der Zukunft. Es könnte Basisnähe verbinden mit struktureller Verdichtung der bundesweiten Zusammenarbeit der StudentInnenenschaften. Und es würde vor allem der internen Ausdifferenzierung der bundesdeutschen Studierendenschaft Rechnung tragen können. Die anderen sehen im Netzwerk einen Nukleus. Aus diesem könnte sich der künftige, eigentlich angestrebte Dachverband naturwüchsig herausbilden.

Schließlich wurde sich auch noch auf die Durchführung eines weiteren Runden Tisches im Wintersemester und einen Termin für eine nächste Besprechung geeinigt: Vom 12. bis 14. Juni sollte in Essen der Studierendenkongreß POSITION! stattfinden. Es wurde verabredet, sich am Rande dessen Zeit zu nehmen für weitere Beratungen. Insbesondere sollten dort bis dahin angestellte Überlegungen zu den Knotenpunkten und der Art von deren Vernetzung diskutiert werden.

Was im letzten Satz wie ein Konjunktiv klingt, muß mittlerweile als Präteritum gelesen werden. Denn Essen war für den Fortgang der angestrebten Vernetzung ein Fiasko. Die Diskussionen in Friedrichsbrunn hatten für die meisten in Essen offensichtlich nicht stattgefunden. Den wenigsten kann dabei zugute gehalten werden, daß sie etwa in Friedrichsbrunn abwesend ge-

wesen wären. Als ob es nicht nächtelangen Streit mit überraschenden Einigungen auf Grundsätzliches gegeben hätte in der entspannten Harzer Atmosphäre. In Essen begann mensch sofort wieder, Dachverbandsmodelle vorzustellen und diskutiert haben zu wollen. Wenige, die dem widerstanden. Auf gelegentliche Ermahnung hin wurde zwar bisweilen auch von *Netzwerk* gesprochen, doch *inhaltlich* unverdrossen weiter von allen möglichen Dachverbänden.

Selbstverständlich brachten diese Gespräche in der Sache nicht weiter. Doch die Meister des Selbstbetrugs verabredeten einen neuen Termin für den nächsten Runden Tisch, um die netzwerklich drapierte dachverbandliche Erregung dem erlösenden Höhepunkt zuzuführen. Dieser Termin ist vom 27. bis 29. November 1992. Ein Ort wird noch gesucht.

Inzwischen gibt es auch das Manifest dieser etwas unseriösen - weil bereits erarbeitete Ergebnisse ignorierenden - Diskussionen. Es ist die Einladung zu einem Vorbereitungstreffen für den Zweiten Runden Tisch am 15. Oktober in Düsseldorf, unterzeichnet von VertreterInnen der Asten FKAachen, Uni Düsseldorf, FH Köln und der FKS.

Ausgewählte Zitate: "... soll der zweite Runde Tisch vorbereiteter ablaufen als der erste". (Dann sollte er ehrlicherweise sonstwie,

aber nicht "Runder Tisch" genannt werden.) "Er soll dem konkreten Ziel der Gründung eines Netzwerkes dienen." (Gegründet werden Familien, Banken oder Dachverbände. Netzwerke dagegen können sowenig gegründet werden wie Liebesbeziehungen, Kartelle oder Seilschaften: Sie bilden sich.) "Dazu müssen schon im Vorfeld Modelle zur Struktur und zur Finanzierung entwickelt und Entwürfe für eine Gründungserklärung geschaffen werden." (Wem nur verschließt sich jetzt immer noch der signifikante Unterschied zwischen Dachverband und Netzwerk?!) "Der Runde Tisch... muß... durch einen gut geplanten Ablauf...", "... soll geplant werden, was für Referate und welche Arbeitsgruppen sinnvoll sind, wer die Arbeitsgruppen moderiert etc." (Wissen jetzt endlich alle um die fundamentalen Differenzen von Kongressen und Runden Tischen?!)

Was nun also entstehen soll, hätte bereits eher entstehen können. Ein Menge Diskussionen wäre uns erspart geblieben. Diejenigen, die schon vor zwei Jahren keinen hierarchisch aufgebauten bundesweiten Dachverband haben wollten, der sich primär als studentischer Lobbyist - und mehr nicht - versteht - sie werden auch jetzt fernbleiben.

*Pas Ternack (Leipzig)*

## Unverhofftes Geld für Universität Leipzig

Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Prof. Dr. Rainer Ortleb, besuchte am 14. Mai 1992 die Universität Leipzig. Neben Gesprächen mit der Hochschulleitung und Studentenvertretern übergab der Bundesbildungsminister einen Scheck in Höhe von 620 000 DM an die Universität Leipzig. Sie besaß, ohne es zu wissen, seit Kriegsende auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik Vermögenswerte, die nun durch Bundesminister Ortleb dem rechtmäßigen Besitzer überreicht wurden. Diese Gelder waren vom Bundesministerium zur Verwaltung an die deutsche Ausgleichsbank gegeben worden.

„Auch wenn es sich im Rahmen der deutschen Einheit und deren Kosten nur um einen relativ bescheidenen Betrag handelt, so zeigt es doch, daß der Einheitsgedanke über Jahrzehnte hinweg bewahrt worden ist. Außerdem dokumentiert es den rechtsstaatlichen Umgang mit treuhänderischen Vermögenswerten“, erklärte Ortleb bei der Scheckübergabe. Der Bundesbildungsminister wies darauf hin, daß sich das Vermögen durch gute Anlagen von 1969 (260 000 DM) bis heute mehr als verdoppelt habe.

Auch die Technische Universität Dresden, die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg sowie die Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald erhalten die ihnen zustehenden Gelder zurück. Der dickste Brocken nach der Uni Leipzig steht der Uni Greifswald mit 158 000 DM zu. Die Uni Halle-Wittenberg bekommt 45 000 DM zurück und die TU Dresden darf sich über 14 000 DM freuen. □

aus Informationen Bildung Wissenschaft  
(hg. vom BMBW) 5/92

## 21 Fachhochschulen zum Wintersemester 1992/93

In seinen „Empfehlungen zur Errichtung von Fachhochschulen in den neuen Ländern“ vom 5. Juli 1991 hat der Wissenschaftsrat die Errichtung von 20 Fachhochschulen an 26 Standorten in den neuen Ländern mit einer Gesamtkapazität von zunächst 52 000, später 63 000 flächenbezogenen Studienplätzen vorgeschlagen. Inzwischen sind in Berlin (Ost), Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen Fachhochschulen errichtet worden.

Zum Wintersemester 1992/93 wird es in den neuen Ländern insgesamt 21 staatliche Fachhochschulen mit mehr als 170 Ausbildungsangeboten (Ingenieurwissenschaften 105, Wirtschaft 16, Sozialwesen 8 und Informatik 19) geben. Damit überwiegen die traditionellen FH-Studienangebote auch hier. Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt planen aber für die Zukunft zum Beispiel internationale und neue Studiengänge für medizinische Assistenz- und Pflegeberufe.

Zu den staatlichen kommen drei Fachhochschulen in privater Trägerschaft hinzu, die Katholische Fachhochschule für Sozialwesen, Berlin, die Evangelische Fachhochschule für Sozialwesen, Dresden, und die Fachhochschule der Bundespost/Telekom, Leipzig.

In Sachsen wird darüber hinaus die Errichtung einer Fernfachhochschule für Ingenieurwesen erwogen.

An den 16 Fachhochschulen, die bereits zum Wintersemester 1991/92 den Lehrbetrieb aufgenommen haben, studieren derzeit 7 270 Studenten. Etwa ein Drittel sind Fach- und Ingenieurschulabsolventen, die im Wege der Zusatzqualifizierung im Sinne des KMK-Beschlusses vom 10./11. Oktober 1991 das FH-Diplom erwerben wollen.

Die Fachhochschulen in den neuen Ländern unterscheiden sich zum Teil

erheblich von den Fachhochschulen in den alten Ländern.

So gehört zum Beispiel anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung in allen neuen Ländern zur Aufgabe der Fachhochschulen.

Mit Ausnahme von Thüringen sehen die neuen Länder Möglichkeiten einer kooperativen Promotion für besonders befähigte Fachhochschulabsolventen vor. Die Zugangsmöglichkeiten und die Möglichkeit der Beteiligung von Fachhochschulprofessoren als Gutachter und Prüfer sind unterschiedlich.

Die Lehrverpflichtung für Fachhochschulprofessoren beträgt 18-Semester-Wochenstunden. In Sachsen-Anhalt gilt eine Lehrverpflichtung von 16-Semester-Wochenstunden. Zusätzliche Reduzierungsmöglichkeiten sind für forschungsaktive Professoren um bis zu 8-Semester-Wochenstunden vorgesehen.

Im Jahr 1991 ist der personelle Aufbau der Fachhochschule aus dem Hochschulenerneuerungsprogramm des Bundes mit insgesamt 3,77 Millionen DM gefördert worden. Zusätzlich wird durch das BMBW aus dem Hochschulenerneuerungsprogramm das Angebot von Fernstudienbrückenkursen gefördert. Die Umsetzung beginnt im Sommersemester 1992 an der TFH Berlin und zum Wintersemester 1992/93 in den übrigen neuen Ländern (vgl. auch IBW 3/92, S. 38).

Einige der neuen Fachhochschulen sind bereits in die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau einbezogen worden. Im 21. Rahmenplan sind im Bundeshaushalt ca. 18 Millionen DM vorgesehen. Für den 22. Rahmenplan (1993 bis 1996) liegen erheblich höhere Anmeldungen vor.

Die Entwicklung zeigt, daß in kurzer Zeit für die Studierenden in den neuen Ländern eine Reihe von Fachhochschulangeboten geschaffen und ein wichtiger Beitrag zum Aufbau eines differenzierten Hochschulsystems in den fünf neuen Ländern geleistet wurde. □

aus Informationen Bildung Wissenschaft  
(hg. vom BMBW) 6/92

**Die außeruniversitäre Forschung** war in der DDR in den Instituten der verschiedenen Akademien (Akademie der Wissenschaften, Akademie der Landwirtschaftswissenschaften, Bauakademie, Akademie der Pädagogischen Wissenschaften) sowie der kombinatseigenen Industrieforschung institutionalisiert.

Aus der Logik der gesellschaftlich ablaufenden Prozesse ergab sich, daß auch die Strukturen der außeruniversitären Forschung an die in Westdeutschland existierenden angepaßt werden. Die Rückführung dieser Forschung an die Hochschulen war anfangs als eines der großen Ziele der Neugestaltung der ostdeutschen Wissenschaftslandschaft verkündet worden. Die diesbezüglichen Ergebnisse lassen zweifeln, daß dies jemals richtig ernst gemeint war (vgl. dazu auch *hso* Nov. 1991, S. 48 ff.).

In den westdeutschen Bundesländern wird die außeruniversitäre Forschung - abgesehen von der industrieeigenen (vgl. dazu *hso* 6/92, S. 60 ff.) - von vier Strukturelementen getragen: *Max-Planck-Gesellschaft (MPG)*, konzentriert auf die Grundlagenforschung; *Fraunhofer-Gesellschaft (FhG)*, stark anwendungsbezogen und vorrangig von Vertragsforschung lebend; *Großforschungseinrichtungen*, zusammengeschlossen in der Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen (AGF); Einrichtungen der "*Blaue Liste*", d.h. von Bund und Ländern gemischtfinanzierte kleinere Projekte.

Im folgenden ein Überblick, wieviele Einrichtungen dieser Arten mittlerweile im Osten Deutschlands existieren:

**Max-Planck-Gesellschaft:**

- 2 Institute (MPI für Mikrostrukturphysik Halle/S. - hervorgegangen aus dem AdW-Institut für Festkörperphysik und Elektronenmikroskopie - und MPI für Kolloid- und Grenzflächenforschung Berlin-Adlershof/Teltow);
- 28 Arbeitsgruppen (vgl. dazu *hso* 5/92, S. 64 ff.).

**Fraunhofer-Gesellschaft:**

- 9 Institute
  - 12 Außenstellen
- (Schwerpunkte dabei sind die Bereiche Mikroelektronik, Informationstechnik und Fertigungstechnologien)

**Großforschungseinrichtungen:**

- 3 ostdeutsche Großforschungseinrichtungen (Umweltforschungszentrum Leipzig/Halle, GeoForschungsZentrum Potsdam, Max-Dehnbück-Centrum für Molekulare Medizin Berlin-Buch);
- 8 Außenstellen in den ostdeutschen Ländern von Großforschungseinrichtungen im Westen Deutschlands. (Vgl. hierzu *hso* 6/92, S. 64 ff.)

**"Blaue Liste":**

- 34 neue Einrichtungen (regionale Aufteilung: 8 in Brandenburg, 7 in Sachsen, 4 in Sachsen-Anhalt, 4 in Mecklenburg-Vorpommern, 2 in Thüringen).

p.p.

**Ortleb:** In der Volkskammer fühlte ich mich noch echt als Abgeordneter. Wenn ich dort ans Rednerpult ging, dann in der Regel mit einem briefmarkengroßen Zettel. Heute gibt es statt freier Rede Vorlesemanuskripte. Ich bin für die FDP der einzige Abgeordnete aus Mecklenburg-Vorpommern. Da komme ich mir manchmal etwas treulos gegenüber meinem Bundesland vor, weil ich ja als Bundesminister gar kein echter Abgeordneter mehr bin. Denn ich habe mich in jeder Rede auch noch an die Kabinettsdisziplin zu halten. Manchmal merke ich dann auch noch bewußt, daß die Nuancen der ost- und der westdeutschen Sprache auch im Bundestag nur schwer vermittelbar sind. Ich bin befangen auch in diesem Rollenwechsel in der Politik.

**Sie sind doch ein klassischer Ossi-Fall:** Als Bundesminister mitten drin im Zentrum der Macht und dennoch in der öffentlichen Darstellung ein trauriger Nebenrollenakteur.

**Ortleb:** Es kommt darauf an, wie man damit lebt. Ich tue niemandem den Gefallen, mich so zu verwandeln, daß ich in ein vorgeschriebenes Politikerklischee passe. Ich habe nicht die Absicht, z.B. Herrn Möllemann in seiner Publicity zu übertrumpfen. Ich will überhaupt niemand kopieren. Ich führte 45 Jahre ein normales Leben und bin es gewöhnt, einen Sachverhalt durch Denken zu erschließen, nach einer gewissen Zeit zu einer Meinung zu kommen und diese dann konsequent zu vertreten. Und das ist ein Stil, der das politische Denkprodukt nicht als Marktgegenstand sieht. So ist natürlich mitunter das, was ich tue, nicht so einfach schlagzeifenträchtig. Mein Unterhaltungswert ist nicht so hoch.

**Ortleb:** Die Generalfrage ist ja: Wie fühlt man sich als Ostpolitiker? Ich will jetzt mal zu der Frage von Herrn Keller so wie ein PDS-Mitglied denken. Ich kenne Leute, die ich als SED-Dissidenten bezeichnen würde. Ein früherer Kollege eckte damals laufend in Partei an, ist aber auch nicht ausgetreten, weil er glaubte: Jetzt hab' ich sie gleich soweit, jetzt müssen die Demokratie machen. Wer sich auf diese Art zur Demokratie durcharbeitete, und das dürfte in der SED durchaus schwer gewesen sein, weil es dort auch einen Staatsopportunismus gab, verdient der nicht doch unsere Anerkennung?

**Rainer Ortleb, Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, in einem Rundtischgespräch, veranstaltet von der Leipziger Volkszeitung, veröffentlicht am 10. Juli 1992**

**Ortleb:** Einen Gedanken, der hier vorher mal kurz auftauchte, würde ich gerne noch einmal aufgreifen: Käme die Politik besser an, wenn sie ehrlicher wäre? Ich selber bin von der ganzen inneren Einstellung zur Sache für die größtmögliche Offenheit. Lassen Sie mich ein Beispiel geben. Warum sagen wir nicht genauer, wieviel Jahre wird es denn dauern? Ich beziehe es auf das, was ich zu verantworten habe: Wie wird sich die Ausbildungsplatzsituation im Osten Deutschlands in den nächsten Jahren entwickeln. Es gibt derzeit einen ziemlich hohen Anteil bei den staatlich geförderten außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen. Wenn ich diese Anteile mal auf Null habe, dann ist unter dem Gesichtspunkt der Marktwirtschaft das Optimum erreicht. Wenn ich heute schätzen würde, wie lange es dauert, bis dieser Zeitpunkt erreicht ist, dann wird natürlich von Jahr zu Jahr meine Prognose schlechter, weil wir ja während der Fahrt neu messen müssen, was eigentlich passiert ist. Aus der jetzigen Sicht der Dinge traue ich mich nur zu der Prognose, daß etwa 1995/96 damit zu rechnen ist, daß keine außerbetrieblichen Ausbildungsplätze mehr nötig sind. Genauer könnte ich es im Moment nicht sagen. Ich glaube aber, wenn man so etwas laut öffentlich denkt, würde das Ressentiments gegenüber der Politik abbauen und Politik nicht nur ehrlicher sondern vor allem transparenter machen. Was zur Folge hat, daß es auch nicht zu Auseinandersetzungsformen kommt - von Krawallen bis Brüllen -, sondern daß man sich vernünftig über die Dinge unterhalten kann. Nur ist dann die Frage, ob manchem diese Politik, wie er sie ausübt, auch noch gefällt; ob nicht auch ein bißchen dieses Spiel, das hintenrum bis zum Intrigantentum geht, geradezu gesucht wird.

**Weißeberger:** Im Zweifelsfall ist die Ehrlichkeit sicher besser.

**Ortleb:** Das sind leider nicht unbedingt meine Erfahrungen.

**Feststellung der Gleichwertigkeit von Offiziersausbildungen der ehemaligen DDR**

KMK ergänzte ihren Gleichwertigkeitsbeschuß für Hochschulabschlüsse der ehemaligen DDR vom Oktober 1991

Die Kultusministerkonferenz hat nunmehr auch für die Ausbildungen zum Berufsoffizier der ehemaligen Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR einen Beschluß zur Feststellung der Gleichwertigkeit mit Abschlüssen aus dem westlichen Bundesgebiet verabschiedet.

Der Beschluß ergänzt den im Oktober 1991 von der Kultusministerkonferenz verabschiedeten Beschluß zur Feststellung der Gleichwertigkeit von Bildungsabschlüssen der ehemaligen DDR, der die an Hochschulen erworbenen Diplomabschlüsse, die dem Hochschulbereich zuzuordnenden Abschlüsse kirchlicher Ausbildungseinrichtungen und Abschlüsse der Fach- und Ingenieurschulen umfaßte, für den militärischen Bereich.

Die Bewertung der militärischen Abschlüsse, die in Abstimmung mit dem Bundesverteidigungsministerium vorgenommen wurde, erfolgte auf der Grundlage des Art. 37 Abs. I des Einigungsvertrages, der bestimmt, daß die im Gebiet der DDR und die in den anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) abgelegten Prüfungen oder erworbenen Befähigungsnachweise einander gleichstehen und die gleichen Berechtigungen verleihen, wenn sie gleichwertig sind. Einbezogen sind:

- Die Abschlüsse verpflichteter Offiziersbewerber an zivilen Hochschulen und militärischen Sektionen ziviler Hochschulen
- Abschlüsse der Offiziershochschulen
- Abschlüsse der Militärakademie, der Militärpolitischen Hochschulen und des Militärgeschichtlichen Instituts.

Nicht eingeschlossen sind die in der Bundesrepublik Deutschland staatlichen Prüfungsordnungen unterliegenden Abschlüsse (Lehramtsabschlüsse, medizinische und pharmazeutische Abschlüsse), die Abschlüsse der Militärflieger aller Sparten und die Ausbildungen zum Offizier auf Zeit.

**Funktionelle Gleichwertigkeit und Berufsbefähigung als Maßstab**

Die Kultusministerkonferenz hat sich bei der Feststellung der Gleichwertigkeit - wie auch bereits bei der Beschlußfassung für den zivilen Bereich - von dem mit dem Einigungsvertrag verfolgten Ziel der Herstellung uneingeschränkter Freizügigkeit auf der Grundlage gleicher Chancen für alle Deutschen im vereinten Deutschland leiten lassen. Gleichzeitig soll angesichts des sich vollziehenden Umstrukturierungsprozesses im militärischen Bereich eine der erworbenen Qualifikationen entsprechende Eingliederung der Absolventen militäri-

scher Ausbildungsgänge in den zivilen Arbeitsmarkt erleichtert und unterstützt werden. Vor diesem Hintergrund war Maßstab der Bewertung das Kriterium der funktionalen Gleichwertigkeit und damit der unmittelbaren Berufsbefähigung.

Ausgehend von diesen Zielsetzungen hat die Kultusministerkonferenz bei der Bewertung der in der ehemaligen DDR erworbenen Abschlüsse eine Gesamtbewertung vorgenommen, für die entsprechend dem Eingliederungsgedanken des Einigungsvertrages ein großzügiger Maßstab zugrunde gelegt worden ist. Dabei war jedoch auch der im Vergleich zu den zivilen Ausbildungen unterschiedlichen Struktur und Ausrichtung der militärischen Ausbildung, die sich generell durch einen hohen Anwendungsbezug und einen relativ großen Umfang militärspezifischer und auf das Gesellschaftssystem bezogener Anteile ausgezeichnet, Rechnung zu tragen. Trotz dieser erheblichen Unterschiede konnte für eine Reihe von Fachrichtungen im technischen Bereich eine Gleichwertigkeit in formaler wie auch materieller Hinsicht mit dem vergleichbaren zivilen Abschluß aus den westlichen Ländern der Bundesrepublik festgestellt werden. In einer ganzen Reihe von Fachrichtungen (insbesondere Ausbildung der Kommandeure), die im Hinblick auf die vorgesehenen Verwendungen im besonderen

Maße auf die spezifischen militärischen und gesellschaftswissenschaftlichen Inhalte ausgerichtet waren, konnten dagegen eine hinreichende materielle Entsprechung der Ausbildungen mit vergleichbaren zivilen Studiengängen in den westlichen Ländern nicht festgestellt werden. In diesen Fällen konnte lediglich Niveaugleichheit, nicht aber Gleichwertigkeit i.S. des Art. 37 Abs. I des Einigungsvertrages festgestellt werden. Soweit bestimmte Fachrichtungen bzw. Ausbildungsprofile ausschließlich auf die militärischen Qualifikationen und auf das Gesellschaftssystem der DDR bezogen waren (Politoffiziere) konnte weder Gleichwertigkeit noch Niveaugleichheit festgestellt werden, da diese Fachrichtungen keiner entsprechenden zivilen Ausbildung der westlichen Länder zugeordnet werden können.

Die Zuständigkeit für die Feststellung der Gleichwertigkeit richtet sich auch für die aufgrund dieses Beschlusses zu bewertenden Abschlüsse nach dem bereits im Oktober 1991 beschlossenen Länderabkommen zur Regelung der Zuständigkeit für die Gleichwertigkeitsfeststellung. Zuständige Stelle ist demnach der Wissenschaftsminister/-senator desjenigen Landes, in dem die Bildungseinrichtung gelegen war, an der der jeweilige Abschluß erworben wurde.

## Wert und Perspektiven der Hochschullehrerqualifikation im Osten und Westen der neuen Bundesrepublik

### 2. Deutschlandkongreß habilitierter Wissenschaftler in Berlin vom 2. - 4. Okt. 1992

Der Kongreß ist dem gesamten Spektrum alter und neu hinzugekommener Probleme der Wissenschaftler mit Habilitations- oder habilitationsähnlicher Qualifikation aus Ost und West gewidmet, unter denen heute eine empirisch nachweisliche große Zahl von Kollegen aller Fächer, die nicht beamtete Professoren sind, zu leiden haben. Er soll der Selbstorganisation der interessierten Betroffenen und der Arbeit an weitsichtig und gerecht konzipierten Lösungsansätzen für eine künftige Wissenschaftslandschaft dienen. Ferner soll die Öffentlichkeit von Betroffenen selbst über deren Situation in ein realistisches Bild gesetzt werden. Eine öffentliche Diskussion mit Wissenschafts- und Sozialpolitikern und Vertretern wichtiger wissenschaftsnaher Organisationen wird angestrebt, um praktische Schritte und Verantwortlichkeiten für Lösungswege innerhalb und außerhalb des Hochschulbereichs zu erörtern und, soweit möglich, abzusprechen. Interessante Persönlichkeiten für die Podiums- und Plenumsdiskussion sind eingeladen.

Ein erster gesamtdeutscher Habilitiertenkongreß hat im vergangenen Jahr mit beachtlich großer Resonanz in Münster/Westfalen stattgefunden. Formeller Veranstalter des jetzigen Fortsetzungskongresses ist der Verein "Arbeitskreis Berliner Habilitierten-Initiativen". Die Kongreßorganisation wurde von dem Trägerkreis für die Veranstaltung des 2. Deutschland-Treffens konzipiert und abgestimmt, dem neben den Vertretern des Berliner Arbeitskreises für die Berliner Universitäten auch Kontakteute für einige Universitäten anderer alter und neuer Bundesländer angehören. Jeder weitere Universitätsort des Bundesgebiets kann und soll mit einer Kontaktperson im Trägerkreis vertreten sein, soweit es dort Interessenten gibt, die sich darauf einigen. Die laufenden Geschäfte der Vorbereitung führt eine Arbeitsgruppe in Berlin, die auch für Anmeldungen und Nachfragen zuständig ist.

Alle betroffenen Wissenschaftskollegen werden zu diesem Kongreß nachdrücklich eingeladen und, wenn sie an der Förderung der Kongreßanliegen mitwirken möchten, sehr gebeten, sich in einer ihnen möglichen Weise an der Kongreßvorbereitung an ihrem Universitätsort zu beteiligen; dazu sollten sie ggf. die vorbereitende Gruppe in Berlin kontaktieren. Der Kongreßerfolg kann von solcher persönlichen Mitwirkung wesentlich abhängen.

**Tagungsort:** Mathematik-Gebäude der TU Berlin, Straße des 17. Juni 136, W-1000 Berlin 12. TU-Zentrale Tel.: /314-0 (Eigener Telefonanschluß während der Tagung). Die Veranstaltungen finden in den Räumen MA 005, MA 361, MA 362 und MA 363 statt.  
**Zeit:** Freitag, 2. Okt. 1992 (abends) bis Sonntag, 4. Okt. 1992 (mittags).

**Vorbereitende Gruppe in Berlin:** PD Dr. Christian Gizewski, W-1000 Berlin 45, Tietzenweg 98, Tel.: /8337810; PD Dr. Miron Mislin, W-1000 Berlin 33, Seebergstraße 14 a, Tel.: /8256693; Dr. Dieter Dohnke, O-1055 Berlin, Rykestraße 47, Tel.: /4492654.

### Programm des 2. Deutschlandkongresses habilitierter Wissenschaftler in Berlin vom 2. bis 4. Okt. 1992

**Freitag, 2.10., ab 19.00: Kongreßeröffnung. Auftaktveranstaltung:** Berichte aus den einzelnen Universitäten des Bundesgebietes. Bekanntmachung der Kongreßteilnehmer miteinander.

**Samstag, 3.10., ab 9.00: Plenumsveranstaltung:** Die empirische Untersuchung der Lage ungesicherter Wissenschaftler mit Hochschullehrerqualifikation im Osten und Westen der vereinigten Bundesrepublik. Beiträge mehrerer Referenten zu ihren Forschungsprojekten.

**11.00-13.00: Begrüßungsworte und Diskussionsbeiträge** eingeladener Repräsentanten der TU Berlin und anderer Universitäten aus dem Berliner Raum sowie der Berliner Wissenschaftsverwaltung. **Plenumsdiskussion.**

**13.00-14.30: Mittagspause**

**14.30-17.30: Arbeitsgruppe I** (Berufsperspektiven, Sozialsicherung, Förderung für Wissenschaftler): Verbesserung der Berufschancen und der Berufsvermittlungssysteme für ungesicherte Habilitierte innerhalb und außerhalb des Hochschulbereichs. Wissenschaftlersozialversicherung. Verbesserung der DFG-Förderung u.a. Förderungssysteme. Beschäftigungs- und Überleitungsprogramme für Wissenschaftler, besonders der neuen Bundesländer; Konstruktion und Einwerbung neuer Arbeitsfelder für wissenschaftlich Hochqualifizierte außerhalb der Universitäten.

**Arbeitsgruppe II** (Wissenschaftsorganisation): Der Wissenschaftsumbau nach der politischen Einigung, Hochschulreform und gesellschaftlich sinnvolle Nutzung vielfältiger und ungenutzter Wissenschaftlerpotentiale im Osten und Westen.

**Arbeitsgruppe III** (Empirische Studien): Die empirische Untersuchung der Lage ungesicherter Höchstqualifizierter Wissenschaftler gegen wissenschaftsinterne Vorurteile ihr gegenüber und die öffentliche Verdrängung notwendiger Konsequenzen aus ihr.

**ab 18.00: Plenumsveranstaltung:** Beratung der Arbeitsgruppenergebnisse und ihre Zusammenfassung zu Beschlussvorlagen.

**Sonntag, 4.10., ab 9.00: Plenumsveranstaltung mit Podiumsdiskussion:** Das Wissenschaftlerausbildungs- und -berufswegesystem und seine notwendigen Veränderungen, insbesondere nach der deutschen Einigung. Vorgesehen ist eine Diskussion von und mit eingeladenen Vertretern aus Bundes- und Länderverwaltungen für Wissenschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktfragen, des Wissenschaftsrats, der DFG, der BFA, des DHV und/oder anderer ggf. gesprächsbereiter wissenschaftswichtiger Organisationen.

**12.00-13.00: Beschlussfassung** des Kongresses betreffend ein effektives Minimum an Leitlinien und Arbeitsverteilung für eine gemeinsame Vertretung der Belange habilitierter Wissenschaftler aller Arten in Deutschland.

#### Hinweise

- Die Anmeldung zur Teilnahme am Kongreß bitte bald mit genauen Daten (möglichst auch Telephonangabe) schriftlich richten an: PD Dr. M. Mislin, vorbereitende Gruppe in Berlin, W-1000 Berlin 33, Seebergstr. 14 a, Tel.: /8256693.

- Die Unterbringung in Berlin erfolgt ggf. über das Verkehrsamt. Hinweise erhalten sie bei Ihrer Anmeldung zum Kongreß.

- Erst während des Kongresses wird es ein Tagungsbüro an der TU Berlin mit eigenem Telefonanschluß geben.

- Kongreßmaterialien werden am Tagungsort ausgehändigt. Alle Interessenten, die eigene Positions- und Antragspapiere vorlegen wollen, können diese unter der Bedingung, daß sie kurz gehalten sind, auch vorab zwecks Vielfältigung im Rahmen eines vorgesehenen Materialordners an die vorbereitende Gruppe in Berlin schicken. Bitte möglichst nur mit Kollegen diskutierte Papiere einreichen. Ein redaktionelles Ermessen für Kürzungen und Weglassungen muß vorbehalten bleiben.

- Da Geld und Arbeitskraft für die Kongreßvorbereitung und -durchführung ausschließlich von Kollegen bereitgestellt werden, ist für einen nachweisbaren Teil der anfallenden Kosten während des Kongresses eine geringe Umlage nötig.

- Bitte halten sie in den nächsten Monaten bis zum Kongreßbeginn ggf. von sich aus Kontakt zu ihrer örtlichen Kontaktstelle oder zu der vorbereitenden Gruppe in Berlin, da wir den Brief- und Telefonaufwand gering halten möchten.

- Bitte lassen sie sich trotz einiger notwendiger Belastungen für alle Beteiligten nicht von einer Kongreßteilnahme abhalten.

Mai 1992 Vorbereitende Gruppe in Berlin

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg (Hrsg.):  
**Umwelt-Forschung. Dokumentation 1991**, Potsdam 1992, 239 S.

Das brandenburgische Wissenschaftsministerium bietet mit vorliegender Broschüre erstmals eine Übersicht zu laufenden Projekten der Grundlagen- und angewandten Forschung auf dem Gebiet des Umweltschutzes einschließlich eines Verzeichnisses der projekttragenden Institutionen und Forschergruppen in Brandenburg sowie teilweise in Folgeeinrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften in anderen der neuen Ländern.

Kostenlos zu beziehen durch die Pressestelle des Ministeriums für Wissenschaft,  
Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, Friedrich Ebert-Str. 4, 0-1560  
Potsdam, Tel.: 329 406

---

**Fernstudienbrückenkurse in den neuen Ländern. Ein Studienkonzept für  
Fachschulingenieure und Ökonomen zum Erwerb des Fachhochschul-  
Diploms,**

hrsg. v. Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (=Reihe Bildung - Wissen-  
schaft - aktuell 2/92), Bonn 1992, 60 S.

Diese Publikation erläutert Übergangsmöglichkeiten für Fachschulabsolventen der DDR  
(besonders der Abschlußjahrgänge nach 1975) zum neu eingerichteten Fachhochschul-  
abschluß und verweist auf die Gleichartigkeit und Unterschiede der einzelnen Studien-  
richtungen und -formen in den alten Bundesländern und der ehemaligen DDR.

Kostenlos zu beziehen durch das BMBW, Broschürenstelle, PF 200108, W-5300 Bonn 2

---

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (Hrsg.): **Eingruppierung Hochschule  
und Forschung in den neuen Ländern** (=GEW-Ratgeber), Frankfurt a.M. 1992,  
22 S.

Die erklärte Absicht der Autoren ist es, mitzuhelfen, daß die Gewerkschaftsmitglieder die  
für sie zutreffende Eingruppierung durchsetzen können und die komplizierten Eingrup-  
pierungsprozesse in Hochschulen und Forschungseinrichtungen möglichst schnell abge-  
schlossen werden. Hierfür werden detaillierte Erläuterungen zu Kategorien und Verfahren  
der Eingruppierung nach BAT-O gegeben.

Kostenlos zu beziehen bei den GEW-Geschäftsstellen oder beim Hauptvorstand der  
GEW, PF 900490, W-6000 Frankfurt a. M. 90

Klaus Klemm/ Wolfgang Böttcher/ Michael Weegen: **Bildungsplanung in den  
neuen Bundesländern. Entwicklungstrends, Perspektiven und Vergleiche**,  
München (Juventa-Verlag) 1992, 209 S., 26.- DM

Mit dem "Bildungsgesamtplan '90" hatte die Essener Autorengruppe eine Untersuchung  
vorgelegt, die die planerischen Grundlagen für eine reformorientierte Bildungspolitik in der  
alten Bundesrepublik legte. Dies ist durch die zwischenzeitlichen Ereignisse in Teilen  
schnell überholt worden, und nun legen die gleichen Verfasser erste Daten und Analysen  
zur Entwicklung in den neuen Bundesländern vor und schaffen damit die Grundlage für eine  
Erweiterung der Problemstellung im Sinne einer gesamtdeutschen Bildungsplanung,  
wobei sie sich bemühen, in ihren Vorschlägen Vorzüge der beiden Bildungssystem  
miteinander verschmelzen zu lassen.

---

Forum civique européen (Hrsg.): **Die Entlassung des Rektors der Humboldt-  
Universität zu Berlin, Professor Heinrich Fink. Bericht über den Besuch einer  
internationalen Delegation von Parlamentariern und Universitätsvertretern**,  
Berlin, 6. und 7. Januar 1992, Forcalquier/Berlin 1992, 40 S.

Die Broschüre enthält den Abschlußbericht der Delegation, Bemerkungen zur Funktions-  
und Arbeitsweise der Gauck-Behörde sowie Zusammenfassungen der Unterredungen mit  
Heinrich Fink, Hans Jürgen Fischbeck, Peter Althaus und RA Gert Trube und schließlich  
das Protokoll einer öffentlichen Diskussion im Senatssaal der HUB am 7. Januar 1992.

Zu beziehen gegen eine Spende von 5.- DM über: Europäisches Bürgerforum, PF 102,  
0-1026 Berlin oder Forum civique européen, B P. 42, F-04300 Forcalquier.

---

Gisela Karau: **Die "Affäre" Heinrich Fink**, SPOTLESS-Verlag Berlin 1992, 99 S.,  
9.90 DM

Die Autorin erzählt noch einmal die Geschichte der Auseinandersetzung um Heinrich Finks  
vorgebliche IM-Tätigkeit und dokumentiert die Vorwürfe der Gauck-Behörde, Reaktionen  
von Fink selbst, der Berliner Senatsverwaltung für Wissenschaft und der Öffentlichkeit  
sowie vieler Kollegen, die sich in dieser Zeit an ihn wandten.

Nur direkt zu beziehen beim SPOTLESS-Verlag, PF 830, 0-1020 Berlin

**hochschule ost**  
**politisch-akademisches journal aus ostdeutschland**

Herausgeber:  
Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit Leipzig

Wissenschafts- und Hochschulgeschichte der DDR \* Kritische  
Begleitung des Umbauprozesses \* Perspektiven der ostdeutschen  
Forschungs- und Hochschullandschaft \* Analysen \* aktuelle Berichte \*  
Rezensionen \* Literaturinformation \* Dokumentation

**Themen:**

*Oktober 1991:* Die ostdeutschen Hochschulgesetze / Lage der Sozialwissenschaften in (Ost-)Deutschland \* *November 1991:* Die Erneuerung und ihre Kriterien / DDR-Wissenschaftsgeschichte \* *Dezember 1991:* Hochschulstruktur in Sachsen \* *Special:* Heinrich Fink und der Umgang mit unserer Vergangenheit \* *Januar 1992:* Anhörung des Bundestagsausschusses Bildung und Wissenschaft / Ostdeutsche Geschichtswissenschaft zwischen Gestern und Morgen Teil I \* *Februar 1992:* Ostdeutsche Geschichtswissenschaft zwischen Gestern und Morgen Teil II / Jürgen Teller Honorarprofessor / Fortsetzung zum "Fall Fink" \* *März 1992:* Hochschulrahmenrecht nach der deutschen Neuvereinigung \* *April 1992:* HRG - Genesis im Westen und Wirkung im Osten / Ehrenpromotion Hans Mayer in Leipzig / Europa-Universität Frankfurt/Oder \* *Mai 1992:* Kirchliche Hochschulen zwischen Nische und Fusion / BdWi-Frühjahrsakademie / Wissenschaft Ost 1989/90 Teil I \* *Juni 1992:* Europäische Universität Erfurt / Wissenschaft Ost 1989/90 Teil II \* *Juli 1992:* Fortsetzung: Geschichtswissenschaft Ost / Wissenschaft Ost 1989/90 Teil III

**Bestellung**

Bitte senden Sie mir "hochschule ost":

1. ein Exemplar zum Kennlernen
2. .... mal das Journal im Normal-Abonnement für 55,- DM
3. .... mal im Abo für ostdeutsche Privatbezieher/  
Studentenabonnement für 33,- DM
4. .... mal im Abonnement für in der akademischen/  
studentischen Selbstverwaltung in den  
FNL aktive Studierende (tätig in folgendem  
Gremium ..... ) für 20,- DM

Die Bezahlung erfolgt nach Rechnungslegung mit dem ersten Heft.

Habe ich mich für Variante 2., 3. oder 4. entschieden, so erkläre ich mich damit einverstanden, daß sich mein Abonnement jeweils um ein Jahr verlängert, wenn ich es nicht bis vier Wochen (Poststempel) vor Ablauf der Bestellfrist kündige.

.....  
Name

.....  
Adresse

.....  
Datum

.....  
Unterschrift

Es ist mir bekannt, daß meine Bestellung erst wirksam wird, wenn ich sie gegenüber dem Anbieter nicht innerhalb von sieben Tagen (Poststempel) schriftlich widerrufe.

.....  
2. Unterschrift

Bitte senden an: Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit, StuRa Uni  
Leipzig, Augustusplatz 9, PSF 920, O - 7010 Leipzig